

Politische Berichte



Preis:
2 DM



VR Polen: In der Krise wird die Durchsetzung des Gdąnsker Abkommens schwieriger Seite 32

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln, Kamekestr. 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich im Verlag GNN m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2 DM

Inhalt

<i>CDU/CSU: Die Reaktion in Lauerstellung arbeitet an ihrem Konzept gegen die Arbeiterbewegung: „Sparsamkeit und Arbeit“</i>	Seite 3
<i>„Wir müssen uns entweder bescheiden oder mehr arbeiten“ (Erhard)</i>	Seite 3
<i>CDU/CSU-Opposition und das Bundesverfassungsgericht</i>	Seite 4
<i>Christliche Soziallehre: von Ketteler bis Blüm</i>	Seite 5
<i>Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet</i>	Seite 6
<i>EG-Fischereikonflikt: Monopole schüren Chauvinismus. Aktionstag der Gewerkschaften</i>	Seite 7
<i>Belgien: Lohnsenkungsgesetz tritt nicht in Kraft</i>	Seite 7
<i>Lohnbewegung: Nächste Schritte klar, aber was kommt dann?</i>	Seite 8
<i>USA: Bergarbeiter im Lohnkampf</i>	Seite 9
<i>Afghanistan: Zunehmende Kämpfe in den Städten</i>	Seite 9
<i>Blockfreienkonferenz: Fremde Truppen raus aus Afghanistan</i>	Seite 10
<i>JVA Aichach: Gefangenensprecher halten an ihren Forderungen fest</i>	Seite 11
<i>Spanien: Faschistischer Putsch steckengeblieben</i>	Seite 12
<i>Mineralölsteuererhöhung: Signal für weitere indirekte Plünderung</i>	Seite 12
<i>Wohnungsnot: Unterversorgung mit Wohnraum — bürgerliche Politik befürchtet Vertrauenskrise der Marktwirtschaft</i> ..	Seite 13
<i>Wohnungsnot bei Niedrigeinkommen</i>	Seite 13
<i>Miete künftig 25% vom Bruttolohn?</i>	Seite 14
<i>Kostenvergleich Eigenheim—Mietwohnung</i>	Seite 15
<i>Daten zur Wohnungssituation in ausgewählten Ländern</i> ..	Seite 16
<i>Baupflichtnormen im sozialen Wohnungsbau</i>	Seite 17
<i>Nachrichten aus der Arbeiterbewegung</i>	Seite 18
<i>SKF: Kampf gegen Einführung der dritten Schicht</i>	Seite 19
<i>Grundig: Auseinandersetzungen um Sozialplan</i>	Seite 19
<i>HBV-Banken: 160 DM, mindestens 7,2 Prozent!</i>	Seite 20
<i>Niedersachsen: Ausdehnung der Lehrerarbeitszeit durch Verordnungen und Erlasse</i>	Seite 20
<i>Lehrer: GEW-Vertreterversammlung Hessen</i>	Seite 21
<i>Bauerndemonstrationen: Große Aktionen der Bauern am 14.2. in der BRD, Klärung der Forderungen noch nicht abgeschlossen</i>	Seite 22
<i>Hamburg: Fischer blockieren die Elbe</i>	Seite 23
<i>Baden-Württemberg: Auflösung der US-Raketenbasis Waldheide!</i>	Seite 23
<i>Verkehrspolitik: Forderungen der Gewerkschaft ÖTV</i> ..	Seite 24
<i>Flughafen München II: Über 10 Jahre hartnäckiger Kampf gegen den Bau der „Drehscheibe München“</i>	Seite 25
<i>Das Gesetz zum Schutz gegen den Fluglärm</i>	Seite 25
<i>Chronik des Kampfes gegen München II</i>	Seite 26
<i>Stichwort Flugverkehr</i>	Seite 27
<i>Internationale Nachrichten</i>	Seite 28
<i>Südafrika: Trotz Unterdrückung fortgesetzte Streiks</i> ...	Seite 29
<i>Angola: Angriffsziel für Südafrika und USA</i>	Seite 30
<i>Kampuchea: Verhandlungen über Einheitsfront</i>	Seite 30
<i>Bergarbeiterstreik: Die britische Regierung muß zurückweichen — Schatten von 1972</i>	Seite 31
<i>VR Polen: In der Krise wird die Durchsetzung des Gdänsker Abkommens schwieriger</i>	Seite 32
<i>Zehnpunkteprogramm der Regierung (Auszug aus der Rede Jaruzelskis)</i>	Seite 33
<i>Aus Kultur und Wissenschaft</i>	Seite 34
<i>Ausstellung: Mexikanische Wandmalerei: Versuch einer monumentalen Kunst für das Volk</i>	Seite 34
<i>Kubas Geschichte aus Sklaven-Sicht</i>	Seite 34
<i>CIA und Sektenselbstmord</i>	Seite 34
<i>Fabelhaft alternativ: „Watership Down“</i>	Seite 35
<i>Frankreich: Energieprogramm und Technologie</i>	Seite 35
<i>Mittelstreckenraketen: Die revolutionäre Linke tut sich noch schwer</i>	Seite 36
<i>„Neue Arbeitszeitpolitik“: Eine Herausforderung der Gewerkschaften</i>	Seite 36
<i>Arbeitszeitentwicklung</i>	Seite 37
<i>Beschäftigung und Anlagevermögen in den Branchen der Industrie</i>	Seite 38
<i>Lohnverteilung und „Anlagevermögen pro Beschäftigten“</i>	Seite 38
<i>Löhne für Arbeiterinnen: Marke für die Unterkante des Lohnniveaus</i>	Seite 39
<i>„Ungleicher Lohn für gleiche Arbeit“ kein Hauptgrund für Frauenlöhne</i>	Seite 39
<i>Druck auf weibliche Angestellte</i>	Seite 39
<i>Volkswirtschaftliches Branchenergebnis nach Durchschnittslöhnen</i>	Seite 39

Die Reaktion in Lauerstellung arbeitet an ihrem Konzept gegen die Arbeiterbewegung: „Sparsamkeit und Arbeit“

Fast scheint es, als habe sich die CDU/CSU nach der Bundestagswahl in eine Lauerstellung vergraben. Während die bürgerliche Presse seit Wochen fast einhellig an einer öffentlichen Meinung für Ablösung der SPD/FDP-Koalition arbeitet und keine Gelegenheit verstreichen läßt, hält sich die CDU auffallend zurück. Wer geglaubt hatte, sie würde in Vorbereitung ihres Parteitages am 15. März in den offenen Angriff auf die SPD gehen und sich als Krisenmanager so richtig herausputzen, sieht sich getäuscht.

Die öffentliche Zurückhaltung trägt. Als die Regierung vereidigt wurde, war ja längst klar, daß die Monopolbourgeoisie angesichts der heraufziehenden Krise allgemeine Reformversprechen verbot, im Gegenteil zum bedingungslosen Angriff auf die Arbeiterbevölkerung blies und Schmidt mit einem Konzept antrat, das sich von dem der Opposition kaum mehr unterschied. Diese befand und befindet sich in der genüßlich ausgekosteten Situation, die Vorstöße der Regierung gegen die Interessen und Forderungen der Arbeiterbewegung lauernd abzuwarten, ihren Verschleiß sich auszurechnen und derweil aus der zweiten Reihe den Generalangriff vorzubereiten. Im Bundestag jedenfalls ist die CDU/CSU alles andere als zurückhaltend. Nur, da die an der Demontage der SPD arbeitende bürgerliche Presse der CDU/CSU die Publizität besorgt, die sie braucht – und das heißt derzeit: wenig Publizität –, muß man in den Parlamentsprotokollen selbst nachlesen, wie die Reaktion ihren Kurs festlegt, wie sich aus der sozialdemagogischen Hülle der Wahlkampfpropaganda der nackte Kern herauschält.

Strauß in der Debatte über den Bundeshaushalt am 28.1.: „Die verantwortlichen Amtsträger und parlamentarischen Mandatsträger müssen ihr Augenmerk darauf konzentrieren, mit welchen Maßnahmen die Investitionen bei uns wieder vermehrt werden können und der Export wieder gesteigert werden kann.“ Die langanhaltende Exportoffensive der westdeutschen Imperialisten ist merklich ins Stocken geraten. Die Importpreise insbesondere für Öl sind gestiegen und strapazieren den Akkumulationsfonds des Kapitals. Straußens Antwort also: „Das heißt, daß der Staat, Verbraucher, Gewerkschaften, wir alle begreifen müssen, daß Konsumverzicht und geringere Einkommenszuwächse – wenn überhaupt – unvermeidlich sind, daß aber

Einkommenszuwächse bei den Unternehmen wieder zwingendes Gebot sind, wenn das Ziel erreicht werden soll.“

Was tun? Niedrige Tarifabschlüsse reichen nicht, und ohnehin rechnet die Reaktion schwerlich mit der Einsicht der Arbeiterbewegung, daß sie ihre Reproduktionsbedürfnisse auf dem Altar der Akkumulationsbedürfnisse des Kapitals zu opfern hat. Albrecht weiß – in der Debatte des Jahreswirtschaftsberichtes am 19./20.2. –, wie jede Lohnerhöhung auch nachträglich null und nichtens zu machen wäre: „Was würden wir denn normalerweise in einer

solchen Situation tun, in der wir ein Leistungsbilanzdefizit von 28 Mrd. DM und entsprechende Devisenverluste haben? Wir würden den Kurs der Deutschen Mark sinken lassen, damit die Exporte es leichter haben und die Importe gebremst werden ... Das würde einen Inflationsstoß in die Bundesrepublik tragen –, aber es würde auch eine Chance bieten, zu neuem Gleichgewicht zu kommen ... Wir hätten dann nicht mehr die höchsten Löhne. Die sind aber ohnehin nicht mehr zu halten.“

Eine Abwertung der DM verbilligt die westdeutschen Waren auf dem

„Wir müssen uns entweder bescheiden oder mehr arbeiten“ (Erhard)

„Wir wissen um die Bedeutung unserer Arbeitnehmer, die gerade in der Sozialen Marktwirtschaft einen wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg ohne Beispiel genommen haben.“ (Wahlprogramm der CDU/CSU 80)

„Tatsächlich ist die Warnung vor Kurzsichtigkeit und Selbsttäuschung, die Mahnung zum Maßhalten, Sparen, vermehrter Kapitalbildung, auch zum Verzicht auf Wohlstand, heute dringender und zeitgemäßer als je zuvor. Unser wirtschaftliches Gleichgewicht und damit unsere Lebensgrundlage ist gestört, wenn wir weniger arbeiten, aber mehr verdienen wollen.“ (Tätigkeitsbericht der Adenauerregierung 1960)

„Wir sind uns allerdings auch der geistigen Gefahren eines einseitigen Wohlstandsdenkens bewußt. Vernunft und Maßhalten können nicht warnend und dringend genug gefordert werden, nicht weniger auch Opfersinn angesichts der großen Leistungen, die in Zukunft von uns verlangt werden müssen. Unser Volk hat sich an die heutigen günstigen Lebensumstände, an die ungeahnte Besserung so sehr gewöhnt, daß viele keine Verpflichtung mehr daraus ziehen.“ (Tätigkeitsbericht der Adenauerregierung 1961)

„Die Erhaltung eines angemessenen Wachstums des Bruttosozialprodukts für die Zukunft und die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft verlangen zunächst ein Zurückstecken in den Lohnforderungen und auch einen

Verzicht auf weitere Arbeitszeitverkürzungen. Ich bin überzeugt, daß die große Mehrheit unseres Volkes genauso denkt. Sie ist gegen überhöhte Ansprüche und überhöhte Zugeständnisse.“ (Tätigkeitsbericht der Adenauerregierung 1962)

„Wir laufen Gefahr, daß der produktive Elan unserer Gesellschaft zu-



nehmend dem Genuß des Erreichten weichen will ... Aus diesem Grund bedeutet es eine wesentliche Aufgabe aller verantwortungsbewußten Kräfte im Lande, jenen Leistungswillen, der uns gerettet hat, für alle Zukunft wachzuhalten ... Auch scheint es mir ein Zeichen unserer Zeit zu sein, die Beziehung zwischen Leistung und Ertrag – vom Einzelnen und vom Ganzen her gesehen – allzuleicht zu vergessen ... Lassen Sie mich ein offenes Wort sprechen: Wir müssen uns entweder bescheiden oder mehr arbeiten.“ (Regierungserklärung Erhard 1963)

CDU/CSU-Opposition und das Bundesverfassungsgericht

Die CDU verliert 1969 bei den Bundestagswahlen an Stimmen. Mit 46,1% bleibt sie dennoch stärkste Partei. Die SPD/FDP-Koalition bildet sich und schickt die CDU/CSU in die Opposition. Die CDU muß ihre Politik umstellen. „Unsere Entscheidungs- und Führungszentren müssen nun die zentralen Parteinstanzen sein“, erklärt Kiesinger vor dem CDU-Parteitag 1969 in Mainz. Der Parteiapparat wird gestrafft, die Gesetzgebung weiterhin planvoll beeinflusst, Bundesrat und Bundesverfassungsgericht werden entscheidende Mittel. 1971 wird der ehemalige Innenminister der Großen Koalition Benda (CDU) durch den Bundestag zum Vorsitzenden Richter ernannt. Die CDU hat bis heute in beiden Senaten des Bundesverfassungsgerichtes die Mehrheit. 1972 erscheint Benda das Buch „Der Rechtsstaat in der Krise“. Dort findet sich seine Abschiedsrede vor der CDU/CSU-Bun-

destagsfraktion abgedruckt, in der Benda auf die „zwei gleichberechtigten Verfassungsorgane“ von Bundestag und Bundesverfassungsgericht hinweist. Der politische Einfluß eines Gerichtes wie des Bundesverfassungsgerichtes ist in keinem europäischen Land so groß wie in der BRD. Bendas Wechsel strapaziert die Ideologie der Trennung zwischen Exekutive und Justiz.

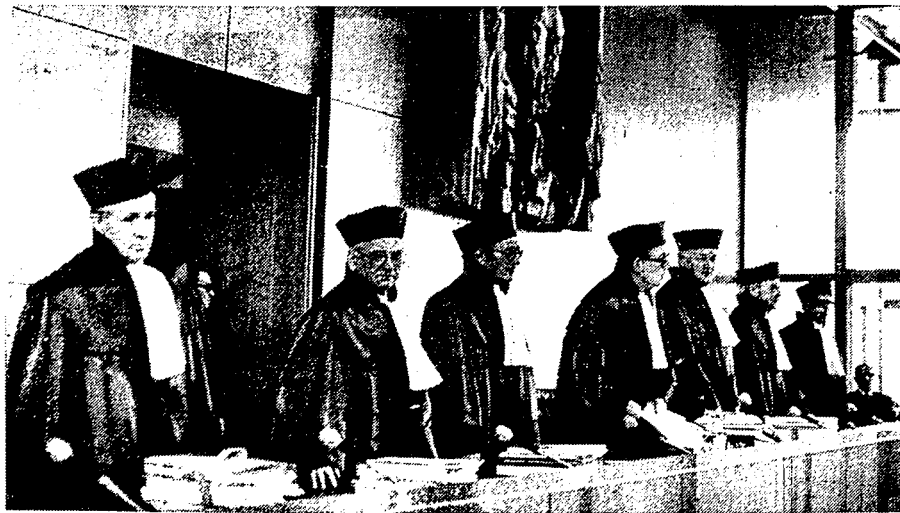
Die Urteile des Bundesverfassungsgerichtes richten sich weitaus direkter gegen gewerkschaftliche Forderungen, als dies in den sechziger Jahren der Fall gewesen ist. Antragsteller sind in vielen Fällen die CDU/CSU-Landesregierungen, die im Interesse der Gesamtpartei auftreten. Mit „Rechtsstaatlichkeit“ begründet das Bundesverfassungsgericht immer wieder seine Urteile. 1970 bestätigt es ein Urteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart, nach dem die Unterstützung einer Gewerkschaft, in diesem

Fall der GdED, im Tätigkeitsbericht des Personalrates *nicht* genannt werden darf. 1976 wird einem Betriebsrat der IG Metall das Recht abgesprochen, einen Aufruf der IG Metall zu den Kommunalwahlen in Bayern auf dem Betriebsgelände zu verteilen. „Der durch Art. 9 Abs. 3 GG gewährleistete Schutz spezifisch koalitionsmäßiger Betätigung kann sich ... nicht auf die Werbung von Koalitionen vor allgemeinen Wahlen beziehen“, urteilt das Bundesverfassungsgericht. Mit der Bestätigung des Numerus Clausus und des Radikalerlasses durch das BVG greift das Gericht Forderungen der GEW und der ÖTV an.

1975 lehnt das Bundesverfassungsgericht die Fristenlösung als Reformmöglichkeit des § 218 ab und beauftragt die Bundesregierung, eine neue Gesetzesvorlage auszuarbeiten. 1978 ziehen Kohl und Zimmermann (CDU/CSU) mit weiteren 213 Bundestagsabgeordneten und den Landesregierungen Bayern und Rheinland-Pfalz gegen das Gesetz zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes vor das Bundesverfassungsgericht.

„Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund“ hat die Abschaffung der Gewissensprüfung gefordert, bemerkt das Bundesverfassungsgericht, gibt aber dem Antragsteller, der CDU/CSU, recht.

Nachdem das Mitbestimmungsgesetz auch mit den Stimmen der CDU im Bundestag verabschiedet wurde, klagen 29 Arbeitgeberverbände gegen das Gesetz. Das Bundesverfassungsgericht lehnt 1979 den Antrag der Kapitalistenverbände ab. Aber es nutzt die Möglichkeit und bestätigt in dem Mitbestimmungs Urteil die Einschränkungen des Streikrechts, wie sie das Bundesarbeitsgericht bereits getroffen hat.



Weltmarkt und verteuert die Importe. Bei einer Verteuerung der Importe würde es jedoch nicht bleiben. Japanische Autos z.B., über 10% der in der BRD gekauften Neuwagen, würden teurer. VW usw. wären ihrerseits zu Preissteigerungen direkt ermuntert. Fast immer haben sich Währungsabwertungen noch als Versuche der jeweiligen Bourgeoisien entpuppt, gezielt die Inflationsrate bei den Reproduktionsmitteln hochzutreiben und sie soweit als möglich aus dem Konsum der Arbeiterbevölkerung zu drücken.

„Unser Volk kennt die Weisheit Benjamin Franklins, der gesagt hat: 'Wer euch sagt, daß ihr anders reich werden könnt als durch Arbeit und Sparsamkeit, der betrügt euch',“ weiß der CDU-Abgeordnete Dr. Häfele. Für Sparsamkeit also soll gesorgt wer-

den, und für Arbeit bis zum Umfallen auch. „Die Gewerkschaften müßten sich fragen, ob es wirklich richtig ist, den Menschen in dieser Lage nur die Perspektive der 35-Stunden-Woche zu eröffnen, oder ob es nicht wichtiger wäre, daß wir gemeinsam eine Anstrengung unternehmen, die außerordentlich hohen Fehlzeiten in der deutschen Wirtschaft ... abzubauen. Meine Damen und Herren, wenn wir die Fehlzeiten in der deutschen Wirtschaft um 50% senken könnten ...!“ Mit der von „der deutschen Wirtschaft“ längst geforderten „strengeren Definition von Krankheit“, verbunden mit Kürzungen der Krankenversicherungszahlungen, ließe sich der Weg sicher einschlagen.

Einen anderen Beitrag zur Steigerung der Intensität der Arbeit leistet

Blüm von den Sozialausschüssen: „Phantasie wird auch die starren Arbeitszeitregelungen auflösen müssen ... Warum soll jemand acht Stunden am Tag arbeiten müssen, wenn er mit vier Stunden zufrieden ist? Warum soll jemand fünf Tage in der Woche arbeiten müssen, wenn er mit zwei zufrieden ist? Teilzeitarbeit könnte mehr Freiheit, mehr Wahlmöglichkeiten, mehr Individualität in die Arbeitszeit bringen. Rund 20 Bundesgesetze enthalten Sondervorschriften für Teilzeitarbeit. Teilzeitarbeit wird immer noch als Sonder- und Außenseiterarbeit angesehen. Das wollen wir ändern.“

Bestimmt wird, wer den vollen Lohn braucht, mit der Hälfte oder 2/5 nicht „zufrieden“ sein. Womöglich aber kann, wer keine Arbeit hat, zur Teilzeitarbeit gezwungen werden. Zufrie-

den kann's dann die Bourgeoisie sein. Für den Lohn von zwei Tagen erhält sie die Arbeitsleistung von vielleicht dreien; selbst bei Versicherung des Teilzeitarbeiters wären die Sozialversicherungskassen bei weiterer Ausdehnung der Teilzeitarbeit gehörig entlastet.

Im Wahlkampf war die CDU/CSU gegen den „Steuer- und Abgabensaat“ aufgetreten, hatte sie gegen „Bevormundung“, gegen das immer feiner verästelte Eingreifen des Staates in die persönliche Sphäre der Lohnabhängigen agitiert. Diese Agitationslinie war nicht nur auf kurzfristigen (Wahl-) Erfolg berechnet. Heute und im Bundestag kann die Reaktion alle Scheinheiligkeiten fallen lassen: „Was kann der Staat vernünftigerweise noch leisten, und was muß und kann er seinen Bürgern zutrauen – oder gar zumuten? ... Da gab es vor 15, 20 Jahren einen Mann, Ludwig Erhard, der genau dies ... verkündet hat ... Wie ist er verspottet worden, als er damals das Maßhalten gepredigt hat! ... Aber was kam dann? Nach diesem Versuch, gegen den anbrandenden Zeitgeist anzurennen, kam der Rausch der Reformen. Dann sollte der öffentliche Korridor verbreitert werden. Dann sollte mehr Staat ausgebreitet werden. So kam die Anspruchsinflation in Gang. Solidarität wurde immer mehr dahin verstanden, Forderungen nach oben zu richten oder an andere zu stellen, aber nicht mehr dahin, wie es zur Solidarität gehört, daß man den anderen nicht zur Last fallen darf.“ Wiederum Dr. Häfele.

Vor öffentlichen und konkreten Festlegungen, wo und wie die „Anspruchsinflation“ zu bremsen wäre, weiß sich die Reaktion – noch – zu hüten. Noch überläßt sie's der SPD/FDP, vor allem, die diversen Steuer- und Abgabenerhöhungen einzutreiben. Da ist ein Nein angesichts der Mehrheitsverhältnisse auch billig. Umso ernster wird es ihr, wo den Lohnabhängigen nicht nur Verpflichtungen aufgebürdet werden, sondern wo Ansprüche bestehen. Die CDU/CSU zieht für die Senkung der „konsumtiven Ausgaben“ des Staatsapparates zu Felde. Das meint in erster Linie die Sozialversicherungsausgaben. „Wir brauchen einen Gesinnungswandel auch im Hinblick auf unser soziales Leistungssystem, der ein politisches Klima schafft, in dem vorurteilsfrei und ohne Verdächtigungen die Fragen diskutiert werden können, deren Diskussion notwendig ist.“ (Hauser) „Wir werden zu einer moralischen wie politischen Offensive für die Familie antreten“, hatte die CDU im Wahlkampf angekündigt. Diese Offensive zielt immer deutlicher auf die Beschneidung der Arbeitslosen-Kranken- und Rentenversicherungsansprüche der Lohnabhängigen.

Christliche Soziallehre: von Ketteler bis Blüm

Manövrierfähig in Sachen Arbeiterbewegung machte sich die christliche Reaktion im 19. Jahrhundert durch die Entwicklung der katholischen Soziallehre, in Deutschland u.a. das Werk des Bischofs Ketteler. Das Ziel: „Die Besitzenden und Nichtbesitzenden stehen sich feindlich gegenüber; ... und wir suchen ängstlich nach einer Vermittlung zwischen diesen Gegensätzen.“ Fündig wurde Ketteler in der Naturrechtslehre Thomas von Aquins: Weil alles Irdische von Gott geschaffen ist, ist der auch der ausschließliche Eigentümer. Den Menschen steht nur ein Nutzungsrecht zu, nicht unbeschränkt, sondern so, „wie Gott es will und festgesetzt hat“. Der irdische Verwalter soll nämlich die Früchte des Eigentums „als ein Gemeingut aller betrachten, und er soll daher gerne bereit sein, sie anderen in ihrer Not mitzuteilen.“ Aber Privateigentum muß sein, weil nur so die Familie und damit die Ordnung erhalten bleibt, weil jeder besser für das sorgt, was ihm selbst gehört, und weil gemeinschaftlicher Besitz zu Streit und Zank führt.



Kirchliche Armenfürsorge: Zwangsarbeit im „Rauhen Haus“

Diese Position erlaubte der christlichen Reaktion, gegen den bürgerlichen Liberalismus wie gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung zu Felde zu ziehen. Auf der Linie liegen auch Kettelers gesellschaftspolitische Konsequenzen: Stärkung des Kleineigentums, des Handwerks und Klein-gewerbes; „... den Fabrikarbeiter zugleich auch zum Miteigentümer des Fabrikgeschäftes, in dem er arbeitet, (zu machen) ...“; Schaffung einer ständischen Gesellschaft, in der christliche Gesinnung alle Stände

eint; Bekämpfung und Spaltung der Gewerkschaften, denn „Christus sagt von allen, die ohne ihn den Menschen helfen wollen, daß sie Räubern und Mördern gleichen ...“

Obwohl die Soziallehre vorbürgerliche Gesellschaftszustände beschwor – wie der Feudalherr für seine Untertanen sorgt, soll der Kapitalist die Armen an den Früchten des Eigentums teilhaben lassen –, gewann sie erheblichen Einfluß auf Mittelklassen und Teile der Arbeiterklasse. Denn mit der Betonung des Kleineigentums und der Bewahrung der Familie setzte sie an Punkten an, wo große Massen die furchtbaren Wirkungen des Kapitalismus unmittelbar erfuhren. In der Folgezeit gründete die kath. Kirche Arbeiter-, Gesellen- und Unternehmervereine und die christlichen Gewerkschaften, deren Spaltungsdruck auf die Arbeiterbewegung trotz Gründung der Einheitsgewerkschaften nach dem Zweiten Weltkrieg heute noch nachwirkt. Weit stärker als in vielen anderen Ländern floß die christliche Soziallehre auch in die Ideologiebildung innerhalb der Bourgeoisie ein. Die westdeutschen Monopolbourgeois haben ihr in der Sozialbindungsklausel, an die im Grundgesetz (§14,2) die Eigentumsgarantie geknüpft wird, sogar Verfassungsweihe verliehen.

Anfang der sechziger Jahre – der BRD-Imperialismus hatte gerade seine Wiederaufbauphase abgeschlossen und wurde international tätig – propagierten CDU-Ideologen unter Rückgriff auf die ständestaatlichen Vorstellungen der Soziallehre die „formierte Gesellschaft“. Die erstarkende Arbeiterbewegung brachte das Konzept zum Platzen. Kettelers Idee, durch Verwandlung von Arbeitern in Kleineigentümer den Klassenkampf zu dämpfen, hat sich als dauerhafter erwiesen und bestimmt die Politik der CDU/CSU-Sozialausschüsse.

„Neue Wege müssen auch in der Tarifpolitik gesucht und gefunden werden ... Eigentum in Arbeitnehmerhand ist eine Chance für eine moderne Einkommenspolitik. Leute aus dem 19. Jahrhundert werden das nie kapieren. Sie tanzen ihre kapitalistisch-sozialistischen Tänze und merken garnicht, daß gar keine Musik mehr dazu gespielt wird.“ (Blüm, CDU, am 20.2.81 im Bundestag)

„Teil unserer Arbeiterklasse“

— Das sind die Jugoslawen, die im Ausland arbeiten. Unter diesem Motto fand der III. Kongreß der Selbstverwaltung im Februar in Belgrad statt. Vertreten waren 50 Delegierte aus 17 Ländern, davon allein 20 Jugoslawen aus der BRD. Gewählt wurden sie direkt in den Klubs und selbstverwalteten Organen, die es in allen Ländern gibt. Zwei wesentliche Aufgaben der jugoslawischen Arbeiterklasse gegenüber den im Ausland Arbeitenden: sie noch mehr in Selbstverwaltungsorganen zu organisieren und ihnen die Rückkehr und Integration zu erleichtern. Seien sie nicht organisiert, könne man ihnen nur schwer helfen, führte M. Spiljak, Vorsitzender des Kongresses, aus. Neben wirtschaftlichen Problemen — zu wenig qualifizierte Arbeitsplätze, weniger Investitionen und damit neue Arbeitsplätze als Teil des Sparprogramms — sei die Hauptschwierigkeit die Ansicht, daß „Gastarbeiter“ bei der Einstellung nicht gleichberechtigt behandelt werden. Beispiel: 200 Arbeiter einer Textilfabrik gingen ins Ausland. Jetzt wurden nicht die zurückgekehrten Arbeiter wieder eingestellt, sondern Arbeiter aus entfernten Regionen.

Sinkende Produktion in Großbritannien

Die Industrieproduktion in Großbritannien sank 1980 um 8,8%, im letzten Jahresdrittel um 13%. Da das Ende dieser seit 1930 stärksten Rezession im 1. Halbjahr nicht eintreten wird, sicherte die Regierung den Kapitalisten zu, ihre schwierige Lage im nächsten Haushalt zu berücksichtigen, z.B. durch Abbau ihrer „Überbelastung“ mit Zahlungen zur Sozialversicherung.

Philippinen: Moros vernichten Bataillon

Kämpfer der Moro-Befreiungsfront MNLF haben am 12. Februar, kurz bevor die Marcos-Diktatur den päpstlichen Segen empfing, im Süden der Philippinen auf der Insel Pata ein Armeebataillon vollständig aufgerieben. Sie töteten 118 Soldaten und sechs Offiziere, die gerade eine „Poli-zeiaktion“ gegen Dörfer des

Moro-Volkes durchgeführt hatten. Die muslimischen Moros kämpfen seit Jahrzehnten gegen den Landraub durch die US-Plantagenkonzerne und für nationale Selbstbestimmung. Trotz Einsatz von Expeditionskorps mit US-Militärberatern hat das Marcos-Regime die Ausbreitung des Befreiungskampfes nicht verhindern können. Die MNLF arbeitet eng mit der kommunistischen Neuen Volksarmee (NPA) zusammen.

In Schulbüchern Grenzen von 1937

Am 12.2. hat die Kultusministerkonferenz Grundsätze für die „einheitliche Darstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937“ in Schulbüchern und Atlanten beschlossen. Die Grenze zur DDR soll als „besondere Grenze“, polnische Städte sollen mit deutschen Namen bezeichnet werden.

„Sicherheitsrisikos“ bei Kriegsvorbereitung

Auf höhere Anordnung wurden das Ratsmitglied der Grünen Alternativen Liste (GAL) Lammersdorf aus dem Ausschuß für zivile Verteidigung in Münster, zwei DKP-Abgeordnete aus ebendemselben Ausschuß in Gladbeck ausgeschlossen. Laut Verwaltungsvorschrift zur Gemeindeordnung NRW sind auch „militärische Dienststellen“ für die Ausschüsse für zivile Verteidigung zuständig, die im Krieg zu lokalen „Notregierungen“ werden und entsprechend tief in die direkte Kriegsvorbereitung verwickelt sind: Stationierung von Raketen, Verteilung von Lebensmittel- und Benzinkarten usw.

Strauß vor Untersuchungsausschuß

Strauß hat den Münchner Polizeivizepräsidenten Wolf auf seiner Wahlkundgebung im letzten Herbst nicht abgesetzt, basta. Darauf wird die Arbeit des Untersuchungsausschusses hinauslaufen. Wolf, selbst CSU-Mitglied und letzte Woche in den Ruhestand versetzt, hatte vor dem Ausschuß ausgesagt: „Es war kein Zweifel möglich, er hat mich für abgesetzt, abgelöst oder entlassen erklärt, und nicht nur einmal.“ Strauß dazu: Er habe den Einsatzleiter nicht unter Bruch der Verfassung abge-



Nordheim. Die Bundeswehrführung will an der Mainschleife bei der Vogelsburg (Unterfranken) einen Pionierübungsplatz anlegen. Am 7. Februar führte der Bund Naturschutz Nordbayern in Nordheim eine Großkundgebung mit 800 Teilnehmern aus ganz Unterfranken dagegen durch. 120 ha soll das Militärgelände umfassen; die Planung ist so angelegt, daß der Platz mit Sicherheit von der NATO für Kettenfahrzeuge und Zielflüge benutzt werden wird. Schon jetzt liegt der Raum Volkach-Kitzingen mit nur 21% Waldanteil weit unter dem Durchschnitt, eine Beeinträchtigung der Weinernte ist zu erwarten. Während sich Vertreter des Verteidigungsministeriums auf der Kundgebung nicht blicken ließen, argumentierten Abgeordnete der CSU, SPD und FDP für Alternativstandorte: Die Verteidigungsfähigkeit dürfe nicht eingeschränkt werden.

setzt. Aber hätte er ihn abgesetzt — so die Strauß'sche Logik — hätte er auch gleich einen neuen Einsatzleiter benannt. Das aber tat er nicht. — Die Absicht der SPD, die Sache durch Gegenüberstellung Wolf-Strauß aufzuhellen, wird die CSU-Mehrheit im Ausschuß abblocken. So bleibt die telepathische Zusammenarbeit eines Ministerpräsidenten mit seinem Innenminister über die Distanz von 200 km an jenem Abend legitime Praxis.

Hungerstreik von Gefangenen

Frankfurt. Am 2.2.1981 begannen die Gefangenen der U-Haftanstalt Preungesheim den dritten Hungerstreik innerhalb von zwei Jahren. Forderungen den 15tägig befristeten Streiks: Sofortige Wiedereinführung der Freistunde im Hof; Zulassung aller ankommenden auf 4h/Tag auszudehnenden Freizeit; Verlängerung der Besuchszeit auf 1h/Woche; Ablösung des Anstaltsarztes, angemessene ärztliche Versorgung; zweimaliges Duschen/Woche; Demontage der Sichtblenden an den Fenstern; Aufklärung der Öffentlichkeit über den im Bau befindlichen

„Sicherheitsbereich“. Der hessische Justizminister bekundete am 12.2. „Verständnis“ für die Forderungen, lehnte aber „aus Personalmangel“, „Geldmangel“, „organisatorischen Gründen“ ab. Die neben anderen Organisationen den Hungerstreik unterstützende „Vereinigung hessischer Strafverteidiger“ führte zu dieser „Begründung“ in einem Offenen Brief an den Justizminister aus, daß zur Realisierung der Forderungen tatsächlich kein zusätzliches Personal notwendig ist, sondern die Beendigung besonderer Schikanen. Auch die 50%ige Überbelegung der Anstalt, die auf max. 600 Personen angelegt ist, sei z.B. für sechsstündige Wartezeiten für 15minütigen Besuch keine Begründung. Die künstliche Beleuchtung erforderlich machenden Sichtblenden, vor zwei Jahren trotz Gefangenerevolte installiert, hätten mit Personalmangel ebenso wenig zu tun wie der Bau eines Isolationstraktes in Ffm. Es wird angegriffen das Verbot der Stationssprecher der Gefangenen und die dauernde Umlagerung in der Anstalt. Gefangene der JVA Dietz suchten im Januar Verbindung zu den örtlichen Gewerkschaften.

Gemischte Gefühle auf beiden Seiten

Samstag Abend, bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe, liegt an Stellungnahmen zum Ergebnis der Demonstration gegen den Brokdorf-Weiterbau bloß bruchstückhaftes aus dem Rundfunk vor. Der Bundesverband der Bürgerinitiativen soll die Demonstration als „grandiosen Erfolg“ bezeichnet haben, Vertreter der schleswig-holsteinischen Landesregierung taten ihrer „Erleichterung“ und in diesem Sinne sogar „Zufriedenheit“ kund. Merkwürdige Begebenheiten, die den Gegnern des Atomenergieprogrammes einen grandiosen Erfolg und seinen Verfechtern Erleichterung und Zufriedenheit verschaffen. – Selten noch funkte das Wort „friedlich“ so zahllos oft durch den Äther wie bei der Rundfunk- und Fernsehberichterstattung über dies Ereignis. Nicht ganz verschweigen lassen sich die Verhaftungen, Verletzungen und Krankenhauseinlieferungen. Aber, resümiert ein Reporter, derartiges komme auch bei jedem größeren Fußballspiel vor und damit könne man die Veranstaltung ja vergleichen. „Bild am Sonntag“ titelt: „Polizisten brannten wie Fackeln“, die „Welt am Sonntag“: „Schlacht um Brokdorf – der Sturm der 100 000“. – Alle diese Äußerungen beziehen sich auf die selben Tatsachen.

Am 14.02.81 beschloß die Bundeskonferenz der Bürgerinitiativen gegen Atomkraftwerke in Hannover den Aufruf „In Brokdorf wird weitergebaut – Demonstration am 28.02.81 um 11 Uhr“. Aufruf und Terminsetzung waren umstritten. Viele ließen sich von der Erörterung der bestehenden Problematik des Baus, Weiterbaus und Betriebs von Atomkraftwerken ablenken und suchten nach einer Möglichkeit, den Kampf vollständig im Rahmen der geltenden Gesetze zu führen. In dem Aufruf selber war dies Problem eigentlich ausreichend geregelt: „Unsere Stärke ist die Vielfalt des Widerstandes. Wir müssen darauf achten, daß zum einen die verschiedenen am Widerstand beteiligten Gruppen und Einzelpersonen ihre Vorstellungen entwickeln und zum Ausdruck bringen können, zum anderen aber niemand in Situationen hineingezogen wird, die er nicht tragen kann oder nicht will.“ Niemand war allerdings genötigt, auf Grundlage dieses Aufrufs das Recht der Energiemonopole anzuerkennen, polizeilich geschützt Atomkraftwerke zu bauen.

Leider stimmten nicht alle Beteiligten für diesen Aufruf. Am Montag, den 23.02.81 verbot der Landrat des Kreises Steinburg für den Zeitraum vom 27.02. bis 01.03. für den Bereich des Amtes Wilster Marsch jegliche Versammlung unter freiem Himmel. „Das Verbot ist erforderlich, weil (...) die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet ist. Der Schutz der öffentlichen Sicherheit umfaßt unter anderem den Schutz von Leben und Gesundheit sowie Eigentum des Einzelnen als auch den Schutz der gesamten Rechtsnormen.“ Hiermit war der Schutz von Atomkraftwerksbauten ein Rechtsgut, dessen bewaffnete Pflege u.U. eine Gefährdung von Gesundheit und Leben nach sich zieht. Das persönliche Risiko gegen den Brokdorf-Weiterbau zu demonstrieren wurde in die Höhe getrieben, eine Verlockung, Versicherungen anzubieten, nicht nur im Rahmen der Gesetze, sondern auch noch als aktiver Garant einschlägiger Polizeianweisungen zu protestieren.

Im Laufe des Freitag bestätigte das Verwaltungsgericht Schleswig die Verbotsverfügung dem rechtlichen Inhalt nach, schränkte aber den Geltungsbereich ein, so daß immerhin eine gewisse Rechtssicherheit für die Anfahrt in Richtung Wilster angenommen werden konnte. Das Land Schleswig-Holstein beschwerte sich beim Oberverwaltungsgericht in Lüneburg. Freitag Mitternacht bestätigte Lüneburg das ursprüngliche Verbot. Damit wurde die rechtliche Grundlage geschaffen, den bereits zu tausenden anfahrenenden Demonstrationsteilnehmern die entwürdigsten Schikanen aufzubürden. Sie wurden aufgehalten, peinlichen Leibesvisitationen unterzogen, auf Umwege geschickt. Dennoch stellte sich in den Morgenstunden des Samstag heraus, daß weder die verschiedenen Beschwörungsaufappele der bürgerlichen Politiker, noch die Polizeischikanen die Demonstranten in eine leicht einzupferchende Herde verwandelt hatten. 15 000 umgingen die Polizeisperren und näherten sich dem Kraftwerksbau über die Felder. Wichtige Polizeisperren hatten nun vor und hinter sich Demonstranten. Die Lage war nicht haltbar.

Obwohl das Bundesverfassungsgericht die Beschwerde gegen das Demonstrationsverbot (sie war Samstag nachts eingereicht worden) inzwischen abschlägig beschieden hatte, mußte sich die Polizeiführung entschließen, einen Kompromiß anzubieten. Den vor

den Polizeisperren befindlichen Demonstranten wurde gestattet, die Sperren zu durchqueren, wenn sie sich einer Leibesvisitation – für viele die zweite und dritte des Tages – unterzögen. Mit dieser Zumutung setzte die Rückflutbewegung in der Aktion merklich ein, während sich der Polizeidruck zum Schutz der Baustelle verstärkte.

Der Abmarsch begann. Tatsache und Erfolg der Bewegung gegen das Atomprogramm ist, daß entgegen stehenden Gerichtsurteilen die Kritik an dem Brokdorf-Weiterbau in Nähe dieses Weiterbaus per Demonstration getragen werden konnte. Unklar bleibt indessen, wie die Verwirklichung dieses Bauprogrammes denn tatsächlich verhindert werden soll. Die derzeit beliebte Antwort: „Durch politische Aufklärung“ ist naiv, wenn sie unmittelbar wirkenden Maßnahmen entgegengestellt wird. In der jetzt doch schon langen Geschichte des Kampfes gegen dies Programm hat sich immer herausgestellt, daß handfeste Maßnahmen auch sein müssen, soll nicht das Tempo des Baus das Tempo der politischen Aufklärung hoffnungslos überholen.

Belgien

Lohnsenkungsgesetz tritt nicht in Kraft

Die belgische Arbeiterbewegung hat einen Erfolg errungen. Zwar verabschiedete das Parlament das sog. „Mini“-Gesetz (s. Pol. Ber. 3/81), aber es wird bis auf einzelne Paragraphen nicht in Kraft treten. Die große nationale Demonstration des Gewerkschaftsbundes ABVV/FGTB, die seit Anfang des Jahres andauernde und wachsende Streikbewegung, der sich schließlich auch der Christliche Gewerkschaftsbund CSC/ACV nicht mehr entziehen konnte, da seine Mitglieder nämlich mitstreikten, hatten die Kapitalistenklasse zutiefst besorgt und endlich auch zermüht. Sie mußte von ihren anmaßenden Bedingungen ein gutes Stück herunter und am 12.2. einem zentralen Abkommen zustimmen – dem ersten seit 1974 –, das die zentralen Punkte des „Mini“-Gesetzes wie folgt ersetzt:

○ Die Löhne und Gehälter werden weiter indexiert, d.h. an die amtliche Preissteigerungsrate angepaßt. Das Gesetz beschränkte die Indexierung auf die Löhne und Gehälter unter 35 000 bfr (ca. 2 190 DM).

○ Die Tarifverträge, die vor dem 1.1.1981 abgeschlossen wurden, werden erfüllt und um 12 Monate verlängert. Das Gesetz sah vor, daß die Lohnerhöhungen aus diesen Verträgen nur für die Lohnabhängigen mit weni-

ger als 35000 bfr ausgezahlt werden.

○ Im Rahmen dieses zentralen Abkommens können neue Tarifverträge abgeschlossen werden. Dieser Rahmen ist mit zwei mal 1% Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung auf 38 Std./Woche bzw. dort, wo die 38-Stundenwoche schon existiert, weitere Verkürzung nur alternativ zu Lohnerhöhungen allerdings sehr eng. Das Gesetz verbot jede Arbeitszeitverkürzung und alle Tarifierhöhungen mit Ausnahme für die Lohnabhängigen mit weniger als 35000 bfr; hier waren die Lohnerhöhungen auf 1% beschränkt.

Diese zwar begrenzten, aber eindeutigen Verbesserungen gegenüber dem Gesetz haben 88% der ABVV-Mitglieder dazu bewogen, dem zentralen Abkommen zuzustimmen, obwohl es Fortsetzung der Lohnsenkung bedeutet, obwohl die zwei mal 1% Lohnerhöhungen zusätzlich zur Indexierung erst noch in Tarifverträgen durchgesetzt werden müssen, obwohl die Gewerkschaften damit auch unterschreiben, auf zwei Jahre keine über das Ab-



Zehntausende demonstrierten am 13.2.

kommen hinausgehenden Forderungen zu erheben oder zu unterstützen.

Gleich am Tag nach dem Abschluß demonstrierte die Arbeiterbewegung, daß sie keinen Abstrich am Erreichten wird durchgehen lassen. Für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, erklärte die Regierung, werde das zentrale Abkommen nicht gelten: Seit zwei Jahren sind die Lohnabhängigen im Unterrichtswesen, bei den Gemeinden, der Post und den Ministerien ohne Tarifvertrag, und neue Tarifverträge sollen auch jetzt nicht abgeschlossen werden. Darüberhinaus will die Regierung ab dem 1.3. einen „Solidaritätsbeitrag“ qua Nichtanpassung der Löhne erheben, 160 Mio. DM innerhalb von zwei Jahren. Wie schon 1980 sollen Urlaubsgeld und Jahresprämie nicht erhöht werden. Durch Reform des Pensionswesens sollen die Renten gekürzt werden. – Fast der gesamte öffentliche Dienst, Post und das Transportwesen lagen daraufhin am 13.2. still. Auch die Polizei schloß sich dem Streik an.

Lohnbewegung

Nächste Schritte klar, aber was kommt dann?

Die Friedenspflicht ist beendet. Die Kampffaktionen der Belegschaften in der metallverarbeitenden Industrie nehmen zu. Aber die Kapitalisten sind weiterhin nicht bereit, einen Inflationsausgleich abzuschließen. Parallel zu den Anzeichen, daß 2,5 bis 3% nicht das letzte Wort wären, plärrten in der Presse Stimmen der deutschen Wissenschaft, das Beste für die Gesundung der Wirtschaft sei ein Lohnstopp wenigstens bis zum Herbst, besser bis zum Frühjahr des Jahres 1982. Der Tarifvertrag ist bereits einen Monat ausgelaufen. Einen Monat konnten die Kapitalisten zu den alten Löhnen bereits weiterarbeiten lassen. Sie werden nachzahlen müssen, aber ein beachtlicher zinsloser Kredit steht ihnen doch zur Verfügung. Von Vorteil für die Belegschaften der metallverarbeitenden Industrie ist lediglich, daß überall klar ist: Die Kapitalisten wollen Reallohnsenkungen. Diese allgemeine Klarheit ist ein gutes Ergebnis der Verhandlungsführung und der Propagandatätigkeit der IG Metall. Ein weiteres gutes Ergebnis: Mehrfach mußten die Kapitalisten andeuten, daß sie überproportionale Anhebungen der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen nicht ausschließen; wenngleich natürlich bei einem Abschluß von z.B. 3% eine Zahlung von 3,5% auf die untersten Lohn- und Gehaltsgruppen zwar eindeutig höher, aber kein Erfolg wäre.

Bereits letzte Woche hat die IG Metall breitflächig mit Warnstreiks begonnen. Vor der Ansicht, die Kapitalisten könnten durch Anwendung dieses taktischen Mittels ohne große Belastung der Belegschaften und der Gewerkschaftsorganisation der IG Metall weichgeklopft werden, sollte man sich hüten. Nicht immer wird sich die Mobilisierung für einen unbezahlten Streik als besonders einfach erweisen. Nicht selten werden die Kapitalisten Disziplinarmaßnahmen gegen solche Streiks ergreifen. Sehr häufig wird die zweckmäßige Dauer der Aktion schwer zu bestimmen sein. Falls den Kapitalisten hier und dort eine Unterdrückung von solchen Aktionen gelingt, könnte sie das zu Brutalitäten reizen. Kurzum, die von der IG Metall eingeschlagene Kampftaktik ist nicht ungefährlich. Die Stärke dieser Taktik liegt zudem weniger in den wirtschaftlichen Grundtatsachen, die einen Streik zur Waffe des wirtschaftlichen Kampfes machen. Die Produktionsausfälle werden sich in

Grenzen halten, solange diese Taktik angewendet wird. Die Stärke dieser Taktik liegt in der Drohung mit einer nachhaltigen Störung des Arbeitsfriedens, einer breitflächigen Konfrontation eines jeden Kapitals mit Streiks, der Aufkündigung der Zusammenarbeit, die in so und so vielen betrieblichen Belangen ja doch besteht usw. usf.

Man kann nicht ausschließen, daß die Kapitalisten vor einer solchen Verschärfung der Gangart der Gewerkschaftsbewegung Angst haben und einlenken. Aber dennoch wäre zweckmäßig, bereits jetzt zu erörtern: Was ist zu tun, wenn dieser Fall nicht eintritt, was ist zu tun, wenn die Kapitalisten mit knüttelgroben Maßnahmen gegen einzelne Belegschaften und einzelne Gewerkschaftsmitglieder reagieren, was ist zu tun, wenn sie sich auf eine schärfere Gangart bereits eingestellt haben und die Gelegenheit nutzen wollen, den ungeschützten Belegschaften, die zwar im Rahmen der IG Metall, aber im einzelnen doch auf die eigene Kappe hin streiken, Niederlagen beizubringen?

Man sollte schon ernsthaft überlegen, ob nicht eine Verhandlungsführung zweckmäßig wäre, die die jetzt beginnenden Streikaktionen stärkt, indem sie für einen Termin im März Urabstimmungen in den Tarifbezirken ins Auge faßt. Damit wäre auch ein Termin gesetzt, bis zu dem sich die Kapitalisten rühren müssen, wenn sie nicht die organisierte Solidarität der IG Metall und des ganzen DGB spüren wollen. – Wie auch immer, gewiß ist, daß bei harten Gegenmaßnahmen der Kapitalisten die Grenzen der jetzt eingeschlagenen Kampftaktik der IG Metall absehbar sind.

Ziemlich tief im Gestrüpp der Parlamentskulissen spielt sich gegenwärtig eine widerliche Intrige gegen die Lohnbewegung ab, zu der der Hauptvorstand der IG Metall leider einen Anhaltspunkt geliefert hat. Der Hauptvorstand der IG Metall hat sich nicht verhalten können, das angestaubte reformistische Möbel, mit den Kapitalisten durch Anforderungen von Konjunkturfürsorgeprogrammen der Regierung übereinzukommen, neuerlich ins öffentliche Licht zu rücken. Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag war

Was nicht in „Bild“ steht und Lambsdorff verschweigt

Trotz Exportwelle müssen die Japaner den Gürtel enger schnallen (gekürzter Auszug aus „Westfälische Rundschau“, 24. 12. 80 von Ariane Dettloff)

Mitten im Winter beginnt in Japan der „Frühjahrssturm“. So heißt hier die Lohnrunde, die im März mit Streiks und Demonstrationen ihren Höhepunkt erreicht. Japans Gewerkschaften haben jetzt mit der Verabschiedung gemeinsamer Forderungen die Tarifrunde '81 eingeläutet und klargemacht: vom ewigen Exportwunder haben sie nichts.

Sie wollen zehn Prozent mehr für die Lohnrüten, zudem kürzere Arbeitszeit, die Fünf-Tage-Woche und Anhebung des Rentenalters auf 60 Jahre. In einem Weißbuch zur Lage der Arbeitnehmer nennen die Gewerkschaften bittere und erstaunliche Fakten. Während Profite und Produktivität phantastisch gestiegen sind, magerten die Reallöhne im vergangenen Jahr um 1,7 Prozent ab.

Sieben von zehn Familien in Tokio etwa können sich heute weniger leisten als vor zwölf Monaten. Während die Exportwelt rollt und den Unternehmern die Taschen füllt, müssen also Japanis fleißige Arbeiter den Gürtel enger schnallen. 1980 ist die Kaufkraft dramatisch gesunken. Die sinkende Kaufkraft daheim konnte im vergangenen Jahr noch durch Rekordaushöfen wettgemacht werden.

Japans konservative Regierung, von der Großindustrie finanziert und mit deren Interessen eng verflochten, hat jetzt optimistische Voraussagen für das laufende Wirtschaftsjahr veröffentlicht. Danach soll die Inflationsrate 1981 unter 5,5 Prozent bleiben. Doch sie liegt zur Zeit schon bei acht Prozent, und eine neue Teuerungswelle rollt heran: Für Reis, Weizen,

Salz, Alkohole, Transportmittel, Postgebühren, Krankenversicherung und Universitätsausbildung müssen die Japaner 1981 tiefer in die Tasche greifen. Dazu hat die Regierung kräftige Steuererhöhungen angekündigt, um ihren Schuldenberg abzutragen. Die Regierungsvorhersage stößt diesmal bei den Gewerkschaften auf gewaltige Skepsis. Auch das Unternehmerrgument, man müsse „gemeinsam die Ölkrise ausbaden“, kommt nicht mehr an. Die Arbeitnehmer haben gemerkt, daß sie allein Opfer gebracht haben. Jetzt wehren sie sich.

Der Lebensstandard japanischer Arbeiter liegt immer noch erheblich unter dem der westlichen Kollegen. Im Vergleich mit Westdeutschland ist die Kaufkraft hier um ein Drittel geringer, auch wenn die Nominallohne der Großindustrie inzwischen an europäisches Niveau heranreichen.

Keine Frage, Japans weltweiter wirtschaftlicher Erfolg geht auf die Knochen der Arbeiter. Nur mit starken Gewerkschaften können sie den Rückgang aufhalten. Die Einheitsforderung der vier Dachverbände für die Tarifrunde '81 ist schon ein Fortschritt. Bisher hatten politische Streitigkeiten gemeinsames Handeln blockiert. Jetzt gibt es Verhandlungen zur Bildung einer Einheitsgewerkschaft nach DGB-Vorbild. Auch Mitbestimmungsforderungen werden schon laut. So genügend und brav, wie Graf Lambdorsdorf die japanischen Arbeiter zeichnet, sind sie jedenfalls nicht. Und dafür, daß sie als Vorbild gepriesen werden, können sie nichts.

teilnehmen – mitkämpfen – mitstreiten

Protestversammlung

am Montag, 9. Februar 1981

Heilbronn, Harmonie

Weitere Informationen im nächsten INFO

Herausgeber: IG Metall Vst. Heilbronn/Neckarsulm, Salinenstr. 9, 7107 Neckarsulm

Hetze der Reaktion:

19 deutsche Wirtschaftsprofessoren fordern:

19 deutsche Wirtschaftsprofessoren fordern: 1 Jahr keine Lohnerhöhung!

Lohnstopp – aber die Überstunden steuerfrei

<p>Hauptmann führende deutsche Wirtschaftswissenschaftler haben einen gemeinsamen Plan, die irrtümlich als Volkswirtschaftswissenschaft zu stoppen, zu verhindern in einem "offenen Brief" als Konsequenz von sechs bis zwölf Monaten.</p>	<p>bei der Professoren, Lehrstuhl, der in diesem Augenblick haben sich mehrere Ideen, die aber nicht den Anforderungen an die Lehrpläne werden mag. Wir sind in der Lage, die Anforderungen auf den Herbst, es sei das Frühjahr 1967, umgelegt werden.</p>
--	--

hierfür schon zu gewinnen. Bei den Investitionen säen, heißt das Schlagwort. Und was? Steuermittel! Und wie diese ziehen? Durch Erhöhung der Mehrwertsteuer um einen halben Prozentpunkt! – Dadurch würde – selbst wenn ein Abschluß zustandekommt, der überproportionale Erhöhung der untersten Lohn- und Gehaltsgruppen

erzielt — genau von diesen erhöhte Steuer gezogen. Denn die Mehrwertsteuer trifft stärker bei niedrigen Einkommen, und zudem würden auch noch die Rentner mit abkassiert. Eine Erklärung des Hauptvorstandes der IG Metall gegen den durchgesickerten Mehrwertsteuererhöhungsplan wäre da wirklich wertvoll und zeitgemäß.

USA

Bergarbeiter im Lohnkampf

Am 16. Januar begannen 938 in den United Mine Workers (UMW) organisierte Bergarbeiter in den Peabody-Kohlengruben im Westen der USA einen Streik für einen neuen Haustarif. In dem Kampf fällt eine Vorentscheidung für den Ende März anstehenden Tarifaßschluß für 153 000 UMW-Bergarbeiter. Die UMW organisiert hauptsächlich Bergarbeiter im traditionellen Kohlenrevier in den Appalachen, während in den expandierenden Bergbauzentren des Westens entweder die Kapitalisten jede Organisation verhindern haben oder andere Gewerkschaften (Bauarbeiter, Progressive Mine Workers) dominieren. Die UMW-Forderungen haben ein Volumen von insgesamt 43% (Lohnerhöhung und Sozialleistungen) über drei Jahre. Im Vordergrund stehen die Lohnindexierung (bei 0,3% Anstieg des Preisindex 1% mehr Lohn) und höhere Schichtzulagen. Allerdings kann bei 13% Inflation der Reallohn damit kaum gehalten, geschweige denn die Lohnsenkung der letzten fünf Jahre ausgeglichen werden. Außerdem fordert die UMW eine Rentenanehebung von 14 \$ auf 22 \$ monatlich für jedes Jahr Betriebszugehörigkeit, was Bergbaugesellschaften im Westen schon seit Jahren zahlen. In dem Peabody-Streik, der unter ähnlichen Forderungen geführt wird, mußten die Kapitalisten schon wichtige Zugeständnisse machen.

Ihnen ist an rascher Einigung gelegen. Der Kohleabsatz zieht an, die Produktivität steigt, nachdem sie in den letzten 10 Jahren um 32% gefallen war. Außerdem sitzt noch die Erinnerung an den 111tägigen erfolgreichen Bergarbeiterstreik 1978 in den Knochen. Für insgesamt 2,6 Mio. Lohnarbeiter in den USA, darunter 400 000 Postbeschäftigte und 570 000 Eisenbahner, werden 1981 neue Tarifverträge verhandelt.

Afghanistan

Zunehmende Kämpfe in den Städten

Nach den Rebellionen von afghanischen Polizisten gegen die Verlängerung ihrer Dienstzeit haben Soldaten in mehreren Kasernen Aufstände versucht. Weitere sind zu erwarten, wenn die Karmal-Regierung entsprechend ihrer Ankündigung verfährt. Ende März die Dienstzeit von Soldaten, die bereits sechs Monate über die normale Dienst-

zeit hinaus zwangsverpflichtet waren, nochmals zu verlängern. In Herat, wo 200 Bewohner wegen Aufruhr inhaftiert worden waren, fanden heftige bewaffnete Kämpfe statt. US-amerikanische Zeitungen berichten, daß große Teile der Stadt Kandahar unter der Kontrolle der Aufständischen sind. Sie haben dort ihre eigenen Sperrstunden eingerichtet.

Auch in der Hauptstadt operieren die Befreiungstreitkräfte jetzt öfter. Sie haben die Angriffe verstärkt zum 21. Februar hin, dem Jahrestag einer Aktion von afghanischen Mädchen und Frauen gegen die sowjetischen Besatzungstruppen. Den Invasoren gelingt es immer schlechter, Soldaten zwangsmäßig zu rekrutieren. Sehr viele flüchten und können sich, gedeckt durch die Bevölkerung auf dem Land,



Die UdSSR baut in Afghanistan und schafft Gründe zum Bleiben.

verstecken. Die Besatzungsmacht reagiert darauf mit zunehmendem Terror. In den letzten zwei Wochen haben sie mehrere Massaker an Dorfbewohnern verübt. Sie sollen den hinhaltenden Widerstand brechen. In einem Dorf im Schneeztal erhielten sie auf der Suche nach einem Flüchtigen die Auskunft, er habe sich entweder nach Pakistan oder in die Berge abgesetzt. Daraufhin brachten die Truppen 45 Dorfbewohner um.

Der Terror der sowjetischen Truppen ist auch der Versuch, der Verwirrung in ihren eigenen Reihen Herr zu werden. Mitte Februar erschossen Besatzungssoldaten aus Versehen den Kabuler Polizeichef mitten in der Stadt. Sie hatten bemerkt, daß er eine Waffe unter der Kleidung trug, ihn daher für einen Befreiungskämpfer gehalten und sofort geschossen.

Nachdem die Sowjetunion auf der Konferenz der Blockfreien nicht hatte verhindern können, daß eine Resolution gefaßt wurde, mit der der Abzug aller fremden Truppen aus Afghanistan gefordert wird, hat ihre Marionette Karmal sich erneut darauf versteift, daß er keine internationalen Verhandlungen zur Lösung der durch die Intervention der Sowjetunion entstandenen Probleme wünscht, sondern nur bilate-

rale Verhandlungen mit Iran und Pakistan. Die pakistanische Regierung beharrt darauf, daß sie sich nicht dazu bringen läßt, die Regierung Karmal auch formal anzuerkennen. Sie verlangt weiterhin Verhandlungen unter Leitung der UNO. Der Generalsekretär der UNO Waldheim hatte, nachdem er im letzten November von der UNO-Generalversammlung beauftragt worden war, Friedensverhandlungen zwischen diesen drei Ländern in die Wege zu leiten, am 11.2.1981 die Einsetzung des Peruaners Perez für diese Aufgabe angekündigt. Dieser ist noch nicht tätig geworden, da die Zustimmung Afghanistans zur Aufnahme von Verhandlungen nicht abzusehen ist. In den Zeitungen in der Sowjetunion ist die Nachricht über die zu Afghanistan gefaßte Resolution weitgehend unterdrückt worden.

Blockfreien-Konferenz Fremde Truppen raus aus Afghanistan!

Vom 9. bis 13. Februar traten in Neu-Delhi die Außenminister von 96 blockfreien Staaten zur Konferenz zusammen. Es war das erste größere Treffen von Vertretern dieser Länder seit der Gipfelkonferenz im September 1979 in Havanna. Dort hatten einige Länder unter Führung Kubas den Versuch unternommen, die Grundsätze der Blockfreien-Bewegung außer Kraft zu setzen durch Anerkennung der sowjetisch-vietnamesischen Invasion in Kampuchea. Das wurde von der Konferenz in Havanna zwar verworfen, jedoch war beschlossen worden, den Platz Kampuchreas vorerst nicht zu besetzen. Nach der inzwischen erfolgten militärischen Besetzung Afghanistans durch die Sowjetunion stand die Blockfreien-Bewegung in Neu-Delhi vor der Zerreißprobe: Behauptung der Forderungen nach Nichteinmischung in die inneren und äußeren Angelegenheiten anderer Staaten, territorialer Integrität und vollständiger Souveränität oder Aufgabe dieser Grundsätze mit der Folge der Handlungsunfähigkeit der Blockfreien-Bewegung.

Nach erbitterten Auseinandersetzungen, die eine Verlängerung der Konferenz um einen Tag erforderten, hat das verabschiedete Schlußdokument der Konferenz die Grundsätze der Blockfreien-Bewegung bekräftigt und die Forderung nach Abzug aller fremden Truppen insbesondere aus Afghanistan und Kampuchea erhoben.

Der indische Entwurf der Schlußdeklaration enthielt keinen Hinweis auf sowjetische Truppen in Afghanistan. Durch die vorgesehene Verurteilung von „Einmischungen“ in Afghanistan

sollten die Besetzung des Landes durch die Sowjetunion und die Unterstützung des Widerstandskampfes des afghanischen Volkes auf eine Stufe gestellt werden. Der Außenminister Kubas Malmierca versuchte, dies zu rechtfertigen und als „antiimperialistisch“ auszugeben: „Die Ereignisse in Afghanistan geradeso wie die Krise im Gefolge der Geiselnahme im Iran waren für die Imperialisten nichts als Vorwände, um die verschärfte Kriegstreiberei des nordamerikanischen Imperialismus zu rechtfertigen.“

Neben Pakistan setzte vor allen Dingen die jugoslawische Delegation der Rechtfertigung der sowjetischen Aggressionspolitik entschiedenen Widerstand entgegen und bestand auf der Forderung nach Abzug der sowjetischen Truppen. Die indische Vorlage wurde in diesem Punkt nicht als Verhandlungsgrundlage akzeptiert. Ein Ausschuß, in dem u.a. Argentinien, die PLO und im Vorsitz Nigeria vertreten waren, wurde von der Konferenz mit der Ausarbeitung einer Änderung beauftragt. Der gegen den Widerstand von Vietnam und Afghanistan von der Konferenz beschlossene Standpunkt „verlangt eine politische Lösung des Afghanistan-Problems auf Basis des Abzugs der ausländischen Truppen und der vollständigen Anerkennung der Unabhängigkeit, Souveränität, territorialen Integrität und der Blockfreiheit des Landes.“ Das Dokument verlangt die strikte Beachtung der Prinzipien der Nichteinmischung und der Selbständigkeit. Selbst mit unverfrorenen demagogischen Auftritten wie „die Forderung nach Abzug der fremden Truppen sei eine Verletzung der Souveränität und Integrität eines Staates“ konnten die vietnamesische und afghanische Delegation die Annahme dieses Punktes nicht verhindern.

Indien, das noch während der Konferenz eilends das Heng-Samrin-Marionettenregime in Kampuchea anerkannt hatte, versuchte ebenso, eine Stellungnahme zur Lage in Kampuchea zu umgehen. Die drei ASEAN-Mitglieder Singapur, Malaysia und Indonesien bestanden auf einer Stellungnahme und konnten sich auch durchsetzen. Die Erklärung „warnt vor der Gefahr, daß sich die Spannung in und um Kampuchea ausdehnt auf ein weites Gebiet. Sie sind überzeugt von der dringenden Notwendigkeit, diese Spannungen durch eine umfassende politische Lösung abzubauen, um für den Abzug aller fremden Truppen und die Herstellung der Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität aller Staaten in dieser Region eingeschlossenen Kampuchea zu sorgen.“

Zur Situation im Indischen Ozean drückt die Erklärung „ernste Sorge aus über die gefährliche Lage in dem Ge-

biet, die sich aus der Ausdehnung von bestehenden Militärstützpunkten, Militäranlagen, Nachschubpositionen und der Bedrohung durch Atom- und Massenvernichtungswaffen ergibt“. Die Außenminister bekräftigten ihre Entschlossenheit, für den Erfolg der Konferenz zu arbeiten, die in diesem Jahr in Sri Lanka stattfinden soll, um den Indischen Ozean zu einer Zone des Friedens zu machen.

Zahlreiche Außenminister riefen den Iran und den Irak – beide Mitglieder der Blockfreien-Bewegung – auf, ihre gegenseitigen Kriegshandlungen einzustellen. Auf der Konferenz hatten beide Delegationen den Ausschluß der jeweils anderen verlangt. Die Erklärung der Außenminister zu dieser Auseinandersetzung fordert die vermittelnden Länder „Indien, Kuba, Sambia und die PLO auf, alle Möglichkeiten wahrzunehmen, um zur Lösung der Krise beizutragen.“ In der Erklärung heißt es, „daß kein Staat durch Anwendung von Waffengewalt Gebiete in Besitz nehmen oder besetzen soll, und daß alle auf diese Weise in Besitz genommenen Gebiete zurückgegeben werden sollen.“ In einer ausführlichen Stellungnahme bekräftigten die Außenminister weiter die Forderung nach voller Anerkennung und Verwirklichung der Rechte des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und verlangten den vollständigen Abzug Israels von allen besetzten arabischen Gebieten. Das Dokument stellt fest, daß „das Camp David-Abkommen und der ägyptisch-israelische Vertrag keine Gültigkeit haben, soweit sie die Besetzung palästinensischer Territorien durch Israel anerkennen“.

Der Außenminister Nigerias verurteilte ebenso wie zuvor die Vertreter von Angola, Kenia und Mozambique die Politik Südafrikas, die zum Scheitern der Unabhängigkeitsverhandlungen für Namibia führte. Er schlug die Bildung eines Sonderfonds der Blockfreien-Bewegung zur Befreiung dieses Landes vor und erklärte die Bereitschaft seines Landes, sofort eine Million Dollar zur Verfügung zu stellen.

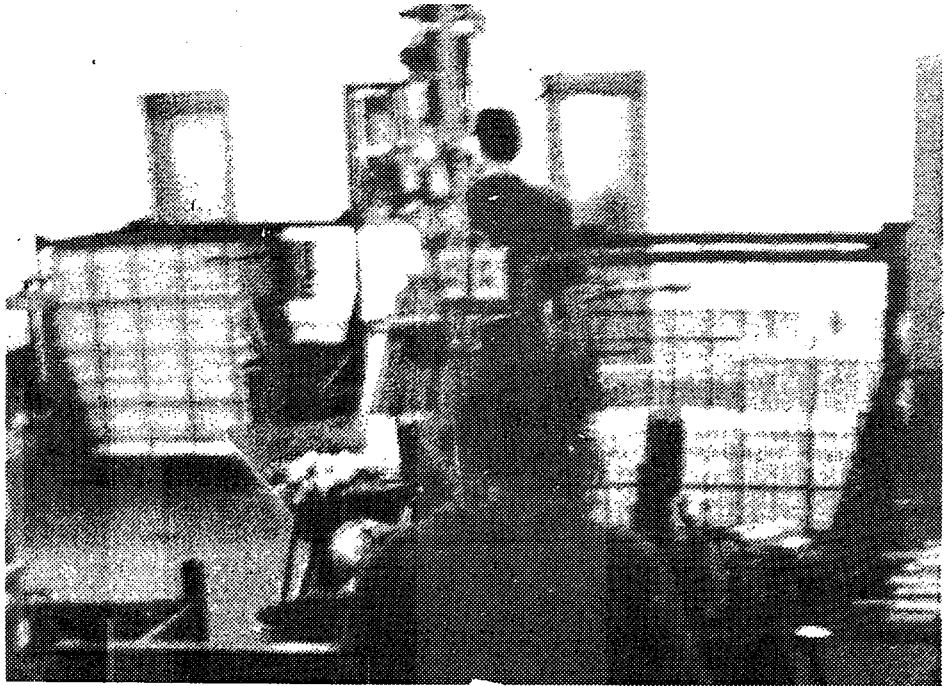
Die Stellungnahme der Blockfreien-Bewegung zu diesen und weiteren wichtigen Punkten der Auseinandersetzung mit den Imperialisten nutzt dem Kampf der unterdrückten Völker für ihre Befreiung vom Imperialismus. Der Außenminister Algeriens hatte bereits zu Beginn der Konferenz „vor der fieberhaften Wiederaufnahme der imperialistischen Strategien gegenüber den blockfreien Ländern, der Suche nach Verbündeten, nach Stützpunkten“ gewarnt. Der indische Außenminister Rao schloß die Konferenz mit der Erklärung, daß die Bewegung der Blockfreien an Kraft und Stärke gewonnen und sich gefestigt habe.

JVA Aichach

Gefangenensprecher halten an ihren Lohnforderungen fest

Gegen die Forderungen der Gefangenen der JVA Aichach (s. Pol. Ber. 1/81) hat Sozialminister Pirkel jetzt in der Bayer. Staatsztg. 4/81 Stellung genommen, „jeder Strafgefangene kostet dem bayerischen Steuerzahler täglich 65 DM“. Die Landtagsabgeordnete Schnell spricht über die Forderungen der Gefangenen von „Einsichtslosigkeit, Kaltschnäuzigkeit und Realitätsferne“ („Augsburger Presse“) und

setzten sie mittags erhöhte Fleischrationen unter dem Hinweis „ohne Essen keine Arbeit“ durch. Die Anstalt nimmt durch die Ausbeutung der Arbeitskraft der Gefangenen 1,34 Mio. DM jährlich ein, gibt aber nur 122275 DM für Verpflegung wieder aus. Die Gefangenensprecher halten in einer erneuten Erklärung an ihren Forderungen nach mehr Lohn fest. In ihr heißt es u.a.: „Wie uns bekannt ist,



behauptet: „Den Einnahmen der Bayerischen Justiz aus der Arbeit der Gefangenen im Jahr 1979 in Höhe von 50,8 Mio. stehen Ausgaben für den Strafvollzug von 234 Mio. gegenüber, d.h.: für jeden Strafgefangenen bezahlt der Steuerzahler täglich ca. 50 DM ...“

Die Anstaltsleitung hat den Gefangenensprechern Sitzungen verboten und jetzt gegen die „sinkende Arbeitsmoral“, d.h. gegen die sich häufenden Krankmeldungen, angeordnet, jeden kranken Gefangenen hinter Schloß und Riegel zu halten, bis er sich wieder ausbeuten läßt. Gegen die Maßnahmen der Anstaltsleitung und des Landtags haben die Gefangenen weitere Schritte eingeleitet. Mit 97 gegen 3 Stimmen ist eine Satzung für ihre Sprecher verabschiedet, die sich ausschließlich von ihren Interessen leiten läßt. Zweimal in den letzten Wochen haben sie geschlossenen Nahrungsaufnahme verweigert, weil sie verdorbenes Essen vorgesetzt bekamen, die Anstaltsleitung mußte neues Essen beschaffen, und einmal

waren an Ausgaben für Justiz in Bayern im Jahre 1980 964 Millionen DM geplant. In diesem Betrag sind sicher die von Ihnen aufgeführten 234 Millionen DM für Strafvollzug enthalten ... also Gelder, die leicht nachweislich von unseren Löhnen ... draußen abgezackt wurden ... Die von Ihnen angeführten 234 Mio. DM für Strafvollzug werden vorrangig für Neubauten, Errichtung von sog. Sicherheitstrakten, Beamtengehälter etc. etc. ausgegeben. Wir halten es deshalb nicht für legitim, uns diesen Betrag aufzurechnen, da wir laut den Gesetzen eine Freiheitsstrafe zu verbüßen haben ... und nicht mit unserer Arbeitskraft Neubauten oder Beamtengehälter finanzieren müssen. Wir konnten das jedenfalls in keinem Gesetz finden. Wir wären Ihnen an dieser Stelle dankbar, uns einmal genau vorzurechnen, wie jeder von uns in diesem Gefängnis eigentlich 50 DM Kosten am Tag verursacht. Bei uns geht diese Art Rechnung nämlich nie auf. 5 DM im Durchschnitt berechnet (belegt durch die Lohnzetteler-

suchung) zahlt die Anstaltsleitung pro Gefangenen an Löhnen pro Tag aus. 3,35 DM pro Gefangenen täglich werden laut Anstaltsleitung für die Verpflegung ausgegeben, macht also 8,35 DM. Die Anstalt nimmt aber demgegenüber täglich 60 DM ... an Löhnen ein. Unserer Meinung nach ist es schier unmöglich, 51,65 DM für Strom, Wasser und Heizung pro Gefangenen am Tag zu veranschlagen ..."

Durch das Festhalten der Gefangenen an ihren Forderungen hat der Landtag jetzt eine Unterredung von Abgeordneten mit den Gefangenen-sprechern zusagen müssen.

Die Gefangenen Sprecher wollen dazu eine erneute Lohnzetteluntersuchung durchführen, weil zu vermuten ist, daß die Anstaltsleitung die Erhöhung von 3-4 Pfennigen zum 1.1.1981 über die Streichung der Prozente bei der Leistungszulage wieder hereinholen will.

Spanien Faschistischer Putsch steckengeblieben

Montag, 23.2., 18.23 h: Unter Führung von Oberstleutnant Antonio Tejero Molino stürmt ein 200 Mann starker Trupp der paramilitärischen Gendarmerie Guardia Civil das spanische Parlament. Regierung und Parlament werden festgesetzt (Bereits 1978 hatte Tejero mit der Aktion „Galaxia“ die Festnahme des Kabinetts Suarez geplant. Der Putschplan war aufgefliegen und Tejero mit 6 Monaten Militärhaft „bestraft“ worden.). – Etwa eine halbe Stunde später erklärt General Jaimis Milans del Bosch – von Hitler dekorierte spanischer Ostfrontkämpfer – als Kommandeur der Dritten Militärregion in Valencia den Ausnahmezustand und verkündet ein 10-Punkte-Programm: absolutes Streikverbot, Verbot der politischen Parteien, allgemeine Militärgerichtsbarkeit. In dem entstandenen „Machtvakuum“ sei es seine Pflicht, für Ordnung in der Militärregion zu sorgen, bis „Instruktionen des Königs“ erfolgten.

In Madrid treten unmittelbar nach der Parlamentsbesetzung die Exekutivkomitees der beiden Gewerkschaften Comisiones Obreras und UGT zusammen und veröffentlichen eine gemeinsame Erklärung. Sie rufen die „Arbeiter und Bürger“ dazu auf, sich mit „wachsender Haltung“ auf „schnelle Reaktionen zur Verteidigung der Demokratie“ vorzubereiten. Die Gewerkschaft USO schließt sich dem Aufruf an. Für den Dienstag werden zweistündige Arbeitsniederlegungen und Informationsveranstaltungen in den Betrieben angekündigt. Die Ge-

werkschaftsvereinigung der Polizei (USP) ruft alle Einheiten der Guardia Civil und der Policia Nacional dazu auf, die Verfassung zu verteidigen und allen Putschbefehlen den Gehorsam zu verweigern.

Um 22.15 h veröffentlichen die versammelten Chefs der Generalstäbe eine Erklärung, sie seien bereit, die Verfassung zu verteidigen. Juan Carlos, als König auch oberster Armeebefehlshaber, bildet als Regierungersatz eine ständige Konferenz der Staatssekretäre. Um 1.14h, also fast sieben Stunden nach der Parlamentsbesetzung, gibt Juan Carlos eine zweimimütige Fernsehklärung ab, die – glaubt man der bürgerlichen Presse – das politische Schicksal Spaniens entschieden haben soll, tatsächlich aber das Resultat der vergangenen sechs Stunden ist. Der Putsch ist steckengeblieben, der überwiegende Teil der Armee hat sich nicht angeschlossen. Milans del Bosch zieht seine Truppen zurück. Tejero ergibt sich in den Morgenstunden. Nicht der König hat die Demokratie gerettet, sondern die putschwilligen Kräfte unter den westlichen Imperialisten und der spanischen Bourgeoisie haben dem



Putsch die Unterstützung versagt angesichts der Massenbewegung gegen faschistische Polizeimethoden (s. Meldung S. 28) und der Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse. Unverdrossen schreibt die Financial Times am 25.2.: „Wenn der Terrorismus allerdings türkische Ausmaße annimmt, werden einige Leute von der ‚türkischen Lösung‘ träumen.“

Mineralölsteuererhöhung Signal für weitere indirekte Plünderung

Im letzten Monat konnte man noch für 1,25 DM pro Liter Benzin tanken. Damit bezahlte man – ohne die im Benzinpreis enthaltene Erstattung der Unternehmenssteuern – allein 0,44 DM je Liter „Straßenbenutzungsgebühr“, wie die Mineralölsteuer zur Rechtfertigung beschrieben wird. Weiter sind im Benzinpreis 13% Mehrwertsteuer enthalten, und zwar auch auf die Mineralölsteuer gehoben. Das macht 14,4 Pf. auf den Liter aus. Ab 1. April steigt nach dem Beschluß des Bundestages vom 19. Februar die Mineralölsteuer

auf 51 Pf. je Liter Benzin, automatisch erhöht sich auch der Betrag der Mehrwertsteuer auf 15,3 Pfennig, so daß also ohne Betrachtung der weiteren angekündigten Preiserhöhungen der Mineralölkonzerne die indirekte Steuerbelastung des Benzinpreises auf rund 66 Pf. pro Liter ansteigt.

Nach allen Rechtfertigungen der Regierung bleibt die nackte Absicht der Plünderung der Lohnabhängigen. Nach den Angaben der Mineralölwirtschaft ging der Mineralölverbrauch im letzten Jahr um etwa 10% zurück. Soweit der Rückgang des Benzinverbrauchs darin enthalten ist, gibt die Statistik der Mineralölsteuereinnahmen auch eine relativ eindeutige Auskunft, wo gespart wurde: Im ersten halben Jahr 1980 nahm das Mineralölsteueraufkommen noch zu, im dritten Vierteljahr 1980, also in den Haupturlaubsmonaten Juli bis September, liegt es mit 5,37 Mrd. DM unter dem Vorjahreswert von 5,51 Mrd. DM für 1979. Darin deutet sich schon an, wo in den Haushalten der Lohnabhängigen zuerst gestrichen wird: bei den Kosten für Urlaub und Erholung. Die Fahrten zum Arbeitsplatz usw., also der tägliche Gebrauch des Autos, müssen dagegen teurer bezahlt werden.

Wer auf einen Ausgleich durch Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel hofft, findet sich nicht besser gestellt. Im Gegenteil. Die Gewerkschaften kritisieren zu Recht, daß mit den gegenwärtigen Gesetzesmaßnahmen auch die Befreiung des öffentlichen Nahverkehrs von der Mineralölsteuer fällt. Nach Angaben der Nahverkehrsunternehmen soll dies in naher Zukunft zu weiteren Preissteigerungen von 12% im Nahverkehr führen. Auch Bundesbahn-Präsident Vaerst hält tüchtig mit: Nachdem dort im Januar um durchschnittlich 7,9% erhöht wurde, erklärte er, die Preiserhöhungen für Auto- und Nahverkehr seien „zwar kein Anlaß, jedoch ein Marktdatum“.

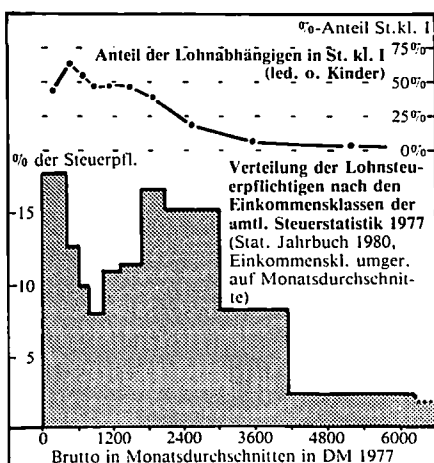
Mittlerweile ist die SPD-Fraktion nicht untätig und sinnt über weitere Plünderungsmaßnahmen. Beschlossen ist bereits die Absicht, die Sektsteuer um ein Drittel anzuheben von 1,50 DM auf 2 DM pro Flasche. Der Haushaltsobmann der SPD-Fraktion hält eine 20%-Anhebung der Tabaksteuer für geboten und will dafür im Laufe des Sommers weitere 4 Zigaretten aus der Automatenpackung herausnehmen. – Loderer hat zwar für die IGM gegen „Daumenschrauben an der falschen Stelle“ protestiert. Jedoch selbst wenn die von den Gewerkschaften verlangte Anhebung der Kilometerpauschale von 36 auf 50 Pf. pro Entfernungskilometer durchgesetzt wird, würde dies nicht reichen, um dem sich abzeichnenden Zwang zur Einschränkung des Autogebrauchs auf die Fahrt zur Arbeit und zum Einkaufen zu begegnen.

Unterversorgung mit Wohnraum — bürgerliche Politik befürchtet Vertrauenskrise der Marktwirtschaft

Wohnungsnot bei Niedrigeinkommen

Die Statistik verzeichnet ein Anwachsen der Zahl der Haushalte in der BRD von knapp 22 Mio. 1961 auf 24,2 Mio. 1978. In demselben Zeitraum ist die Zahl der Ein-Personen-Haushalte sogar von 4 Mio. auf 7,1 Mio. gestiegen. So unterschiedlich die gesellschaftlichen Schicksale sind, die sich hinter diese Zahlen verbergen — längere Ausbildungszeiten, Scheidungen und Auflösung von Familien, alleinstehende Rentenbezieher etc. —, so kann doch als sicher gelten, daß die Mehrzahl solcher Ein-Personen-Haushalte nicht über ein Einkommen verfügt, für das eine anständige und ausreichend große Wohnung gemietet werden kann (s. Schaubild).

Die Wohnbevölkerung in der Altersgruppe der 15—25jährigen ist von 1970 auf 1979 um rund 1,8 Mio. gewachsen. Gleichzeitig ist die Erwerbsquote in dieser Altersgruppe und damit die Möglichkeit, aus dem Lohn eine den Ansprüchen der Reproduktion genügende Wohnung bezahlen zu können, erheblich zurückgegangen, seit 1962 ist die Zahl der Erwerbstätigen in dieser Altersgruppe um über ein Viertel gesunken. Während längere Ausbildungszeiten bestimmte Wohnbedürfnisse unabweisbar machen, zwingt die kostenlose Vernutzung der jugendlichen Arbeitskraft im staatlichen Ausbildungsbetrieb dazu, sich mit schäbigen Buden und abbruchreifen Häusern zu begnügen oder in Wohnheimen kasernieren zu lassen. Auch die



Reichsarbeitsdienst: Mit Kasernierung „behob“ der Faschismus das Wohnungselend der Jugend

Jugendarbeitslosigkeit wirkt in dieselbe Richtung.

In der Regierungserklärung der SPD/FDP-Koalition hatte das Wohnungsproblem höchste Priorität. Die angestrebte Lösung: als Beitrag zur Beseitigung des „Anspruchsdenkens“ den von der Arbeiterbewegung durchgesetzten Wohnstandard allgemein zu senken, so wie es gegenüber den Beziehern von Niedrigeinkommen schon durchgesetzt ist.

Die Jugendbewegungen gegen die Unterversorgung mit Wohnraum scheuen die bürgerlichen Politiker aller Parlamentsrichtungen auf. Die Hoffnung der besseren Gesellschaft, daß die nachwachsende Generation, in praktischer Anschauung der möglichen Folgen politischen Kampfes, den Ansprüchen des kapitalistischen Arbeitsmarktes ausgesetzt und der Schulunterdrückung fast ausgeliefert, gelernt habe, in die Grundwerte der freiheitlich demokratischen Grundordnung sozusagen hineinzuwachsen, war verbreitet. Aber statt ordnungsgemäß der schalen Chance einer Karriere nachzujagen, demonstriert die Jugend, daß sie ihren sozialen und politischen Interessen nachzugehen weiß, wenn ein dringendes soziales Bedürfnis und eine gewisse Aussicht auf Erfolg gegeben sind; und zwar ohne besonderen Respekt vor der Einrichtung des Privateigentums.

Deswegen reagiert die bürgerliche Politik so nervös, mischt sich Nachgiebigkeit in die gewohnte Polizeibrutalität, folgen Versprechungen auf Verurteilungen und Verurteilungen auf Versprechungen. Nicht, weil sonderbar viel passiert wäre — Wohnungsbesetzungen gibt es schon lange und auch in größerem Umfang — sondern weil die Politisierung der Wohnungsfrage, die Verwandlung eines persönlichen Elends in eine politische Bewegung die junge Generation in die Klassenkämpfe hineinreißt. Und: weil die Unterversorgung mit Wohnraum zwar gegenwärtig als akutes Problem der Jugend aufscheint, die Jugend aber dieses Problem nicht alleine hat und für zunehmende Teile der Arbeiterbevölkerung eine Wohnung ausreichender Größe und ausreichender Qualität unerschwinglich wird. In Folge der Eigenarten des kapitalistischen Wohnungsmarktes zeitigt sinkender Lohnstandard gerade auf diesem Sektor der Reproduktion der Arbeiterbevölkerung die traurigsten Folgen. Und weil die Möglichkeiten politischer Gegenwehr im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung dünn und außerdem schwierig zu verwirklichen sind, trägt die Unterversorgung mit Wohnraum zu einer allgemeinen Vertrauenskrise in die gepriesene Marktwirtschaft bei.

Eine Betrachtung der gesellschaftlichen Kräfte, die auf dem Wohnungsmarkt wirken, zeigt jedoch, daß aus der Wohnungskrise nicht unbedingt eine ideologische Krise der Marktwirtschaft entstehen muß, sondern die konkreten Umstände der bürgerlichen



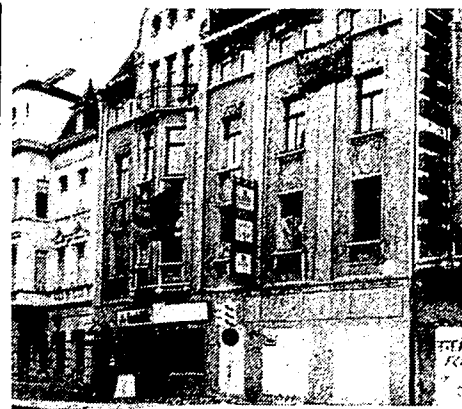
Aachen: Carstens inspiziert in Schlafwagen gepferchte Studenten

Politik ebenso Stoff für eine tiefgreifende Spaltung der lohnabhängigen Bevölkerung liefern. Der Lohnabhängige, der Wohnraum in passender Lage, von ausreichender Qualität und in ausreichender Größe will, findet sich mit diesem Interesse in einem komplizierten Gefüge von Gesetzen, Verordnungen, er trifft auf der Gegenseite mitleidlose Härte ebenso an wie hingehucheltes Verständnis. Wieso?

Gewöhnlich findet der Lohnarbeiter seinen ersten Gegner im industriellen Kapitalisten, der ihn ausbeutet. Der Gegensatz erstreckt sich bis in die kleinsten Einzelheiten des Arbeitslebens. Anders in der Wohnungsfrage. Das industrielle Kapital wünscht durchaus, daß der Lohnanteil, der für die Miete draufgeht, niedrig sei. Das industrielle Kapital weiß: Da die Mietkosten in die Reproduktionskosten der Arbeitskraft eingeht, wird der Arbeiter

bei Gelegenheit von Lohnverhandlungen die Mietrechnung zur Begleichung vorlegen und erbittert für einen Lohn kämpfen müssen, der ihm die Begleichung dieser Mietrechnung ermöglicht. Das industrielle Kapital neigt deswegen bei angespannter Lage auf dem Wohnungsmarkt gesetzlichen Regelungen zu, die z.B. durch Anwendung von Steuermitteln die Mietkosten zu senken helfen, und steht auch Gesetzen, die dem Grundbesitz das Ausschöpfen seiner Monopolstellung erschweren, nicht unbedingt feindlich gegenüber. Wie sollte auch das industrielle Kapital Interesse haben, Geldbeträge, die bei niedriger Mietkosten in seiner Kasse verbleiben und seine Akkumulation fördern, zuerst auf dem Lohnwege auszahlen und hernach vom grundstückverwertenden Kapital als Kredit zurückpumpen zu müssen für teuren Zins?

Das grundstückverwertende, miete-



ziehende Kapital hat andersartige Interessen. Vor allem neigt es in Bezug auf die Qualität des Wohnraums zum Angebot denkbar niedrigster Qualität. Seine Eigenschaft ist, für die bloße Überlassung eines Stücks Erde, auf dem der Arbeiter bleiben kann, selbst dann noch Geld zu ziehen, wenn die

Miete künftig 25% vom Bruttolohn?

Im Zusammenhang mit der Absicht der bürgerlichen Politiker, noch bestehende Mietbremsen zu beseitigen, hat Bundesbauminister Haack 25% Höchstmiete vom Bruttoeinkommen ins Gespräch gebracht. 1979 betrug die durchschnittliche Miete vom 2-Personen-Rentner- und Sozialempfänger-Haushalt 19,6% vom Bruttoeinkommen, für den 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen 10,4%, vom 4-Personen-Haushalt mit höherem Einkommen 9,9% nach den offiziellen Angaben. Selbst bei einer Verdoppe-

Preisentwicklung 80 70=100 62=100

Altbaumiete	165,5	289,4
soz. Wohnungsbau ..	167,3	264,5
freifinanzierter WB ..	152,6	232,8
durchschnittl. Miete .	160,3	259,3

1979:

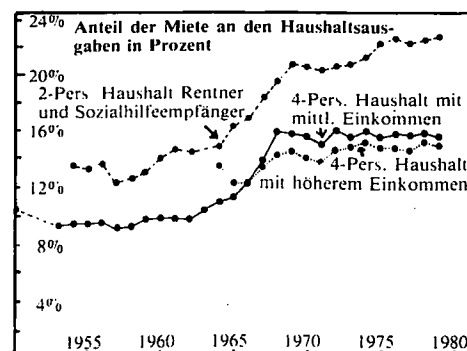
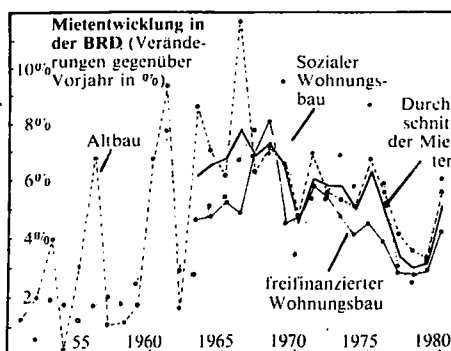
Nettodurchschn.-lohn	190,3	322,7
Nettoeink. HH-Typ 2	225,0	353,2
Miete HH-Typ 2	215,2	387,7

lung der Miete wäre für die o.a. 4-Personen-Haushalte noch nicht die Höchstmiete erreicht. 25% vom Nettoeinkommen für Miete wird von Haushalten mit einem Einkommen von unter 1000 DM schon überschritten (vgl. Schaubild: Anteil der Miete am Haushaltseinkommen). Der Mietanteil steigt mit fallendem Einkommen rasant an.

In den 50er Jahren lag der Mietanteil wesentlich niedriger. Einerseits, weil unter engsten Verhältnissen und schlechter Wohnqualität gewohnt wurde, andererseits, weil die bürger-

lichen Politiker durch den Bodenpreisstopp und die Mietbindung für einen großen Teil der Wohnungen die Mieten in Grenzen hielten, um den Kapitalisten billige und gut ausbeutbare Arbeitskräfte zu liefern. Für preisgebundene Wohnungen wurde 1950 1 DM/qm Höchstmiete festgelegt. In den 60er Jahren wurde dann Schritt für Schritt die „Wohnungszwangswirtschaft“ beseitigt, weil angeblich in vier bis fünf Jahren das Wohnungsdefizit von 1 Mio. Wohnungen beseitigt sei, Ende des Krieges waren es rund 11 Mio. Wohnungen (Wohnungsbauminister Lücke 1960). Heute, nach 20 Jahren, ist insbesondere in den aufstrebenden Ballungsgebieten wieder bzw. immer noch ein Wohnungsdefizit vorhanden und dient wie damals dazu, die geringfügigen noch bestehenden Mietbindungen zu beseitigen. In den 60er Jahren konnte die Arbeiterbewegung höhere Reallöhne erkämpfen und sich bessere Wohnungen kaufen. Gleichzeitig wurde mit der Aufhebung des Bodenpreisstopps seit 1936 und der Mietbindung des Altbaubestandes (vor 48 erbaut), der 1968 noch die Hälfte des Bestandes

ausmachte, sowie der Änderung der Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus die Mietentwicklung überproportional beschleunigt. Als Rückendeckung wurde 1965 das Wohngeld eingeführt. So konnte mehr Zins und Grundrente aus dem Sektor Wohnungswirtschaft gezogen werden. In den 70er Jahren folgten durch Modernisierungsmaßnahmen sowie durch die Einführung von Mietspiegeln teils qualitätsbezogene, teils administrativ bedingte Mietsteigerungen. In den offiziellen Mietpreissteigerungsraten sind jedoch weder die Qualitätsveränderungen erfaßt noch die Mietsteigerungen, die durch Wegfall der Wohnungsbindung im sozialen Wohnungsbau verursacht werden. Dennoch ist erkennbar, daß die billigen Mieten im Altbau und Sozialen Wohnungsbau schneller gestiegen sind als die höheren im freifinanzierten Wohnungsbau (vgl. Tabelle). In der Mietentwicklung des 4-Personen-Haushalts mit mittlerem Einkommen sollten die qualitäts- und administrativ bedingten Mietsteigerungen enthalten sein.



Der Mietanteil bezieht sich auf die Ausgaben der entsprechenden Haushalte, d.h. vom ausgabenfähigen Einkommen werden noch Ersparnis, freiwillige Versicherungsbeiträge, Zinsen u.ä. abgezogen.

darauf errichtete Behausung kaum vor den Unbilden der Witterung Schutz bietet. Das grundstückverwertende Kapital kann Rente ziehen durch den bloßen Umstand des Besitzes an Grund und Boden. Darin unterscheidet es sich z.B. vom Automobilfabrikanten, der zwar ebenfalls für den Konsum der Arbeiterbevölkerung relativ langlebige Wirtschaftsgüter anbietet, aber diese auch produzieren lassen muß, um seinen Profit zu machen. Das grundstückverwertende Kapital macht seinen Profit nicht wesentlich durch Herstellung der Wohnung, sondern fährt umso besser, je geringer der Aufwand für die Bebauung ist.

Industrielles und grundstückverwertendes Kapital können sich auf Kosten des Arbeiters ganz gut treffen. Wenn der Arbeiter in schlimme Behausung gezwungen werden kann, so wird eine verhältnismäßig niedrige Mietzahlung

immer noch viel abwerfen. Zum Konflikt kommt es erst, wenn die Qualität der Behausung die Leistungsfähigkeit des Arbeiters ruiniert, seine Gesundheit zusätzlich zu der Arbeitsqual in der Fabrik untergräbt. Aber auch dann ist dieser Konflikt matt und wird bloß wirksam durch den Kampf der Arbeiterklasse um miet- und baugesetzliche Regulierungen.

Das grundstückverwertende Kapital steht allen miet- und baurechtlichen Regulierungen feindselig gegenüber, soweit diese etwa die Verpflichtung enthalten, Wohnraum zu einer bestimmten Qualität anzubieten, und das Angebot von schlechtem Wohnraum unterbinden oder soweit diese verbieten, die Marktmiete einzuziehen.

In der BRD und Westberlin stehen sich industrieller Kapitalist, der gewärtig sein muß, die Mietrechnung präsentiert zu kriegen, und rentenziehender

Kapitalist, begierig, einen möglichst großen Lohnanteil in seine Grundrente zu verwandeln, nicht als geschiedene Gesellschaftsklassen gegenüber. Im Geschäft z.B. einer Bank verschmelzen beide Interessen zu einem einheitlichen, arbeiterfeindlichen Ganzen. Dennoch macht für den Gang des Wirtschaftslebens einen großen Unterschied, ob bzw. wie weit der Mehrwert direkt beim industriellen Kapitalisten anfällt oder per Mietzins auf die Besitztitel des Grundeigentums übertragen wird.

Die Interessen auf der Seite des Privateigentums stellen sich in der gesellschaftlichen Praxis also durchaus nicht einheitlich dar. Auf der Seite der lohnabhängigen Bevölkerung aber ebenfalls nicht. Obwohl im Weltvergleich in der BRD und Westberlin der Anteil der zur Miete wohnenden Bevölkerung hoch ist, stellt sich auch hier das Be-

Kostenvergleich Eigenheim — Mietwohnung

In den letzten Jahren ist der Anteil der Eigentumswohnungen und Einfamilienhäuser absolut und relativ gestiegen gegenüber dem Mietwohnungsbau. Im sozialen Wohnungsbau ist der Anteil an geförderten Eigentumswohnungen von 31,4% (1970) auf 61,4% (1979) gestiegen.

Die durchschnittlichen Kosten für eine Wohnung in im sozialen Wohnungsbau geförderten Ein- und Zweifamilienhäusern (Wohnfläche 119,8 qm) setzen sich wie folgt zusammen: (in DM bzw. % der Gesamtkosten)

Gesamtkosten	257 620 DM	100,0%
Baugrundst.	30 940 DM	12,0%
Erschließung	8 310 DM	3,2%
Bauwerk	190 330 DM	73,9%
Außenanlagen	8 780 DM	3,4%
Baunebenkost.	19 050 DM	7,4%
sonst. Kosten	210 DM	0,1%

Angenommene Finanzierung: 1) 15% Eigenanteil in bar = 39 000 DM; 2) Bausparvertrag über 50 000 DM (40% angespart, kommt in 10,8 Jahren zur Auszahlung); 3) 1. Hypothek = 130 000 DM = 100% Auszahlung, 1% Tilgung, durchschnittliche Verzinsung 8% (gegenwärtig liegt der Zins bei 11%) über 28 ¾ Jahre Laufzeit; 4) 2. Hypothek = 39 000 DM = 100% Auszahlung, 2% Tilgung, durchschnittliche Verzinsung 8,5% bei 21 Jahren Laufzeit.

Abzüge: steuerliche Abschreibung nach § 7b (Höchstgrenze: 150 000 DM Baukosten, Laufzeit 8 Jahre) angenommen konstant 250 DM/Monat Steuerersparnis.

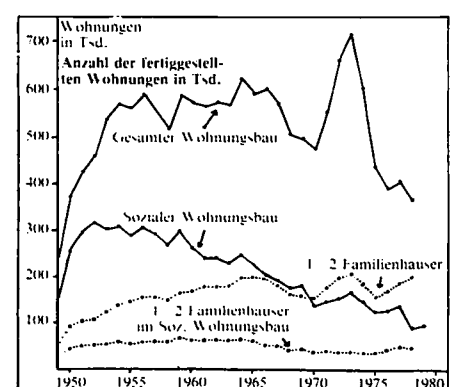
Laufende Ausgaben: 1. Instandhaltungskosten 12 DM/qm jährlich auf 80

Jahre = ca. 120 DM/Monat; es wird erst nach Auszahlung des Bausparvertrages nach 11 Jahren mit entsprechend erhöhter Instandhaltungsrücklage begonnen = 140 DM/Monat. 2. Grundsteuern, Versicherung, Gebühren, Schornsteinfeger zusammen 80 DM/Monat angenommen.

Monatliche Belastung: (ohne Energiekosten) 1. bis 8. Jahr: 1446 DM (1. Hypothek 975 DM, 2. Hypothek 341 DM, Bausparvertrag 300 DM, laufende Kosten 80 DM, minus 7b Abschreibung 250 DM); 8. bis 11. Jahr: 1696 DM; 12. bis 21. Jahr: 1536 DM; 21. bis 28. Jahr: 1195 DM; 29. bis 80. Jahr 220 DM.

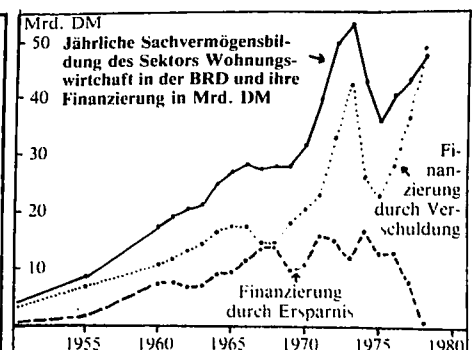
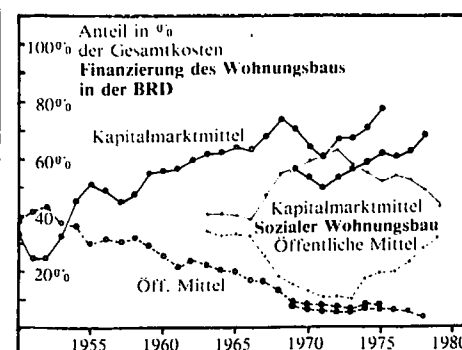
Gesamtsumme nach 80 Jahren: 688 755 DM (setzt sich zusammen: Eigenanteil 39 000 DM, Bausparvertrag = 50 000 DM + 9600 DM Zinsen, 1. Hypothek = 130 000 DM + 206 375 DM Zinsen, 2. Hypothek = 39 000 DM + 47 000 DM Zinsen, Instandhaltung 115 000 DM, öffentliche Abgaben = 76 800 DM, abzüglich 24 000 DM 7b Abschreibung).

Vergleicht man dies selbstfinanzierte Einfamilienhaus mit einer gleich großen Mietwohnung (Wohnfläche 119,8 qm, Miete 6 DM/qm = das ist die Anfangsmiete im sozialen Wohnungsbau 1981 in Niedersachsen) so wäre die Be-



lastung über 80 Jahre konstant 718,80 DM/Monat (Kaltmiete). (Gesamtsumme nach 80 Jahren = 690 048 DM) D.h., beide Summen sind zufällig gleich.

Bei einer angenommenen Miet- und Preissteigerung von jährlich 4% zahlt der Mieter in 80 Jahren 4,7 Mio. DM, der o.a. Einfamilienhausbesitzer dagegen in 80 Jahren nur 1,8 Mio. DM (nur die laufenden Kosten steigen). Der Einfamilienhausbesitzer bezweckt nur den Gebrauch des Hauses, der Mieter zahlt zusätzlich Zins, Grundrente auf das Kapital des Hausbesitzers und Aufschätzung für den Neubau einer gleichwertigen Wohnung, weil der Zweck die Verwertung von Kapital ist.



Daten zur Wohnungssituation in ausgewählten Ländern

Land (Jahr)		Bevölke- rung in 1000	Haush. in 1000	Wohn. in 1000 vorhand.	Wohn. belegt	Mieter in %	Pers./ Zimm.	Wohn. mit fl.W. in %	WC in %
Schweden (75)	T	8209	3325	3530	3320	56,0	0,6	98,3	94,9
	S	6789	2797	2990	2794	64,5	0,6	99,5	97,7
Belgien (70)	T	9651	3234	3430	3223	41,3	0,6	88,0	62,5
Luxemb. (70)	T	340	108	112	106	38,8	0,6	98,4	93,0
USA (70)	T	203235	63450	68679	63450	37,1	0,6	97,5	96,0
	S		47563	50143	47563	41,6	0,6	99,7	99,4
Kanada (76)	T	22993	7166	7364	7009	38,2	0,6	98,5	97,4
	S	17367	5613	5815	5570	44,4	.	99,8	99,5
BRD (72)	T	61672	22264	21291	20966	66,5	0,7	99,2	94,2
Niederl. (71)	T	13046	3990	3729	3660	64,6	0,7	96,9	99,0
Norwegen (70)	T	3874	1297	.	1297	42,4	0,7	97,5	71,8
	S	.	890	.	890	52,9	0,7	99,2	82,2
GB (78)	T	54296	18317	20617	18172	45,9	0,8 ¹	.	.
Dänemark (70)	T	4938	1850	1801	1801	49,9	0,8	98,7	96,2
	S	3302	1319	.	.	64,8	0,8	99,9	99,2
Portugal (70)	T	8663	2345	2702	2253	45,1	0,8	34,5	34,3
Frankr. (75)	T	52656	17744	20823	17494	42,3	0,9 ²	97,3	72,5
	S	.	13188	14698	12963	49,9	.	98,5	78,8
Italien (71)	T	53745	15981	17434	15301	44,1	0,9	86,1	79,1
Irland (71)	T	2884	726	705	.	26,8	0,9	73,2	70,0
DDR (71)	T	17068	6410	6057	.	.	1,0	81,0	41,2
Brasilien (73)	T	101432	.	.	19402	.	1,0 ³	33,8	24,0
	S	59115	.	.	12575	.	.	51,2	36,6
Japan (73)	T	108710	29103	31059	28731	40,5	1,1	98,3	31,4
	S	.	22569	24186	22257	47,2	1,1	99,3	38,5
CSSR (70)	T	14345	4633	4284	4239	42,8	1,1	78,1	57,6
	S	7964	2715	2561	2504	65,4	1,0	92,6	.
UdSSR (65)	T	232243	50330	61660	.	.	1,2	.	.
Kuba (70)	T	8569	1905	1924	1901	24,3	1,2 ⁴	45,6	.
	S	5169	1239	1252	1237	31,9	1,1 ⁴	64,2	.
Polen (74)	T	34528 ⁵	.	8548	.	.	1,3	.	.
	S	19473	.	5001	.	.	1,2	.	.
Jugosl. (74)	T	20523	5375	5515	.	.	1,3 ⁶	.	.
Ungarn (78)	T	10671	.	3699	.	.	1,5	55,3	.
Israel (74)	T	3148	824	.	817	29,5	1,5 ⁶	.	.
	S	2685	747	.	740	31,8	.	.	.
Venezuela (71)	T	10722	.	2127	1844	20,5	1,5	53,3	40,3
Indonesien (71)	T	119391	24507	.	22471	5,0	1,5	2,2	12,8
	S	20616	3873	.	3009	24,7	1,6	12,1	47,8
Ägypten (76)	T	36656	6985	.	.	.	1,8	30,2	.
	S	.	3248	60,7	.
Kolumbien (73)	T	22552	3472	2956	2800	30,7	1,8	64,2 ⁷	.
	S	11004	2249	1861	1784	41,4	1,6	87,6 ⁷	.
Haiti (76)	T	4670	1065	.	1065	4,8	1,9 ⁶	.	.
	S	.	226	.	226	18,1	2,0 ⁶	.	.
Peru (72)	T	13538	2772	2904	2771	16,6	1,9	25,3	23,2
	S	8058	1594	1620	1561	27,9	1,7	43,5	40,2
Guatemala (73)	T	5175	998	998	919	12,8	2,2	16,7	3,3
	S	1750	368	368	346	31,3	1,6	38,1	7,1
Paraguay (72)	T	2358	428	.	.	8,7	2,4	11,1	14,3
	S	.	172	.	.	18,2	1,7	27,6	33,6
Indien (71)	T	548155	97093	100251	92494	15,4	2,8	.	.
	S	109094	19125	20242	18416	52,9	2,8	.	.
Pakistan (73)	T	64980	10881	.	.	6,9	2,8	8,4	3,9
	S	16558	2847	.	.	23,3	2,7	28,4	13,4

Daten nach: UN Statistical Yearbook, versch. Jg., und nationalen Statistiken. T = Total, S = Städte. 1) 1971; 2) 1968; 3) 1970; 4) einschließlich Arbeitsräume in Wohnungen; 5) 1976; 6) 1971; 7) auch außerhalb der Wohnung.
062 Zeilen

dürfnis nach Versorgung mit Wohnung für einen erheblichen Teil der Bevölkerung als Bedürfnis nach einem Stück Grund, auf dem ein Eigenheim zu errichten wäre oder auf dem eine Eigentumswohnung zum Ankauf errichtet ist. Das Streben nach einem Eigenheim ergibt sich spontan aus dem Interesse, der Zange von schlechter Wohnungsqualität und hoher Mietkost zu entschlüpfen, mit der der kapitalistische Wohnungsmarkt den Lohnabhängigen quält. Das massenhafte Streben nach Eigenheimen kann das grundstückverwertende Kapital freuen. Für den eventuellen Verlust an Mietpublikum ist es durch die Grundstückspreise entschädigt, die unter diesen Bedingungen ansteigen müssen. Für den Kampf um gesetzlich garantierte Mindestqualität der Bebauung stellt das zersplitterte Wohnungseigentum ein schweres Hindernis dar, würden doch massenhaft Eigenheime unter solche Regelungen fallen. Auch bindet das Eigenheim den Lohnabhängigen oft nicht nur an einen lokalen Arbeitsmarkt, sondern auch an eine bestimmte Beschäftigung, und macht ihn schwerfällig in der Wahrung seiner gewerkschaftlichen Interessen. Aber alle diese Nachteile zusammengenommen können das Streben, sich der Pflicht zu entziehen, an das Grundeigentum mit der Miete ein Tributgeld für den bloßen Besitztitel an Grund und Boden zu entrichten, nicht beseitigen. Die Lohnabhängigen bleiben gespalten in solche, die zur Miete wohnen, und solche, die ein Eigenheim haben oder nach Wohnungseigentum streben.

Diese schon ziemlich verwickelte Interessenlage wird weiter kompliziert durch die gar nicht so einheitliche Interessenlage der zur Miete wohnenden lohnabhängigen Bevölkerung. Die Bedarfsunterschiede werden am besten kenntlich, wenn man die gegenwärtige Unterversorgung mit Wohnraum konkret zu beschreiben sucht. Diese ist durch folgende Faktoren bestimmt:

Mit Beginn der sechziger Jahre führte steigende Arbeitsintensität, gleichzeitig mit der wachsenden Einziehung der Frauen in die Produktion, zu einer Umwälzung der Wohnbedürfnisse der Arbeiterbevölkerung. Womöglich zentrale Heizung, jedenfalls ein Bad und für jede erwachsene oder heranwachsende Person ein eigener Raum wurden unabdingbar. Und den Kapitalisten auf die Lohnrechnung gesetzt. Die Wohnungsnot trat als Not an Wohnungen ausreichender Qualität auf.

Zu dieser Wohnungsnot gesellte sich Ausgang der sechziger Jahre eine zweite. Der Bevölkerungsteil, der zwischen dem 15. und dem 25. Lebensjahr noch nicht erwerbstätig ist, stieg von 1970 rund 2,7 Millionen auf 1979 3,6 Millionen. Die Ausbildungsanforderungen wirkten mit dem unabweisbaren Platz-

bedürfnis der älteren Generation zusammen. Ein-Personen-Haushaltsgründungen wurden unvermeidlich, geeigneter Wohnraum gesucht.

Eine weitere Verschärfung trat ein, seitdem der kapitalistische Arbeitsmarkt wieder voll funktioniert und eine dauernde Arbeitslosigkeit hervorbringt. Diese erzwingt auf der Jagd nach einem Arbeitsplatz andauernde Umzüge, die Zusammenballung von Arbeiterbevölkerung in Räumen besserer Beschäftigungslage erzeugt dort eine besondere Wohnungsnot. Zu diesen Faktoren kommen noch solche des Bevölkerungsaufbaus. Eine ganze Generation von Lohnabhängigen aus den „geburtstarken Jahrgängen“ kommt jetzt in die Lage, eine Familie zu gründen. Da sie bereits ganz auf die Arbeit von Mann und Frau eingestellt ist, sind ihre Qualitätsanforderungen an den Wohnraum hoch.

Die bürgerlichen Parteien sind sich der vielseitigen Vertrauenskrise bewußt, die aus diesem Problemensemble entstehen kann. Sie versuchen deshalb, eine sehr allgemeine Antwort zu finden. Die CDU/CSU baut auf das Streben nach Eigenheimen. Sie verlangt Gesetzesmaßnahmen, die nicht etwa allgemein den Eigenheimbau erleichtern, sondern Gesetzesmaßnahmen, die den bestverdienenden Teilen der Lohnabhängigen ermöglichen, zu Mietherren zu werden und einen Teil ihrer Einkünfte aus Mietziehung künftig zu beziehen. Die CDU will aus der Lohnabhängigkeit einen neuen Mittelstand züchten, der, obwohl selbst lohnabhängig, doch gegenüber der übrigen lohnabhängigen Bevölkerung Eigentumsinteressen zu wahren hat.

Der SPD scheint in der Hauptsache an Ökonomisierung des Verbrauchs gelegen. Die Fehlbelegungsabgabe, durch welche zur Kasse gebeten wird, wer in einer aus öffentlichen Mitteln geförderten Wohnung sitzt, ohne arm zu sein, ist vielleicht nur ein erster Schritt zum „negativen Wohngeld“, welches zur Finanzierung des „positiven Wohngeldes“ gezogen würde praktisch von allen, die ein bißchen günstiger wohnen, und letzten Endes dahin führen müßte, daß die Arbeiterbevölkerung Zug um Zug aus Wohnungen ausreichender Qualität und Größe verdrängt wird.

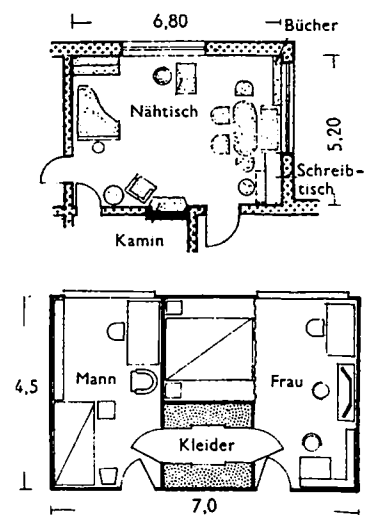
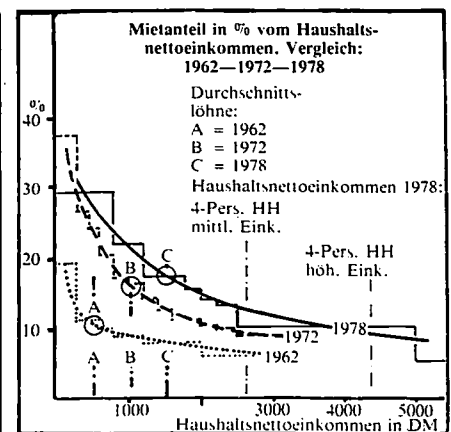
Gewiß wird einige Zeit verstreichen, bis die Arbeiterbewegung aus dieser komplizierten Problemlage die zweckmäßigen Forderungen entwickelt. Abzusehen ist jedoch, daß gerade heute, wo die Jugend um das Recht kämpfen muß zu wohnen, und sei es auch in ausgemachten Drecklöchern, Forderungen auf gesetzliche Mindestqualität von Mietwohnungen zweckmäßig sein werden, zumal sie die Kritik der Wohnverhältnisse sowohl anregen wie auch ordnen könnten.

Baupflichtnormen im sozialen Wohnungsbau

Enge, für die Wohnungsbaukapitalisten verbindliche Bauvorschriften im sozialen Wohnungsbau existieren nicht. Gesetzlich fixiert in den §§ 39, 40 des Wohnungsbaugesetzes werden nur die maximale Größe (90 qm) von Wohnungen und die Ausstattung (s. Kasten). Näheres wird durch Verordnungen geregelt, die von den Ländern festgelegt werden. Diese Verordnungen setzen den Standard, unter dem die Produktion der Ware Arbeitskraft stattzufinden hat. So werden hier z.B. unter der Norm (DIN 18011) die Mindestgrößen von Wohnflächen definiert. Ein Eheschlafzimmer ist ausreichend dimensioniert, wenn es 14,1 qm hat: 7 qm „Stellfläche“, 6 qm „Bewegungsfläche“ (bestehend aus den Zwischenräumen zwischen Bett und Schrank und Bett und Wänden!), der Rest sind „Abstände“. Für ein Kinderzimmer werden 10 qm als ausreichend angesehen – mit 4 qm „Bewegungsfläche“. 10 qm ist auch die kleinste Größe eines Loches, das gesetzlich noch als „Zimmer“ angeboten werden darf, darunter bis 6 qm heißt es „Kammer“ und darf natürlich noch zum vollen Quadratmeterpreis vermietet werden. Auf diese Art kommt man dann leicht auf eine 80 qm-Wohnung, in der 5 Personen mit großzügigen 30 qm „Bewegungsfläche“ – 2 mal 3 m pro Person – auszukommen haben.

Welcher Platzbedarf hingegen für eine annähernd befriedigende Reproduktion benötigt wird, erfährt man aus Bauentwurfslehren für „komfortable Wohnhäuser“ (1) (s.a. Grundrisse). Dort wird als untere Grenze für ein „behagliches Wohngefühl“ eine Fläche pro Person angenommen, die das 1,5- bis 2fache der Quadratmeter pro Person im sozialen Wohnungsbau beträgt.

Daß die Gewerkschaften sich mit diesem wesentlichen Bereich der Reproduktion zu befassen beginnen, ist ein Anfang, dem Staat Gesetze abzu-



trotzen, die Wohnungsbaukapitalisten zu zwingen, anständigere Wohnungen zu bauen.

Beschluß des IGM-Gewerkschaftstages 1980:

„Der Vorstand wird aufgefordert, auf den Gesetzgeber einzuwirken, daß für Wohnungen, die mit öffentlichen Mitteln gefördert werden, die Bauherren die zwingende Auflage erhalten, die Wohnungen so zu errichten, daß sie in einem Höchstmaß schalldicht sind, um u.a. die zunehmend von der Schichtarbeit betroffenen Arbeitnehmer vor Lärm zu schützen.“ (Antrag der Verwaltungsstelle Hannover)

§ 40 Mindestausstattung der Wohnungen

(1) Mit öffentlichen Mitteln soll nur der Bau von Wohnungen gefördert werden, für die folgende Mindestausstattung vorgesehen ist:

- Wohnungsabschluß mit Vorraum in der Wohnung;
- Kochraum mit ausreichenden Entlüftungsmöglichkeiten, Wasserzapfstelle und Spülbecken, Anschlußmöglichkeit für Kohleherd und Gas- oder Elektroherd sowie entlüftbarer Speisekammer oder entlüftbarem Speiseschrank;
- neuzezeitliche sanitäre Anlagen innerhalb der Wohnung;
- eingerichtetes Bad oder eingerichtete Dusche sowie Waschbecken;
- ausreichender Abstellraum auch innerhalb der Wohnung;
- Anschlußmöglichkeit für Ofen oder gleichwertiges Heizgerät für mindestens je einen Wohn- und Schlafraum außer der Küche;
- elektrischer Brennstellenanschluß in allen Räumen, in Küche, Wohn- und Schlafräumen außerdem mindestens je eine Steckdose;
- ausreichender Keller oder entsprechender Ersatzraum;
- zur Mitbenutzung Wasch- und Trockenraum sowie Abstellraum für Kinderwagen und Fahrräder.

Portugals Seeleute streiken

Die gesamte portugiesische Handelsflotte von 97 Schiffen lag für drei Tage in in- und ausländischen Häfen, weil die Mitglieder der portugiesischen Seeleutegewerkschaft am 9. Februar einen befristeten Warnstreik begannen. Die 5000 Mitglieder zählende Gewerkschaft fordert das sofortige Inkrafttreten des schon im Juli 1980 abgeschlossenen Tarifvertrages, der außer Lohnerhöhungen auch Regelungen zu Renten und kürzere Arbeitszeit enthält. Die Gewerkschaft plant zwei weitere Warnstreiks für Ende Februar und Mitte März, falls die Kapitalisten weiterhin den Vertrag nicht durchführen.

GB: Seeleutestreik beendet

Die britische Seeleutegewerkschaft beendete am 13. Februar nach fünf Wochen ihre Schwerpunkstreiks gegen Schiffe der britischen Handelsflotte. 233 der mehr als 1200 Schiffe, deren Besatzungen von dem Tarifvertrag betroffen sind, lagen wegen des Streiks in Häfen fest. Die Seeleutegewerkschaft NUS schloß mit den Reedereikapitalisten

Sulzbach-Rosenberg. 15000 demonstrierten am 21. Februar gegen die von Klöckner angekündigten 6300 Entlassungen bei der Max-Hütte, Belegschaften aus Bayern und von Stahlwerken in der BRD unterstützten die Demonstration, ebenso die IGM. Bereits jetzt liegt die Arbeitslosenrate des Gebietes bei 15,7%. Fast die ganze Stadt war auf den Beinen. Klöckner macht den weiteren Bestand der Hütte von höheren Zuschüssen von Bund und Land abhängig. Die bayerische Landesregierung hat bereits „volle Ausschöpfung der Fördersätze“ zugesagt.

folgendes Schlichtungsabkommen: Die Seeleute erhalten die von den Reedern angebotenen 12% Lohnerhöhungen rückwirkend zum Januar 1981. Die Forderung der Gewerkschaft nach Zahlung der Überstunden mit 150% an Wochentagen und 200% an Wochenenden wird einer Schlichtungskommission vorgelegt, die aus je einem Vertreter der Reeder, der Gewerkschaft und einem Vorsitzenden besteht, den der staatliche Schlichtungsdienst entsendet. Die Kapitalisten hatten ursprünglich 8% und keine Überstundenzuschläge geboten.



Gewerkschaften gegen Philips

Vertreter von Metallgewerkschaften aus sieben lateinamerikanischen Ländern erörtern am 19./20. Februar in Kolumbien auf einer Konferenz des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes IMB die Koordinierung ihres Kampfes gegen den Philips-Konzern. Philips, mit weltweit 379000 Beschäftigten zweitgrößter Elektrokonzern der Welt, hat nach Angaben des IMB seit 1970 in Westeuropa 70000 Beschäftigte entlassen, dagegen seine Investitionen in Lateinamerika und Asien stark erhöht. Zwischen 1975 und 1979 wuchs die Zahl der von Philips Ausbeuteten in Lateinamerika um 2600 und in Asien um 10900. 1979 betrugen die Nettostundenlöhne in der niederländischen Elektroindustrie umgerechnet 8,10 DM, in Mexiko 2,79 DM, in Brasilien 2,66 DM, in Singapur 2,05 DM, in Malaysia 1,29 DM und in Indien 0,40 DM. Investitionsschwerpunkte sind Länder, in denen die Gewerkschaften unterdrückt werden.

„Schandurteil“: Niederlage der Justiz

Am 25. Februar wurde der Stuttgarter Bezirksleiter der IGM Franz Steinkühler vom Stuttgarter Amtsgericht vom Vorwurf der Beleidigung der Justiz freigesprochen. Damit hat die IGM eine mehrjährige Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Justiz erfolgreich durchgestanden. Ausgangspunkt dieser Auseinandersetzung war die Rechtfertigung der im Dezember 1975 erfolgten fristlosen Kündigung des E-Schweißers Reizig aus

Bruchsal durch das Arbeitsgericht in Karlsruhe und das Landesarbeitsgericht in Mannheim. Reizig hatte sich nach vergeblichem Protest gegen gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen schließlich mit einer Beschwerde an das Gewerbeaufsichtsamt gewandt. Das sei „Bruch der vertrauensvollen Zusammenarbeit“ und somit Grund für fristlose Kündigung. Der 2. IGM-Bevollmächtigte von Karlsruhe, G. Schering, griff das Urteil als „Schandurteil“ an und wurde zu 700 DM Geldstrafe verurteilt. U.a. 104 baden-württembergische IGM-Funktionäre solidarisierten sich. Nach zahlreichen weiteren Protesten mußte das Stuttgarter Amtsgericht jetzt den Strafbefehl von 2500 DM gegen Steinkühler zurücknehmen.

NGG: Tarif- und Manteltarifabschlüsse

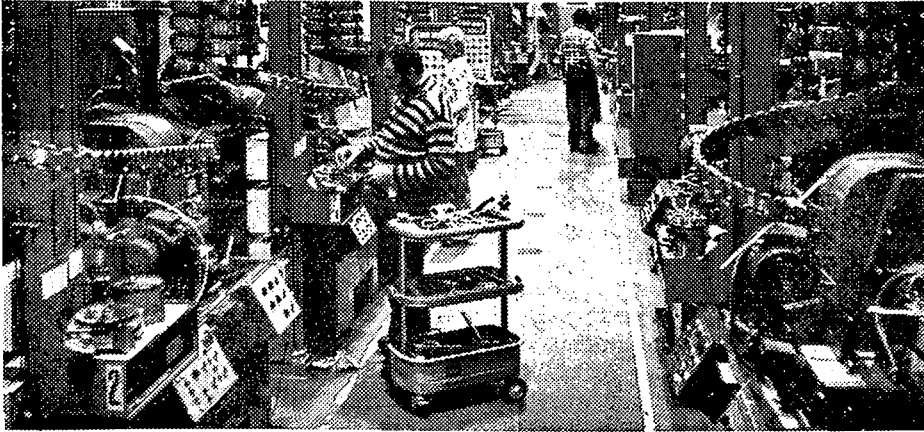
17000 Beschäftigte im Fleischerhandwerk Niedersachsens und Bremens erhalten vom 1.3. 5,2% höhere Löhne und Gehälter. Die Verkäuferinnen erhalten außerdem eine monatliche Vorweganhebung von 30 DM. – Der Manteltarif für das Hotel- und Gaststättengewerbe wurde bis zum 30.6.81 verlängert. Vorweg wurde jedoch eine Aufstockung des Urlaubs um ein bis zwei Tage durchgesetzt, außerdem eine Verbesserung des Urlaubsgeldes um 1 DM pro Tag, für Auszubildende um 20 DM auf 200 DM. – Für den Bereich Back- und Puddingpulver-, Ölmühlen- und Nahrungsmittelindustrie fordert die NGG 7,75% mehr Lohn und Anhebung der beiden unteren Lohngruppen um den gleichen DM-Betrag wie LG 2. Der Tarif läuft zum 31.3. aus.



Der italienische Chemiekonzern Montedison hat die angekündigten 8000 Entlassungen zurücknehmen müssen (s. Pol. Ber. 4/81). Die Montedison-Belegschaften hatten dagegen gestreikt, die anderen Chemiarbeiter hatten sie mit einem Solidaritätsstreik unterstützt. Das Monopol hat sich weiter verpflichten müssen, keine Betriebe zu schließen und die Beschäftigtenzahl in zwei süditalienischen Werken nicht zu senken. Statt Entlassungen sind jetzt Kurzarbeit und vorzeitige Verrentungen geplant. Über Dauer und Modalitäten der Kurzarbeit werden für die einzelnen Werke noch Verhandlungen geführt, ebenso über „Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität“. Die Kapitalisten werden versuchen, die Gewerkschaften zu spalten, indem sie sie in ihre Pläne zur Intensivierung der Ausbeutung verwickeln. Bei den Verhandlungen wird es darauf ankommen, der Verschärfung der Arbeitshetze Schranken zu setzen.

SKF

Kampf gegen Einführung der dritten Schicht



Ende 1979 ist die Geschäftsleitung von SKF-Schweinfurt mit der Forderung rausgekommen, für 400 Arbeiter in der Produktion, insbesondere an den Fließstraßen im Werk III, die 3. Schicht einzuführen. Eine IGM-Mitgliederversammlung bei SKF Anfang Dezember 1979 lehnt die Pläne vollständig ab. Kurz darauf erklärt H. Muck, 1. Bevollmächtigter der IGM-Schweinfurt, in der örtlichen Presse: „Arbeitsniederlegungen als Unmutsäußerungen der Beschäftigten seien nicht auszuschließen.“

In einer im Frühjahr 1980 von der IGM organisierten geheimen Abstimmung unter den Arbeitern an den Fließstraßen wird die 3. Schicht fast einstimmig abgelehnt. Im Oktober 1980 prescht die Geschäftsleitung erneut vor: Im Kugelbau im Werk II soll auch ohne Zustimmung des Betriebsrats die 3. Schicht eingeführt werden. Die Arbeiter schlagen den Angriff in einem 2-stündigen Streik zurück.

Jetzt hat der Betriebsrat die Einbeziehung von 60 Arbeitern in den 3-Schichtbetrieb angeboten unter verschiedenen Bedingungen:

1. Arbeitszeit in der 3. Schicht 6,3 Stunden bei Bezahlung von 8 Stunden. Beschränkung der 3. Schicht für die betroffenen Arbeiter auf höchstens ein Jahr. Darüber besteht Einigung mit der Geschäftsleitung.

2. Zusage über keine Entlassungen bis 1985 und Aufstockung von Kurzarbeitergeld auf vollen Lohn. Darüber soll bis Ende März verhandelt sein.

Für die nächsten fünf Jahre hat SKF ein „Mammutinvestitionsprogramm von 485 Mio. DM“ angekündigt (letzte fünf Jahre – 188 Mio. DM). Vollautomatische Fließstraßen, die tagsüber gewartet werden und nachts durchlaufen („Abstellautomaten“), sollen eingeführt werden. SKF droht gegen die

Kämpfe der Arbeiter gegen die 3. Schicht mit der Einführung dieser angeblichen Gespensternachtschichten, verbunden mit starker Rationalisierung.

Bisher arbeiten bei SKF (ca. 6000 Beschäftigte) von 4000 Arbeitern 1900 Arbeiter im 2-Schicht- und 100 Arbeiter im 3-Schichtbetrieb. Von 19000 Arbeitern bei den Schweinfurter Metallkonzernen Fichtel&Sachs, FAG Kugelfischer und SKF arbeiten 9000 in Schicht, davon ca. 700 in 3-Schicht. In Bussen und Fahrgemeinschaften pendeln ca. 60% der Metallarbeiter von den umliegenden Landkreisen zur Schichtarbeit. Eine Ausdehnung der 3. Schicht würde das Transportproblem unerträglich verschärfen.

Grundig Auseinandersetzungen um Sozialplan

Landshut. Die Stilllegung der Grundig-Werke in Landau/Isar und Ascha/Lkrs. Straubing-Bogen wird von der Konzernleitung jetzt vorangetrieben. Bei Grundig Landau erhielten die ersten Arbeiter und Angestellten Kündigungsschreiben auf Ende März. Den Schwerbehinderten im Betrieb wurde auf 31.5. gekündigt. Ansonsten weigert sich die Konzernführung, Arbeitern, die bereits anderswo Arbeit gefunden haben, die Kündigungsfrist zu verkürzen. Profit geschunden werden soll, wo es lohnend erscheint, bis zum letzten Moment.

Betriebsrat und IG Metall stehen nach wie vor in Verhandlungen mit dem Grundig-Konzern über einen Sozialplan. Der Betriebsrat äußerte in einem Schreiben an Arbeitsdirektor Die-

rolf, die bisherigen drei Angebote zum Sozialplan seien nicht verhandlungsfähig, da sie um 40% unter dem ausgehandelten Sozialplan für das Werk Neuburg/Donau lägen: Werner Neubauer, Bevollmächtigter der IGM Landshut: Vor allem in den unteren Bereichen werde zu wenig angeboten. Betriebsrat und IGM fordern:

Eine Abfindungsformel wie für Neuburg, unter Anrechnung von Ausbildungs- und Unterbrechungszeiten. Sollte ein Nachfolgebetrieb gefunden werden, soll bei schlechteren Arbeitsbedingungen die Möglichkeit bestehen, sich für die Abfindungssumme zu entscheiden. Frauen mit schlechten Aussichten, einen entsprechenden Arbeitsplatz zu finden, sollen zusätzlich zur Abfindung ein Jahr lang den Differenzbetrag zwischen Arbeitslosengeld und Lohn erhalten. Ein einmaliger Betrag von 800 DM soll für jedes unterhaltspflichtige Kind, 3500 DM zusätzlich für Schwerbehinderte gezahlt werden. Einen Pauschalbetrag für zusätzliche Belastungen sollen Auszubildende erhalten, die jetzt zu BMW, Roederstein oder anderen Grundig-Werken wechseln müssen. Die betriebliche Altersversorgung soll voll in Kraft bleiben, die vermögenswirksamen Leistungen sollen bis zum Jahresende 1981 weitergeführt werden. Für den ausfallenden Teil des 13. Monatsgehalts soll ein Festbetrag, für 25jährige Betriebszugehörigkeit 1200 DM bezahlt werden. Es soll ein Härtefonds angelegt werden, den Betriebsrat und Geschäftsleitung verwalten.

Selbst bei Durchsetzung dieser Forderungen wird die Lage für die jetzt in Landau und Ascha Beschäftigten bei



Unterschriftensammlung der IGM gegen die geplanten Entlassungen

Schließung der Werke hart werden. Das Arbeitsamt Landshut hat in seinem Januarbericht gemeldet, daß Landau im Arbeitsamtsbezirk bereits jetzt mit 10,5% die höchste Arbeitslosenquote aufweist, auch ohne Grundig-Entlassungen. Im gesamten Arbeitsamtsbezirk kommen auf 100 Unbeschäftigte elf offene Stellen. Die Frauenerbeitslosigkeit sei in diesem Januar um 16% höher als vor einem Jahr. Ein

Großteil der Beschäftigten von Grundig sind Frauen.

Grundig hat gegenüber der Presse erklärt: Er habe das Werk Neuburg/Donau mit 4,5 Mio. DM Verlust verkauft, um die Weiterbeschäftigung des größten Teils der Belegschaft zu sichern. Worum es dem Grundig-Konzern tatsächlich geht, hat Karlheinz Schmidt, Sprecher der Geschäftsleitung, in einer Erklärung gegenüber der „Landauer Zeitung“ im Januar ausgeführt: „Die Arbeitskosten – inklusive Nebenkosten – in der japanischen Unterhaltungselektronik liegen pro Stunde unter 11,80 DM gegenüber 21,53 DM in der Bundesrepublik. Wer zudem keine Rücksicht auf die 40-Stunden-Woche zu nehmen braucht und Sozialleistungen nur vom Hörensagen kennt, wer sich auf Rekordhöhe Arbeitsproduktivität stützen kann, tut sich eben leichter, seine Erzeugnisse preisgünstiger anzubieten.“ In Portugal, wohin die Produktion von Landau und Ascha verlagert werden soll, kostet die Lohnminute 12 Pf. gegenüber 50 Pf. in der Bundesrepublik.

Die Arbeiterbewegung in Niederbayern ist nicht bereit, die Werkschließungen, die der Grundig-Konzern zur Sicherung von Profiten und Weltmarktanteilen durchziehen will, kampfflos hinzunehmen. Innerhalb zweier Monate wurden von der IGM 48837 Unterschriften gegen die Entlassungen gesammelt, am 17.1.81 demonstrierten 3000 in Landau, am 7. März soll beim Internationalen Frauentag von Grundig-Arbeiterinnen ein Theaterstück aufgeführt werden: „Wegen Reichtum geschlossen – Oder wie es der Herr Konsul mit den Frauen zu tun bekam“.

HBV-Banken

160 DM, mindestens 7,2 Prozent!

Die große Tarifkommission von HBV-Banken beschloß, eine Erhöhung der Gehälter um 160 DM bis 225 DM (mindestens 7,2%) zu fordern. Die 160 DM entsprechen etwa 7,2% vom Endgehalt der Tarifgruppe 4. Innerhalb der Tarifgruppen sollen die jeweiligen niedrigeren Berufsjahre um denselben DM-Betrag angehoben werden wie das Endgehalt, um die Spreizung in der Berufsjahresstaffel abzuschwächen. Die Ausbildungsvergütungen sollen einheitlich um 80 DM erhöht werden, und der Abschlag für Auszubildende unter 18 Jahren soll entfallen. Da Urlaubsgeld tariflich noch nicht abgesichert ist und einige Bankangestellte, insbesondere die der Raiffeisen- und Volksbanken überhaupt keins erhalten, sollen ein-

Endgehalt von	TG 1	TG 2	TG 3	TG 4	TG 5	TG 6	TG 7	TG 8	TG 9
Tarif-Brutto 80	1858	1954	2078	2275	2522	2763	3018	3282	3549
Tarif-Brutto 81	—	2113	2238	2445	2707	2963	3238	3517	3803
Netto Stkl.III/2	1602	1602	1680	1820	1988	2149	2326	2520	2716
Erhöhung netto	168	129	128	136	142	160	165	177	201
Netto Stkl. I	1452	1452	1523	1634	1767	1890	2013	2148	2279
Erhöhung netto	152	93	91	91	94	96	97	113	116

heitlich 350 DM für alle vereinbart werden.

Mit zunehmendem Ausbau der EDV hat auch im Bankenbereich Nacht- und Schichtarbeit zugenommen. In den letzten Jahren wurden für diese Kollegen Zuschläge durchgesetzt, die jedoch nicht den verstärkten Verschleiß bei dieser Arbeit ausgleichen können. Daher fordert die HBV – in Anlehnung an die tariflichen Vereinbarungen bei der Post – für 120 Stunden Nachtar-

beit und bei Wechselschicht für 80 Stunden Nachtarbeit eine Freischicht. Dabei soll festgelegt werden, daß Nachtarbeit von 19 bis 6 Uhr geleistet wird. Weiter wird gefordert: Streichung der TG 1, 6 Wochen Urlaub für alle, Ermöglichung einer vorgezogenen Pensionierung um ein Jahr und verstärkter Kündigungsschutz für ältere Kollegen.

Die HBV ruft auf, Unterschriften zur Unterstützung der Tarifforderungen im Betrieb zu sammeln.

Niedersachsen

Ausdehnung der Lehrerarbeitszeit durch Verordnungen und Erlasse

Braunschweig. Der GEW Gewerkschaftstag in Mainz hat bekräftigt, daß der Kampf für Arbeitszeitverkürzung weiterhin im Zentrum der gewerkschaftlichen Aktivitäten stehen soll. Als Sofortmaßnahme fordert die GEW: Eine Unterrichtsstunde weniger für alle Lehrer, wobei keine Lehrergruppe mehr als 25 Stunden pro Woche unterrichten soll. Zur Durchset-

und Müller-Limmroth (ML, 1980) macht dies deutlich:

Kultusminister Remmers von Niedersachsen, der sich als Verfechter einer „erlaßfreien Schule“ gibt, hat sich darin hervorgetan, durch Erlasse und Verordnungen die Lehrerarbeitszeit auszudehnen. Dazu einige Beispiele:

Verordnung ... über die Ausbildung und die zweite staatliche Prüfung für



zung dieser Forderungen plant sie „bundesweite Aktionen (einschließlich Arbeitsniederlegungen bis hin zum Streik) im Winter 1981/82“.

Die Lage der Lehrer drängt nach Kampfmaßnahmen. Nicht nur, daß sie 1974, als die 40-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst durchgesetzt wurde, von einer Arbeitszeitverkürzung ausgenommen wurden, seitdem ist auch die Vernutzung der Lehrerarbeitskraft durch den Dienstherrn weiter angestiegen. Ein Vergleich der Arbeitszeitstudien Knight-Wegenstein (NW, 1974)



die Lehrämter an Grund- und Hauptschulen, an Realschulen und an Sonderschulen im Land Niedersachsen vom 26.1.1977: §9. Jeder Lehrer kann zur Anwärterbetreuung durch die untere Schulbehörde bestimmt werden; Entlastungsstunden sind dafür nicht vorgesehen. Mehrarbeit: ca. 8 Stunden im Monat je Anwärter.

Erl. d. MK v. 26.5.1977: Zeugnisbestimmung für die Grundschule: Abschaffung der Zensuren für Klasse 1 u. 2, stattdessen ausformulierte Beurteilungen. Arbeitsaufwand für eine 2.

Klasse, 27 Schüler: vorher 27×10 Min. = 4,5 Std., nachher: 27×21 Min. = 9,45 Std. Beim Gebrauch nicht standardisierter Formulierungen 27×28 Min. = 12,6 Std. Mehrarbeit: 4,95 bis 8,1 Stunden.

Erl. d. MK v. 29.6.77: Gefährdung von Schulkindern bei Sturm: „Ich gehe davon aus, daß die Lehrkräfte in Notsituationen bereit sind, Schüler ggf.

Tätigkeit	Arbeitsaufwand in Stunden	
	NW 1974	ML 1980
Unterrichtszeit	18,4	18,4
Vor- u. Nachbereitung	7,1	7,1
Konferenzen	2,7	2,7
Korrekturen	5,1	5,1
Sonstige Tätigkeit	6,2	10,9
Sonntagsarbeit	1,3	3,0
Springstunden	2,1	2,1
Pausenzeiten*	3,0	3,0
Zweite Wege	1,0	1,0
gesamt pro Woche	46,9	53,3

*Pausenzeiten sind Arbeitszeit, da sie für Organisatorisches benutzt werden.

auch über die planmäßige Unterrichtszeit hinaus im Schulgebäude zu betreuen, bis sie ohne zusätzliche Gefährdung durch das Wetter den Weg antreten können.“

Erl. d. MK v. 30.8.78: Richtlinien zur Durchführung von Betriebspraktika für Schüler an allgemeinbildenden Schulen ...: Alle organisatorischen Aufgaben liegen beim durchführenden Lehrer und bedeuten für ihn erhebliche Mehrarbeit: Elternabend (3–4 Std.), Auswahl der Betriebe (15–20 Std.), Korrektur des Schülerberichte (5 Std.). Anschließend muß der Stoff von drei Wochen gearbeitet werden.

Erl. d. MK v. 27.9.79: Empfehlung zur Zusammenarbeit von Kindergärten und Grundschulen: Gespräche, Konfe-



renzen, Hospitationen, gemeinsame Veranstaltungen und Fortbildung ohne Stundenermäßigung. Planung und Durchführung einer Veranstaltung: ca. 6 Stunden.

Erl. d. MK v. 25.4.80: Verringerung des vorübergehenden Unterrichtsausfalls an allgemeinbildenden Schulen: „Vorübergehender Unterrichtsausfall ist durch schulinterne Maßnahmen ...

Mehrarbeit der an der Schule tätigen Lehrkräfte ... zu verringern. Gesetzliche Grundlage: § 80 NBG.

Verordnung über die Arbeitszeit ... vom April 80: Festlegung der Arbeitszeit für Orientierungsstufen auf 27 Unterrichtsstunden. Vorher: Gs/Hs-L. 28 Ustd., Rs-L 25 Ustd., Gym-L 23 Ustd.. Beispielrechnung zur Ausdehnung der Arbeitszeit: 30 Lehrer an einer Os, davon 15 Gs/Hs (–15 Std.), 14 Rs (+14 Std.), 1 Gym (+4 Std.), insgesamt 3 Unterrichtsstunden mehr.

Erl. d. MK v. 14.7.80: Schülerbeobachtung in der Orientierungsstufe: Eintragungen über die Schülerbeobachtungsbögen sind nicht mehr Zwang, dafür muß über jeden Schüler auf der Konferenz gesprochen werden, der Klassenlehrer bereitet einen Vortrag je Schüler vor. Mehrarbeit durch Ausdehnung der Konferenzen. Für eine 5. Klasse vorher $\frac{1}{2}$ Std., jetzt 1 Std., für die 6. Klasse vorher $\frac{3}{4}$ Std., jetzt $1\frac{1}{2}$ Std. Für einen Fachlehrer mit 8 Klassen sind das 5 Stunden mehr.

Rundschreiben des Schulaufsichtsamtes Nienburg, Bezug: Verfügung der Bez.Reg. v. 19.9.80: „Es wird künftig nicht mehr toleriert werden, daß die Erfüllung des Anspruchs auf Hausunterricht an der mangelnden Bereitschaft der Lehrer, diesen zu erteilen, scheitert.“ 6 Stunden Nebentätigkeit kann vom Dienstherrn angeordnet werden.

Die Bezirksvertreterversammlung Braunschweig hat am 15./16.1.81 dazu beschlossen: Aufhebung des Erlasses zur Aufsicht an Schulbushaltestellen, Streichung der Mehrarbeitsregelung im Beamtengesetz.

Lehrer GEW-Vertreter- versammlung Hessen

Vom 1.–4.4. wird in Darmstadt die Landesvertreterversammlung der GEW Hessen stattfinden, der derzeit Anträge u.a. zu folgenden Punkten vorliegen: Asylrecht — keine Einschränkung; Finanzierung öffentliche Haushalte/Staatsschuld — keine weitere Erhöhung indirekter Steuern, Erhöhung des Grundfreibetrages bei Lohn- und Einkommenssteuer, stärkere Besteuerung der Gewinne der großen Unternehmen, Erhöhung der Steuern auf große Vermögen; „Reform des Öffentlichen Dienstrechts“ — ausdrückliche Ablehnung jeder offenen oder getarnten Lohnsenkung und Spaltung der Belegschaften, Streikrecht für Beamte; Unvereinbarkeitsbeschlüsse — Aufforderung an den Hauptvorstand, im DGB für die Aufhebung ge-



Lehrerarbeit nach 20 Uhr

maß Beschluß der Bundesvertreterversammlung einzutreten; Vertretungsrechte — vollständige Einhaltung des Hessischen Personalvertretungsgesetzes, keine Anwendung von Ausnahmebestimmungen, keine Personalratsversetzungen gegen deren Willen; AG und FH Ffm — keine Versetzung, Suspendierung und Disziplinarverfahren. In einem Frankfurter Antrag zu den „anstehenden Aufgaben der GEW“ heißt es: „Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bleibt unsere zentrale Forderung ... Erfolg im Kampf für Arbeitszeitverkürzung würde die Bedingungen ... verbessern, daß im Haushalt Stellen gehalten und arbeitslose Kollegen eingestellt werden ... Nachdrücklich wird die GEW ... für die übrigen gewerkschaftlichen Forderungen der Lehrer eintreten, die schon seit Jahren zur Verteidigung unserer Arbeitskraft erhoben werden. Insbesondere wird die GEW ... für kleinere Lerngruppen und eine Vertretungsreserve ... eintreten ... Um eine ausreichende Basis für Streikmaßnahmen zur Abwehr der geplanten Entlassungen und Umsetzungen und zur Durchsetzung der zugesagten Arbeitszeitverkürzung ... zu schaffen“, wird die Einberufung der hessischen Obleuteversammlung — vorgezogen — bereits im Mai beantragt, die „die Aufgabe hat, festzustellen, welche Ergebnisse die (bisherigen) Aktivitäten ... gebracht haben; um Schritte für die weitere Umsetzung zu beschließen, muß eine weitere Obleuteversammlung Ende September ... auswerten und zusammenfassen, ausgerichtet auf die Bundesfunktionärskonferenz mit dem Ziel, daß diese mit konkreten Aufgaben der LV-Hessen konfrontiert wird, die ... nur auf Arbeitskampf (Streik) hinzielen können, wenn unsere Forderungen nicht berücksichtigt werden“. Flankierend sollen die GEW-Personalräte Versetzungen und Abordnungen so lange ablehnen, als Unterricht ausfällt, 100%ige Unterrichtsabdeckung nicht gewährleistet ist, keine Vertretungsreserve existiert. Diese Anträge richten sich direkt gegen die Politik der Bundes- und Länderregierungen. Werden sie angenommen und umgesetzt, wird die verordnete Senkung des Lohnstandards und die politische Entrechtung erschwert. Man muß diese Anträge unterstützen.

Große Aktionen der Bauern am 14.2. in der BRD Klärung der Forderungen noch nicht abgeschlossen



Demonstrationen am 14.2. in Schleswig-Holstein (beide Bilder oben), in München (folgende drei Bilder) und in Freiburg (Bild unten).

Etwa 200000 Bauern haben am 14.2.81 in 150 Kreisstädten des Bundesgebietes demonstriert. Ein Schwerpunkt in den Kundgebungsreden und mitgeführten Transparenten war auf Enthüllung der Lage der Bauern gelegt. In dem zentralen Flugblatt des Deutschen Bauernverbandes (DBV) sind vier allgemein gehaltene Forderungsgruppen genannt: Erzeugerpreiserhöhung; keine zusätzlichen Belastungen aus Bonn und Brüssel; nationale Maßnahmen; Schluß mit den Bauernbeschimpfungen.

Viele Bauern stellen jetzt die Frage, welche bestimmten Forderungen aufgestellt und durchgesetzt werden sollen. Die Bauern brauchen sofort wirksame Einkommensverbesserungen. Deshalb ist diese Klärung für das weitere Vorgehen des Bauernverbandes wichtig.

In Vorbereitung und während der Demonstrationen wurden dazu konkrete Vorstellungen geäußert: Der Vorsitzende des Dithmarscher Kreisbauernverbandes, J. Wiborg, hat gefordert, alle Mitverantwortungsabgaben zu streichen. Bei der Milch bringt das für einen Betrieb mit 20 Kühen und 400 l abgelieferter Milch pro Kuh 60 Pf. Auszahlung, ein Plus von 1116 DM pro Jahr. – Bauern in Rendsburg haben ein Transparent mitgetragen: „Wir fordern die uns vorenthalte 1%-Vorsteuerpauschale mehr ab 1.7.80!“ Die zu niedrig angesetzte Vorsteuerpauschale hat nach Berechnungen des DBV in den letzten zwei Wirtschaftsjahren einen Einkommensverlust von 500–600 Mio. DM pro Jahr ausgemacht. Das sind für einen 30 ha-Betrieb mit Kühen und Nachzucht pro Jahr 2100 DM gewesen. – In Niebüll forderte der Kreisvorsitzende Nissen, die Zinsen für Agrarkredite auf 5% zu senken.

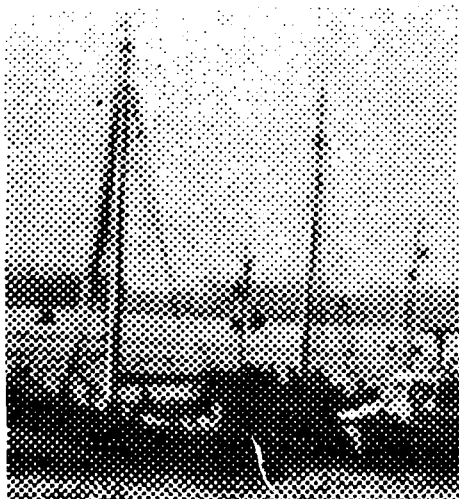
Die Aktionen am 14.2. haben auch gezeigt, von woher die Bauern auf Unterstützung rechnen können. Auf sehr vielen Kundgebungen haben sich vor allem Handwerker und Landmaschinenwerkstätten solidarisch erklärt. An vielen Orten haben Vertreter der Landfrauen und der Landjugend ihre Unterstützung zugesagt. In Nordfriesland haben an Versammlungen zur Vorbereitung der Demonstration und auf dem Kreisbauerntag am 18.2. Gewerkschaftsvertreter teilgenommen. Kundgebungsredner der Bauern traten dort für Anhebung der Löhne ein, weil die Arbeiter dann höhere Preise für Lebensmittel bezahlen können.

Hamburg Fischer blockieren die Elbe

Hamburg. Am 12.2.81 blockierten Hamburger Fischer aus Finkenwerder und Altenwerder mit 7 Kuttern die 300 Meter breite Fahrrinne der Elbe und ließen zwei Stunden keinen Frachter durch.

Eine Flotille der Wasserschutzpolizei mit dem Hafendirektor an Bord und Hubschrauber sollten die Fischer zur Aufgabe zwingen. Über Lautsprecher warnte die Polizei: „Sie begehen eine ungesetzliche Handlung. Sie können für die Schäden haftbar gemacht werden!“

Die Fischer verlangten den Bürgermeister, sonst bleibe die Elbe dicht. Dann mußte der Hamburger Senat reagieren. Umweltsenator Curilla (SPD) mußte antreten. Die Fischer unterbrachen die Blockade. Der Sprecher der Fischer Heinz Oestmann: „Wir haben den letzten Weg beschritten, uns gütlich zu einigen.“



Die Fischer werden ihrer Existenzgrundlage beraubt. Nach einem Gutachten des Landeswirtschaftsministeriums Schleswig-Holsteins haben jetzt 61% der Aale, die zwischen Lauenburg und Brokdorf gefangen werden, mehr als ein Milligramm Quecksilber pro Kilogramm Fisch. Der Verkauf der Fische ist verboten. Die Elbfischer leben heute zu 70% vom Aalfang. Die Forderungen der Fischer sind daher: Verbot für alle Betriebe, Abwässer in den Fluß zu leiten, bis ihre Unschädlichkeit im einzelnen und in ihrem chemischen Zusammenwirken positiv festgestellt ist, sowie Entschädigungen für die Zeit des Fangverbotes mit sofortigem Abschlag.

Die Antwort von Curilla: Die Verschmutzung lasse sich nicht abstellen, nur mindern, und für das Verbot der Abwässereinleitung sehe er keine rechtlichen Grundlagen.

Mit diesem Standpunkt haben die Regierungsvertreter jahrzehntelang die Kapitalisten gedeckt und die Fischerei in nur 80 Jahren fast vollständig ruiniert. Um die Jahrhundertwende gab es in der Elbe noch Lachs und Stör. 1925 arbeiteten 1200 Fischereibetriebe zwischen Hamburg und Cuxhaven, heute sind es unter 50. Aale, Stint und Elbutt werden noch gefangen, diese sind voll offener Wunden und Geschwüre, wenn sie überhaupt überleben.

1978 und 1979 gab es großes Fischsterben in der Elbe. Gift in einem zur Elbe hin offenen Kanal des Chemiewerkes Boehringer wurde festgestellt. Der Senat führte das Fischsterben aber auf höhere Wassertemperatur durch Sonneneinstrahlung zurück.

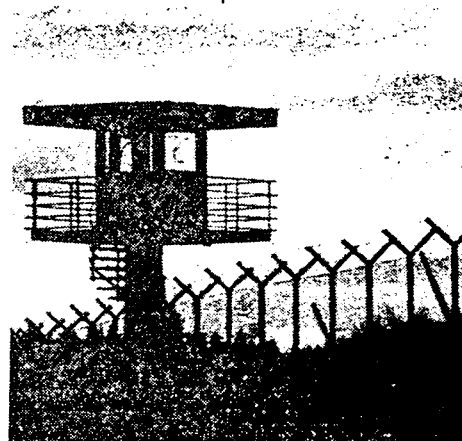
Professor Peters vom Institut für Hydrobiologie und Fischereiwirtschaft der Universität Hamburg erklärte 1979 in einem Gutachten, die Regierungen der Anrainerländer hielten bewußt alarmierende Untersuchungsergebnisse über die Wasserbelastung der Elbe zurück. Das Fischsterben sei auf Einleitung von Industrieabwässern zurückzuführen.

Die Fischer haben dem Senat eine Frist bis Mitte März gesetzt. Dann beginnt der Aalfang wieder. Mit Argumenten, es liege an der Sonne, oder die DDR sei schuld lassen sie sich nicht mehr abspeisen, sondern sie drohen mit erneuter Blockade.

Baden-Württemberg Auflösung der US-Raketenbasis Waldheide!

Heilbronn. Auf seiner Jahreshauptversammlung Anfang Februar hat der SPD-Ortsverein Heilbronn mit großer Mehrheit den Antrag der 24 SPD-Bundestagsabgeordneten auf Kürzung des Rüstungsetats unterstützt. Gleichzeitig beschloß der Ortsverein die Forderung nach Auflösung der US-Raketenbasis Waldheide (5 km vom Heilbronner Stadtgebiet entfernt, d. Verf.): „... Pershing-II-Raketen und Marschflugkörper seien Angriffswaffen, die den sogenannten 'Erstschlag' ausführen könnten. Da die Raketenbasis auf der Waldheide auch diese neuen Raketen aufnehmen könnte, wäre Heilbronn, ähnlich wie im 2. Weltkrieg, 'in hohem Maße gefährdet' ...“ (SPD-Ortsvereinsvorsitzender Huber, zitiert nach „Heilbronner Stimme“, 12.2.81).

Die CDU bastelt fieberhaft an einer Gegenpropaganda: „Wer die Raketenbasis auf der Waldheide nicht will, muß erklären, daß er auf eine Verteidigung durch die NATO verzichtet!“ OB Hoffmann, umstrittenes SPD-Mit-



glied, weist jede Zuständigkeit der Kommune in Sachen Waldheide von sich, gleichzeitig droht er mit dem Beamtenrecht: „Es sei unmöglich, wenn sich ein Landesbeamter wie der SPD-Ortsvereinsvorsitzende Alfred Huber, in dieser Form äußere“.

So leicht läßt sich der seit 1945 bestehende örtliche Widerstand gegen den US-Stützpunkt (der auch von Bundeswehr und anderen NATO-Einheiten genutzt wird), nicht vom Tisch wischen. 1977 mußte die Sperrung der Wanderwege um das Waldheide-Gelände mittels Verbotsschildern („Lebensgefahr“) auf öffentlichen Protest hin weitgehend zurückgenommen werden. Als es 1951 um die Beschlagnahme des Waldgeländes ging, erklärte der damalige OB Meyle: „Namens der Stadt erhebe ich gegen die Inanspruchnahme von städtischem Grund und Boden, einerlei ob es sich um zeitweilige oder dauernde Inanspruchnahme handelt, ganz entschieden Widerspruch und lehne die Hergabe des Waldes ab.“ Die KPD brachte einen entsprechenden Antrag im Bundestag ein. Statt 1150 ha. gelang den US-Besatzern nur die Beschlagnahme von 480 ha.

Berufsfeuerwehr Gutachten für Personalabbau

Stuttgart. Von der Stadt Stuttgart wurde WIBERA (Wirtschaftsberatungs-AG des Deutschen Städtetages) mit einer Organisationsuntersuchung über die städtische Berufsfeuerwehr beauftragt (Kosten: 120000 DM). WIBERA hat in diesem Bereich bereits geforscht und ein Grundsatzpapier „Optimierung des Einsatz von Feuerwehren“ verfaßt. Anhand dessen und der Auswertung von fast ausschließlich statistischem Material über die Stuttgarter Verhältnisse schlägt sie dem Stuttgarter Gemeinderat in einem Gutachten jetzt folgende Maßnahmen vor, die

langfristig zu einer Einsparung von jährlich fünf Mio. DM führen sollen:

- Personalabbau in den nächsten Jahren um 100 Mann (17%),
- Bessere Ausnutzung der Freiwilligen Feuerwehr,
- Weitgehende Abschaffung öffentlicher Feuermelder,
- Flexibleren Dienstplan (Einführung von Tag- und Nachtschichten).

In Stuttgart gibt es z.Zt. neben den 596 Beschäftigten der Berufsfeuerwehr eine Freiwilligenfeuerwehr mit 1000 Mann. 1980 betrugen für erstere die Personalkosten 31,9 Mio. DM, gegenüber einer „Entschädigung“ von 275000 DM an die Freiwillige Feuerwehr. WIBERA empfiehlt, diese „überdurchschnittlich starke Freiwillige Feuerwehr“ doch häufiger einzusetzen. Die Abschaffung öffentlicher Feuermelder begründet WIBERA mit hoher Anzahl auch „böswilliger“ Fehlalarme. Im Haushalt der Stadt Stuttgart steht der Posten „Feuermelde-Alarm und Funksprechanlage“ mit 1,3 Mio. DM (1980) an zweiter Stelle nach den Personalkosten. Das erklärt, warum WIBERA auch hier Einsparungsmöglichkeiten sieht.

Vom Personalrat der Berufsfeuerwehr wurden die Vorschläge fast ausnahmslos abgelehnt. Personalratsvorsitzender Tüttelmann: „Schon die politische Zielvorgabe (Einsparungen) und die Untersuchungsmethoden machen den Anspruch des Gutachtens, eine objektive Organisationsuntersuchung der Berufsfeuerwehr und eine Entscheidungsgrundlage für den Gemeinderat darzustellen, zunichte.“

Die ÖTV kündigte bundesweite Solidaritätsaktionen gegen die „gefährlichen“ Vorschläge an. So ermittelte WIBERA und rechtfertigte damit zum Teil den Personalabbau, daß es in Stuttgart weniger brenne, als in anderen Städten (1,4 Brände je 1000 Einwohner, sonst 2,5). Außerdem wären zwei Drittel der Einsätze keine Brandeinsätze. Dies mache eine ständige Besetzung von Sonderfahrzeugen unnötig. ÖTV und Personalrat kritisieren insbesondere, daß die Brandschutzsicherheit nicht mehr gewährleistet sei. So z.B., wenn laut Gutachten nachts weniger Personal eingesetzt werden soll, oder statt Sprungtüchern, die von 16 Mann gehalten werden müssen, Sprungpolster, die „technisch nicht ausgereift und schwer zu bewegen sind“ verwendet werden sollen.

Der Personalrat fordert dagegen eine Personalsteigerung von 42 Mann, um überhaupt die gegenwärtige Arbeitszeit von 50 Arbeitsstunden zu gewährleisten. 1980 fielen 32000 Überstunden an.

Verkehrspolitik Forderungen der Gewerkschaft ÖTV

Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) vertritt u.a. die Beschäftigten in der Verkehrswirtschaft. 35 bis 40% der Bevölkerung sind auf Nahverkehrsmittel angewiesen. In den Thesen zur Verkehrspolitik der ÖTV von 1979 werden als allgemeine Forderungen u.a. festgehalten:

- „ein volkswirtschaftlich sinnvolles, an den Verkehrsbedürfnissen der Gesamtwirtschaft und der Bürger und nicht am Gewinn einzelner Branchen orientiertes Gesamtverkehrssystem zu schaffen, in dem sich die Verkehrsträger Straße, Schiene, Wasserstraße optimal ergänzen.
- den finanziellen Spielraum für die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und die Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Aufgaben des öffentlichen Verkehrs zu sichern, Rahmenbedingungen für die Verkehrswirtschaft zu setzen und damit günstige Voraussetzungen für die positive Einkommensentwicklung und fortschrittliche Sozialbedingungen der in der Verkehrswirtschaft beschäftigten Arbeitnehmer zu schaffen ...
- die Folgekosten dem Verursacher anzulasten, um ungerechtfertigte Kostenvorteile abzubauen ...“

Auf dieser Grundlage referierte Hubert Resch, Verantwortlicher der ÖTV für Verkehrspolitik im Februar auf einer Podiumsdiskussion des DGB zur Verkehrssituation in Ludwigshafen und Mannheim.

Von der Bundesregierung forderte er, mindestens einen Pfennig der Mineralölsteuererhöhung für den Nahverkehr zu verwenden. Von den Länderregierungen forderte er, außerdem 15% der Gelder für kommunalen Straßenbau in den Nahverkehr zu stecken.

An die Kommunalverwaltungen richtete er die Forderung, die Preiserhöhungen für Busse und Straßenbahn *unterhalb* der Kostensteigerung fürs Autofahren und auch *unter* der Erhöhung der allgemeinen Lebenshaltungskosten zu halten.

In einem Schreiben des ÖTV-Vorsitzenden Heinz Kluncker vom 21.1.81 an die Bundestagsabgeordneten warnt die ÖTV davor, die Gasölbetriebsbeihilfe, also die Mineralölsteuerbefreiung für den öffentlichen Nahverkehr, zu streichen. (Sie beträgt z.B. bei den Verkehrsbetrieben Ludwigshafen 500000 DM im Jahr.) Damit würde die stärkere Benutzung öffentlicher Nahverkehrsmittel gefährdet. Der „Verkehrsreport“ 5/80 der ÖTV geht auf die Fol-



ÖTV-Betreuungsfahrzeuge zur Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation

gen ein: „Schon die geplanten ‚normalen‘ Fahrpreiserhöhungen bewegen sich bei etwa acht bis zehn Prozent, in einigen Städten sollen sie sogar darüber hinausgehen. Bei einer Streichung der Mineralölsteuerbefreiung würden diese Prozentsätze noch um rund fünf bis sechs Prozent steigen. Eine solche Kostenpolitik widerspricht den verkehrspolitischen Zielen, wie sie selbst in der Koalitionsvereinbarung enthalten sind.“

Auf der ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz am 10.2.81 in Mannheim lagen Anträge und Materialien gegen die umfangreichen Gebührenerhöhungen der Mannheimer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (MVV) vor mit dem Ziel, eine Diskussionsveranstaltung der Gewerkschaft durchzuführen, auf der die ÖTV-Aufsichtsratsmitglieder der MVV zu verschiedenen Fragen der Gebührenpolitik reden, die Gewerkschaftsmitglieder sich dadurch ausbilden und an dem Aufbau einer Front gegen die staatlichen Gebührenerhöhungen besser beteiligen können. Da aus Zeitgründen die Behandlung nicht mehr möglich war, wurde beschlossen, die Diskussion der Anträge auf die nächste Delegiertenkonferenz zu verschieben, die auf jeden Fall vor den nächsten geplanten Gebührenerhöhungen zum 1.4.81 stattfinden soll.



Erprobung in Essen: Spurbusse unabhängig vom sonstigen Verkehr

Über 10 Jahre hartnäckiger Kampf gegen den Bau der „Drehscheibe München“

1 Million Passagiere benutzten 1962 den Flughafen München. Fünf Jahre später hatte sich das Personenaufkommen verdoppelt und nach weiteren 4 Jahren die 4 Mio.-Grenze überschritten. Seit 1979 liegt das Personenaufkommen bei mehr als 6 Millionen. Mit 30300 t hatte das Frachtaufkommen 1978 den größten Wert erreicht. Im Jahr darauf waren es 8% weniger. Der Flughafen München Riem verfügt über eine 2,8 km lange Start- und Landebahn. Sie ist zu kurz, als daß größere Düsenflugzeuge voll beladen und betankt starten könnten. Beschränkte Reichweite, beschränkte Kapazitätsauslastung der Flugzeuge – Rodenstock faßte 1975, damals Präsident der IHK München, das Interesse der Kapitalisten an einem neuen Flughafen zusammen: „Der Verkehrsflughafen München-Riem entspricht bereits mittelfristig nicht mehr den Leistungsansprüchen der Wirtschaft.“ Er verlangte: „Realisierung eines effektiveren Güter- und Leistungsaustausches“, „Beseitigung von Wettbewerbshemmnissen“, „Verzugslose Inangriffnahme der Flughafenbauarbeiten.“ („Süddeutsche Zeitung“, 22.1.75)

Flughafen München: Hauptsächlicher Güterumschlag (Zuwachsraten 70—78)

Einfuhr

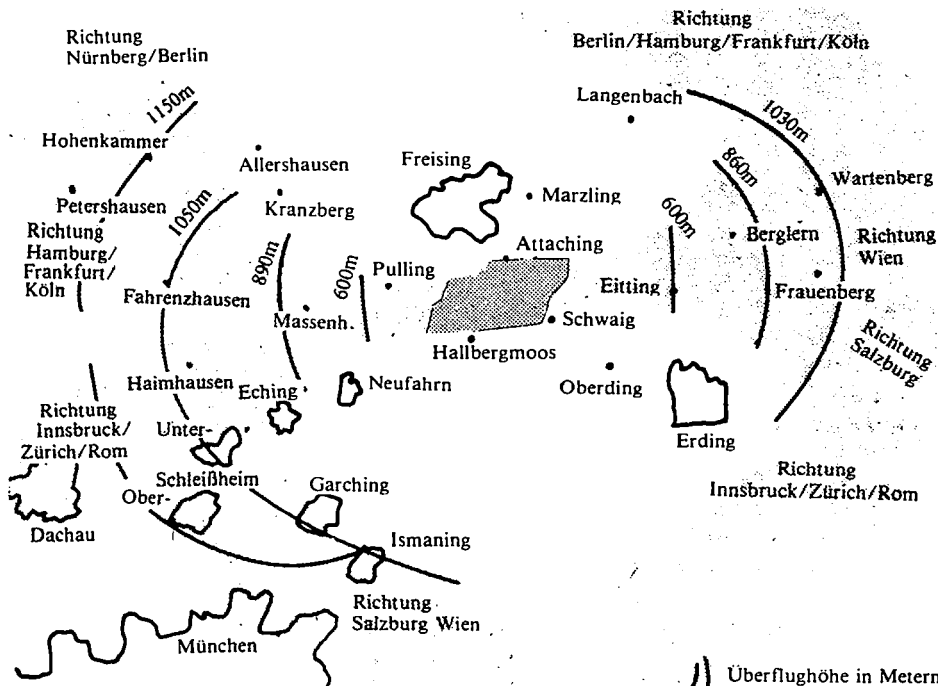
Obst, Gemüse, Blumen	80%
Textilien	180%

Ausfuhr

elektronische und elektrotechnische Geräte	127%
optische Geräte	125%
Präzisionswerkz., Ersatzteile f. Autos, Werkzeugm.	207%
chemische Produkte	160%

Die „Drehscheibe München“ (Jaumann, bayerischer Wirtschaftsminister und Aufsichtsratsmitglied der Flughafen München GmbH, FMG) soll sich für die gewachsene Expansionskraft der westdeutschen Kapitalisten schneller drehen. Bewerkstelligt werden soll das mit einem bis jetzt auf 4 Mrd. DM bezifferten Projekt „Flughafen München II“. Einen weiteren Grund steuert jetzt noch der Oberbürgermeister Kiesel (CSU) bei: In einem Brief an die IHK München rechnet er vor, daß derzeit 250 Unternehmen in München 1,7 Mio. qm Gewerbefläche suchen und in Riem nach dem Neubau des Flughafens 1,6 Mio. qm besterschlossenes Gewerbegebiet zur Verfügung stehe.

Und Rodenstock: „Endlich werden Hunderttausende Münchner Bürger



1) Überflughöhe in Metern

die langersehnte Entlastung vom Fluglärm erfahren“, endlich könne ein „Beitrag zum Abbau schädlicher Verdichtungserscheinungen“ geleistet werden. Als ob es ihm und seinesgleichen um die große Lärmbelastigung der Bevölkerung im Münchner Osten ginge! Hat doch die IHK stets die Beschränkung des Nachtflugbetriebs auf München-Riem angegriffen.

Seit 1969 bereitet die FMG (Stammkapital: 51% Bayern, 26% BRD, 23%

Stadt München) diesen „Beitrag“ vor. In einem beispiellosen Raubzug hat sie nahezu 2600 ha Land unter ihre Kontrolle gebracht. Den Flughafen will sie mitten in das größte zusammenhängende Anbaugelände für Sonderkulturen Petersilie, Dill, Sellerie, Rettiche, Pfefferminze hineinbauen. Die meisten der 600 Grundeigentümer, deren Land direkt betroffen ist, waren selbstarbeitende Bauern. Unter Ausnutzung wirtschaftlicher Notlagen, mit Enteig-

Das Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm

Ziel des „Lärmschutzgesetzes“ vom 31.3.71 ist nicht etwa die Reduzierung der Lärmquellen, sondern Fixierung von Lärmpegeln, die die Bevölkerung auszuhalten hat. Nur Fluglärm wird berücksichtigt, d.h. so getan, als würde am Arbeitsplatz etc. die schönste Ruhe herrschen. Das Gesetz legt einen Lärmschutzbereich fest, „in dem der durch Fluglärm hervorgerufene äquivalente Dauerschallpegel 67 dB (A) übersteigt“, und eine Schutzzone I, mit über 75 dB (A). In Schutzzone I gibt es im wesentlichen Bauverbot für Wohnraum und für den bestehenden sind begrenzte Kosten für Schallschutzmaßnahmen vom Träger des Flughafens aufzubringen. Was in Schutzzone I für Wohnraum, gilt im ganzen

Lärmschutzbereich für „Krankenhäuser, Altenheime, Erholungsheime, Schulen“ etc. Die Lärmschutz-zonen müssen erst bei einer Steigerung um mehr als 4 dB (A) neu festgelegt werden. Dies bedeutet normalerweise eine Steigerung des Schalldrucks um 57% (wegen des logarithmischen Maßstabs). Aber nach der Gesetzesformel tritt eine Steigerung um 4 dB (A) erst bei einer Verdopplung des Schalldrucks ein (d.h. bei doppeltem Flugaufkommen). Falls kein explizites Nachtflugverbot besteht, treibt das Gesetz praktisch zu einer gewissen Zahl Nachtflüge, denn fliegt nachts gar kein Flugzeug, oder ist der Abstand zwischen den Flugbewegungen nachts (22 Uhr bis 6 Uhr) fünfmal so groß wie tagsüber, oder zehnmal: die Formel ergibt in allen drei Fällen denselben äquivalenten Dauerschallpegel.



Chronik des Kampfes gegen München II

Dezember 1960: OB Vogel beantragt Standortsuche als Ersatz für München Riem

Oktober 1967: Einleitung des Raumordnungsverfahrens für das Erdinger Moos

1968: Die Gemeinden Oberding und Schwaig bilden eine Schutzgemeinschaft und führen Demonstrationen und Straßenblockaden durch

1970: Gründung der Bürgerinitiativen Eching und Neufahrn. Bei den Landtagswahlen rufen sie zum Wahlboykott auf

März 1971: Großdemonstration in München mit 10000 Teilnehmern

1972: 40000 Unterschriften werden gegen den Flughafen gesammelt, 27000 Einsprüche werden registriert

September 1973: Der Bund beteiligt sich mit 26% an der Flughafen GmbH, (Bayern 51%, München 23%)

Mai 1974: Der Bund erteilt die luftrechtliche Genehmigung, Grundlage zur Einleitung des Planfeststellungsverfahrens

November 1974: Bayerische Staatsregierung erzwingt Auslegung der Planunterlagen für das Planfeststellungsverfahren in 30 betroffenen Gemeinden, in Neufahrn z.B. durch Androhung, einen Staatskommissar anstelle des Gemeinderats einzusetzen. Die Gemeinden richten Beratungsstellen ein und organisieren unter den Bewohnern Einsprüche

Dezember 1976: Die Klagen gegen die luftrechtliche Genehmigung werden vom Verwaltungsgericht München abgewiesen. 21000 Einsprüche gegen das Planfeststellungsverfahren. Bau der Franzheimer Antoniuskapelle auf dem Flughafengelände

März 1977: Großkundgebung mit 1200 Beteiligten anlässlich des 10jährigen Bestehens der Schutzgemeinschaft Erding-Nord, Freising und Umgebung e.V.

1977 und 1978: Alle Klagen und Einsprüche gegen das Planfeststellungsverfahren werden von den verschiedenen Gerichten abgelehnt

Juli 1979: Regierung von Oberbayern erläßt Planfeststellungsbeschluß für München II und ordnet sofortige Vollziehbarkeit an

September/Oktober 1979: Klagfrist gegen den Planfeststellungsbeschluß. Allabendlich werden in den betroffenen Gemeinden Versammlungen abgehalten, Ergebnis: 5724 Klagen, die vom Verwaltungsgericht München behandelt werden müssen

Dezember 1979: Das Bundesverfassungsgericht verweigert die Annahme einer Verfassungsbeschwerde des Bundes Naturschutz gegen das Planfeststellungsverfahren

März 1980: 400 Flughafengegner errichten in Franzheim eine Antibautafel, auf der die Zusammenarbeit zwischen Flughafen München GmbH, Innenminister Tandler und der Polizei zur Durchsetzung des Flughafens angegriffen wird

Das Bundesverfassungsgericht weist die Klage von 153 Betroffenen gegen das Vorhaben des Münchner Verwaltungsgerichts ab, die 5724 Einzelklagen zu 40 Musterprozessen zusammenzufassen

April 1980: Prozeßbeginn vor dem Verwaltungsgericht München. Die Vereinigten Bürgerinitiativen kündigen Platzbesetzung bei Baubeginn an **Mai 1980:** Baubeginn. Jeden Tag wird eine neue Baustelle eröffnet

November 1980: Demonstration von über 4000 Flughafengegnern in München. Kurzfristige Bauplatzbesetzung, Bau einer Holzhütte als Versammlungsraum. 70000 evangelische Jugendliche in Bayern sprechen sich gegen einen Flughafen im Erdinger Moos aus.

Die Kammer 17 des Verwaltungsgerichts in München bestätigt nach 45 Verhandlungstagen die sofortige Vollziehbarkeit. Der Antrag auf Absetzung des Richters Czermak wegen Befangenheit mußte anerkannt werden. Er war bereits 1969 in Sachen Flughafen als Vertreter der Staatsanwaltschaft für den Freistaat Bayern tätig

Dezember 1980: Flughafengegner legen Beschwerde gegen den Beschluß des Verwaltungsgerichts beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof ein.

nungsdrohungen hat sich die FMG Stück für Stück das Land zusammengekauft. Das Dorf Franzheim, 106 landwirtschaftliche Anwesen, hat sie dem Erdboden gleichgemacht.

Der Widerstand der Bauern in den umliegenden Landkreisen Erding/Freising und darüber hinaus richtet sich nicht nur gegen die unmittelbare Vernichtung von Dutzenden von Bauernexistenzen. Unter dem Erdinger Moos liegt das größte Wasserreservoir Bayerns, der Grundwasserspiegel liegt hoch. Für den Fall des Flughafenbaus würde der Grundwasserspiegel nicht nur abgesenkt, sondern auch der mächtigste Grundwasserstrom mit 10000 cbm/Tag Volumen in einer Breite von 23 km durch einen S-Bahntunnel geschnitten. Die Verschlechterung der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen in der ganzen Region wäre unausweichliche Folge, genauso wie die Zerstörung der Reproduktionsbedingungen der Bevölkerung.

Von elf Gemeindevertretungen und den Kreisstädten Freising und Erding wird das Projekt abgelehnt. Aus der Karte sind die Lärmteppiche ersichtlich, die sich auf Grundlage der bekanntgewordenen Betriebsplanung über das Land erstrecken würden. Beim Auslegen der Planfeststellungsunterlagen 1974 konnten mehrere Gemeinden überhaupt nur mit der Androhung des Einsatzes von Staatskommissaren dazu gezwungen werden, der Regierung von Oberbayern Räume zur Verfügung zu stellen. Bis 1979 wurden 27000 Einsprüche geltend gemacht. Sie wurden vom Tisch gewischt. Die Regierung genehmigte 1979 die Anlage des Flughafens sowie die entsprechenden Wasser- und Stromversorgungseinrichtungen, Straßen- und Bahntrassierungen. Sofortige Vollziehbarkeit wurde angeordnet. In kürzester Zeit reichten die Bürgerinitiativen 5700 Klagen dagegen beim Verwaltungsgericht ein.

Das Bestreben von Kapitalisten und Regierung ist jetzt, den Widerstand totzuverhandeln. So hat das Gericht mittlerweile Baugenehmigung erteilt, Monate bevor es sich zu einem abschließenden Urteil in der Lage sieht. Wird es kritisch, greift die Staatsregierung direkt in die Verhandlungen ein: Als der Bayerische Verwaltungsgerichtshof auf Antrag der Bürgerinitiativen die Praxis des Verwaltungsgerichts untersagte, Mitarbeiter der FMG als „neutrale Gutachter“ zuzulassen, beorderte die Staatsregierung den Präsidenten des Gerichtshofs aus dem Urlaub zurück, der auch prompt diese Rüge aufhob. Vor 10 Jahren – damals als Oberstaatsanwalt – vertrat er bereits die Regierung von Oberbayern gegen die Gemeinden, die sich weigerten, die Planfeststellungsunterlagen auszulegen.

Luft Hansa: Auf den Spuren der Hanse

„Die dreimotorigen Metallvögel sind die Sendboten des westeuropäischen Luftverkehrs, die ostwärts zogen, um dem europäischen und asiatischen Rußland einen Besuch abzustatten und gleichzeitig die Grundlagen für neue Wirtschaftsverbindungen im Osten zu legen. Den Fußstapfen der bisherigen sportlichen und militärischen Rekordleistungen sollte nunmehr in einem auf Zuverlässigkeit eingestellten Tempo die zivile Luftfahrt folgen (...) Wie die warenbeladenen Kaufmanns-Koggen der alten Hanse über die Meere segelten, ihre Karawanen in wochenlanger Reise zur Messestadt Nischni Nowgorod zogen und somit unternehmungslustiger Hanseategeist sich neue Betätigungsfelder suchte, so fliegen jetzt erstmalig Hansa-Großflugzeuge über Gebiete, die von Verkehrsflugzeugen bisher kaum berührt wurden.“ (Bericht über den Expeditionsflug der Luft Hansa im August bis Oktober 1926 von Berlin bis Peking und zurück)

Geschichtliches

1908 Der Mannheimer Kapitalist Lanz stiftet den „Lanz-Preis der Lüfte“: Teilnehmer mußten deutsch sein, das Flugzeug „von Deutschen konstruiert und gebaut aus ausschließlich deutschem Material“

1917 Gründung der „Deutsche Luftreederei“ (DLR)

1919 Verbot des Baus von Motorflugzeugen im Deutschen Reich durch den Versailler Vertrag

1926 Gründung der „Luft Hansa AG“ mit einem Kapital von 25 Mio. RM. Eröffnung der Strecke Berlin-Königsberg. Ostasien-Erkundungsflug der Luft Hansa

1931 Eröffnung der Linie Berlin-Hannover-Amsterdam-London mit Großflugzeug Junkers G 38 (30 Passagiere). Südatlantikflug des Flugboots Dornier X

1936 Luft Hansa errichtet dritten schwimmenden Flugstützpunkt „Ostmark“. Einrichtung eines Luftpostdienstes nach Südamerika durch die Luft Hansa

1941 Erstes Jagdgeschwader des Afrika-Corps der Hitler-

Luftwaffe landet bei Tripolis 1944 Deutsche Flugzeugbaukapitalisten befassen sich mit letztem Aufgebot: „Sprengstoffträger“, „Eber-Rammjäger“

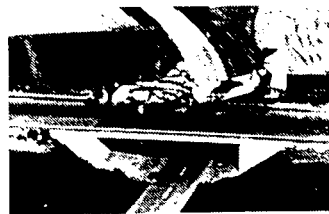
1955 Eröffnung des Flugbetriebs der „Lufthansa“ – mit britischen und amerikanischen Piloten

1956 Lufthansa nimmt Südatlantik-Liniendienst nach Brasilien und Argentinien wieder auf. Eröffnung der ersten Lufthansa-Strecke in den Nahen Osten

Luftfahrt im Kriegsfall

Bundesleistungsgesetz

§ 4 (1) Zu Leistungen können alle natürlichen und juristischen Personen ... herangezogen werden. Gehören ihnen ... Luftfahrzeuge, die in die Luftfahrzeugrolle der Bundesrepublik eingetragen sind, so können sie auch herangezogen werden, wenn das ... Luftfahrzeug sich außerhalb des Bundesgebietes befindet (...)



Autobahnlandung einer C 160 der Luftwaffe bei Stuttgart

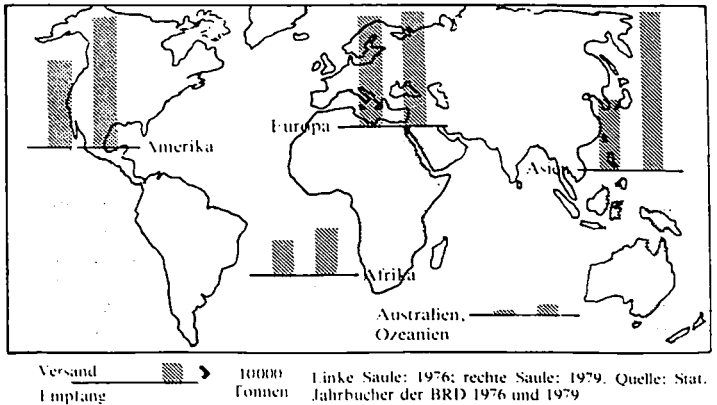
Verkehrssicherstellungsgesetz

§ 1 (1) Um die für die Zwecke der Verteidigung erforderlichen lebenswichtigen Verkehrsleistungen, insbesondere zur Versorgung der Zivilbevölkerung und der Streitkräfte, sicherzustellen, können ... Vorschriften erlassen werden über

1. die Benutzung und den Betrieb einschließlich der Ausrüstung von Verkehrsmitteln, -wegen, -anlagen und -einrichtungen (...)

§ 13 (1) Die Eigentümer, Besitzer und Führer von ... Luftfahrzeugen ... können verpflichtet werden,

1. verschlossene Schriftstücke, die Zwecken dieses Gesetzes dienen, anzunehmen, ungeöffnet zu verwahren und erst beim Vorliegen der festgesetzten Voraussetzungen von ihrem Inhalt Kenntnis zu nehmen (...)



Grenzüberschreitender gewerblicher Güterverkehr von und nach der BRD nach Erdteilen, in Tonnen

Grenzüberschreitender gewerblicher Güterverkehr von und nach der BRD nach wichtigen Gütergruppen, in Tonnen

	1976		1979	
	Versand	Empfang	Versand	Empfang
Fr. Früchte, Gemüse	47	11 799	100	22 746
Schnittblumen	137	10 875	146	25 284
Chem. Erzeugnisse	10 441	3 621	19 956	4 759
Fahrzeuge	9 948	6 287	22 766	8 647
Elektrotechn. Erz.	12 151	9 597	22 867	18 805
Maschinen	31 077	10 147	45 465	13 370
Leder, Textilien	7 908	32 106	11 027	36 379
Feinmech., opt. Erz.	3 487	4 191	3 740	3 378
Druck.-Erz.	8 783	6 369	11 335	7 590
Gesamt	166 383	187 240	225 254	240 202

§ 14 (1) Die Eigentümer, Besitzer und Führer von Verkehrsmitteln können verpflichtet werden, diese ... nach einem zu bezeichnenden Ort zu bringen und dabei einen bestimmten Weg zu benutzen. Die Verpflichtung kann auch darauf erstreckt werden, daß zusätzliche Betriebsstoffe und Ersatzteile mitgeführt werden (...)

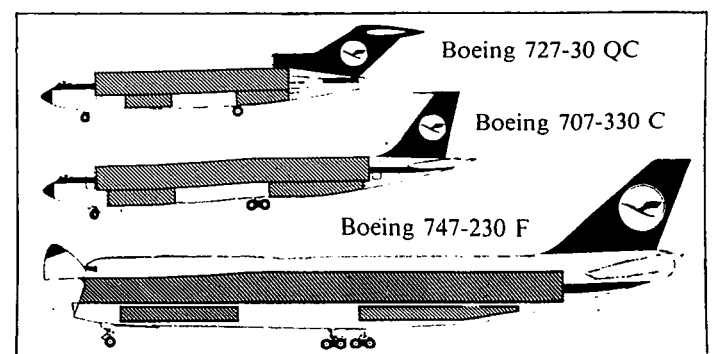
Bundes-Förderung für die Luftfahrt

	Gesamt	Weltraum Luftfahrt
1965	606	143
1970	1 676	351
1975	3 823	611
1979	5 097	786

In Mio. DM. Nur Ausgaben des Bundes für Förderung der Wissenschaft, Forschung und Entwicklung



Frachtversion der B 747: Die Entladung von 90 bis 100 Tonnen Fracht in standardisierten Containern dauert nur 1 Stunde.



Frachtraum verschiedener Boeing-Flugzeuge: Die QC(quick change)-Versionen können innerhalb einer halben Stunde vom Passagierflugzeug(Tageseinsatz) zum Frachter(Nachteinsatz) umgebaut werden.

Zimbabwe: Kämpfe in Bulawayo

167 Menschenleben allein in Bulawayo kosteten nach offiziellen Angaben die schweren Kämpfe der letzten Wochen zwischen ZANU- und ZAPU-Guerillas, die auf ihre Eingliederung in die neue Nationalarmee Zimbabwes warten. Zu Zusammenstößen kam es auch in drei der zwölf schon integrierten Bataillons der gegenwärtig 11 000 starken Nationalarmee. Nach Presseberichten gingen die Kämpfe, denen laut Regierung ein Plan zugrundelag, von ZAPU-Guerillas aus, die zumeist dem Ndebele-Stamm angehören und bislang von der SU unterstützt worden sind. Zimbabwes Anstrengungen, die Volksmacht zu konsolidieren (s. Pol. Ber. 3/81), sind dadurch zurückgeworfen, gewachsen ist die Abhängigkeit der Regierung von den Resten des Gewaltapparates des Siedlerregimes. Denn nur durch Einsatz von Verbänden der früheren rhodesischen Kolonialarmee, unter weißem Kommando, konnte die Regierung Mugabe die Kampfhandlungen stoppen. – Die Guerillas werden jetzt in andere Lager verlegt und entwaffnet, bis sie in die Nationalarmee unter einheitlichem Oberkommando integriert sind. Die Integration

Eagleburger in Europa prüft Bündnistreue

US-Außenminister Haig hat den künftigen Leiter seiner Europaabteilung Eagleburger nach Bonn, Paris, Brüssel, London und noch mal nach Bonn geschickt, um die Verbündeten auf Unterstützung einer US-Intervention in Zentralamerika festzulegen. Zum gleichen Thema wurden die NATO-Botschafter in Washington ins Außenministerium bestellt. Das Pentagon hat inzwischen konstatiert, die salvadorensischen Junta-Truppen hätten „keine Hoffnung“, die Befreiungsbewegung militärisch zu schlagen. Logische



Folge: die USA müssen selbst ran. Als „Alternative“ wird laut über eine Seeblockade Kubas nachgedacht. Eagleburger, früherer Kissinger-Vize, wartete mit CIA-„Informationen“ über sowjetische und kubani-

sche Waffenlieferungen auf, in denen – der Eindringlichkeit halber – ein Guerillero gleich den Decknamen Vladimir erhalten hat. EG-Kommissionspräsident Thorn hat versprochen, daß von einer geplanten „humanitären“ El-Salvador-Hilfe der EG kein Cent die befreiten Gebiete erreichen soll. Ansonsten wollten die EG-Imperialisten die „Informationen“ nur „zur Kenntnis nehmen“. Offene Unterstützung der US-Interventionspolitik würde namentlich den sozialdemokratischen Regierungen die Möglichkeit abschneiden, über die Sozialistische Internationale Einfluß auf die Befreiungsbewegungen zu gewinnen.

soll beschleunigt werden. Während ZAPU-Chef und Kabinettsmitglied Nkomo dieses Vorgehen unterstützt, haben Teile der ZAPU-Guerillas sich nicht entwaffnen lassen.

Bis ins 21. Jh. „niederländisch“?

Die „Niederländischen“ Antillen – sechs Inseln vor der Küste Venezuelas, ca. 250 000 Einwohner – fordern ihre Unabhängigkeit. Auf einer Konferenz vom 16. bis 24.2. versuchten die Niederlande dagegen, eine zehnjährige „Übergangszeit“ durchzusetzen,

möglichst aber die Unabhängigkeit ins 21. Jh. zu verschieben. Denn: Die Königlich Niederländische Shell und andere haben die Antilleninseln in einen der größten Umschlagplätze für Öl verwandelt und kontrollieren darüber u.a. den venezolanischen Ölexport. Auch das westdeutsche Kapital schwärmt für die Kolonie, über die sich dank eines Doppelbesteuerungsabkommens so manches Grundstücks- und Anlagegeschäft in den USA abwickeln läßt. Innerhalb Lateinamerikas ist nur der westdeutsche Kapitalexport nach Brasilien noch höher.

Entwaldung des Himalaja-Vorgebirges

In der Tradition des britischen Kolonialismus beuten ausländische Konzerne und indische Kapitalisten die Wälder des Himalaja-Vorgebirges aus. Sinkende Wasseraufnahmefähigkeit für den Monsunregen führen zu heftigen Überschwemmungskatastrophen in der Gangesebene. Da der Boden ohne Baumbewuchs das Wasser nicht hält, dürrt die Bergwelt systematisch aus. Die seit 1973 gegen den Waldraubbau kämpfende „Chipko-Bewegung“ fordert: Keine weitflächigen Rodungen durch Großunternehmen, Ausrichtung der Forstwirtschaft auf die Bedürfnisse der anwohnenden Bevölkerung.

Euzkadi: Generalstreik gegen Foltermord

Auf den Tod des ETA-Mitglieds José Arregui unter Polizeifolter hat ganz Euzkadi (Baskenland) am 16.2. mit einem Generalstreik geantwortet. Die spanischen Zeitungen meldeten eine Beteiligung zwischen 95 und 100%, auch Händler und Handwerker schlossen ihre Läden. Mit Ausnahme der Regierungspartei UCD und der rechten Volksallianz hatten alle Parteien und Gewerkschaften in Euzkadi zu

dem Streik aufgerufen. In Bilbao, San Sebastián, Vitoria und Pamplona demonstrierten insgesamt fast 120 000 Menschen, die Mehrheit davon in den Zügen der Partei Herri Batasuna, die der bewaffneten Organisation ETA-militär nahesteht. ETA-militär hatte kurz zuvor einen KKW-Ingenieur erschossen. Die Spekulation der spanischen Regierung, die baskische Nationalbewegung über die unterschiedliche

Beurteilung dieser Aktion dauerhaft spalten zu können, ist gründlich fehlgeschlagen.

Der Foltermord an Arregui war die absehbare Folge des „Antiterrorismusgesetzes“, das am 1.12. – mit den Stimmen der bürgerlichen Arbeiterparteien PCE und PSOE – verabschiedet worden ist. Danach kann die Polizei verhaftete „Terroristen“ zehn Tage „verhören“, bevor sie dem Richter vorgeführt werden müssen. Arregui starb am neunten Tag nach Festnahme.

Der Tod Arreguis hat gezeigt, wie dringend die Forderung nach Säuberung des fast bruchlos von Franco übernommenen Polizei- und Militärapparates ist. Mehrere hundert faschistische Polizeioffiziere erklärten aus „Solidarität“ mit den Folterern ihren Rücktritt, was einer Meuterei nahekam. Auf Anraten der Generalität haben sie – außer sieben – den Versetzungsantrag wieder zurückgenommen. Die spanische herrschende Klasse braucht sie noch.

Österreich: Bauerndemonstration

Über 300 Bauern demonstrierten am 23.2. auf Aufruf des Allgemeinen Österreichischen Bauernverbandes (AÖBV) zum Sitz der Regierung in Wien. Sie fordern die Erhöhung der Preise für alle Agrarprodukte um 20%. Auf ihrem Transparent stand u.a.: „Präsident, geh nach Polen, wir werden uns dafür Walesa holen“ und „Schuft um einen Hungerlohn“. Der Bundesobmann des AÖBV Riautsnig wies darauf hin, daß die Einkünfte der Bauern nur 50% der Industrielöhne ausmachen, und die Arbeiter selbst haben schon Hungerlöhne. Riautsnig betonte, wenn die Regierung den Forderungen nicht nachkommen sollte, werde es „zu härterem Widerstand gegen die Ausbeutungspolitik kommen“.



Imperialisten wollen alle Schranken für Waren- und Kapitalexport einreißen

Zwischen Peru und Ecuador ist es Ende Januar zu einem Grenzkrieg gekommen. Ecuador beansprucht im Amazonasgebiet rund 200 000 qkm vermutlich ölreichen Landes, die es 1942 aufgrund einer US-„Schlichtung“ an Peru hatte abtreten müssen. Die Zusammenstöße haben den damaligen Garantiemächten, an der Spitze also den USA, ermöglicht, sich jetzt zu Hütern eines Waffenstillstands aufzuschwingen.

Der Grenzkonflikt bedeutet eine weitere Erschütterung des Andenpakts, dem beide Länder – zusammen mit Venezuela, Kolumbien und Bolivien – angehören. Bolivien hat Ende 1980 seinen Austritt „angekündigt“, nachdem die anderen Mitglieder den Militärputsch vom Juli mehrfach verurteilt hatten. Wie schon beim Austritt Chiles 1976 geht es dabei darum, daß die imperialistischen Konzerne die Schranken, die der Pakt ihrer „freien“ Betätigung auferlegt hat, mit Hilfe der Militärdiktatur vollständig niederreißen wollen. Im Januar meldete das „Handelsblatt“, daß „ausländische Beobachter in Bolivien ungeduldig das neue Investitionsgesetz“ erwarteten. Wenige Monate vor der Zuspitzung des Konflikts mit Ecuador hatte die peruanische Regierung die gemeinsamen

Investitionsbestimmungen heftig angegriffen und einseitig die Zölle gegenüber Drittländern gesenkt, was auch die Exporte Ecuadors nach Peru beeinträchtigt.

Der Pakt war 1969 gegründet worden, um durch Schaffung eines gemeinsamen Marktes (mit jetzt 70 Mio. Einwohnern), einheitlichen Außenzoll und arbeitsteilige Industrialisierungsprogramme die Entwicklung der nationalen Wirtschaften, freilich in kapitalistischer Form, zu fördern. Bislang sind etwa $\frac{3}{4}$ der Zölle zwischen den Mitgliedsländern beseitigt, der Paktbinnenhandel stieg von 1969 bis 1979 um mehr als das Zwölfwache auf 1,2 Mrd. \$, sein Anteil an der Gesamtausfuhr beträgt jetzt 6% (1969: 2,1%). Der besonders niedrige Entwicklungsstand Boliviens und Ecuadors wurde durch Sonderbestimmungen (u.a. rasche Zollbefreiung für Produkte aus diesen beiden Ländern) berücksichtigt. In gemeinsamen Industrialisierungsplänen, so u.a. für Metallverarbeitung, Petrochemie und Autos, wurden den einzelnen Mitgliedsstaaten bestimmte Produktionen zugeteilt, bei Autos z.B. Bolivien die Produktion von Klein-Lkws, für die ein Außenzoll von 70% festgesetzt wurde. Ein erheblicher Teil dieser

Programme sollte aber durch Direktinvestitionen imperialistischer Konzerne verwirklicht werden, in der Metallverarbeitung z.B. 50% der gesamten geplanten Investitionssumme. Ohnehin beherrschten ausländische Firmen 1971 in Kolumbien 56% und in Peru 41% der Industrieproduktion. Die Unterhöhlung der gemeinsamen Investitionsbestimmungen war so von vornherein angelegt.

In ihrer ersten Fassung von 1970 sahen diese Vorschriften – die ersten überstaatlichen in der Dritten Welt – Verbot von Auslandsinvestitionen in einigen Wirtschaftszweigen (u.a. Versorgungsunternehmen) vor, der jährliche Profittransfer wurde auf 14% des Kapitals beschränkt, die Übertragung der Mehrheitsanteile an einheimisches Kapital innerhalb von 10 bzw. 15 Jahren vorgeschrieben. Im Zusammenhang mit dem Austritt Chiles konnten die Imperialisten 1976 bereits eine erhebliche Aufweichung dieser Regeln durchsetzen. Der zulässige Profittransfer wurde auf 20% erhöht, der Bergbau dem Auslandskapital wieder geöffnet, für Export- und Tourismusunternehmen die „Nationalisierungs“-Pflicht beseitigt. Die Verflechtung von Teilen der einheimischen Bourgeoisie (und des Staatsapparates) mit imperialistischen Kapitalexporthen hat auf den Pakt immer wieder wie Sprengstoff gewirkt. Weitere Lockerung der Investitionsvorschriften und Aufgabe der Schutzzölle gegen den imperialistischen Warenexport würde seine Existenz in Frage stellen.

	Bolivien	Ecuador	Kolumbien	Peru	Venezuela	Andenp. insg.
Einwohner (in 1000) ...	5 140	7 810	25 640	17 293	13 122	69 005
Fläche (in 1000 m ²) ...	1 099	284	1 139	1 285	912	4 719
Bevölkerungsdichte	4,7	27,5	22,5	13,5	14,4	14,6
Lebenserw. b. Geburt ..	52	60	62	56	66	60,3
Erwerbstätig in der						
– Landwirtschaft (%) ..	51	46	30	39	20	34
– Industrie (%)	24	25	23	21	27	24
Bruttosoz.pr. (Mio. \$) ..	2 690	6 890	21 790	12 440	40 710	84 520
– pro Kopf (in \$)	523	882	850	719	3 102	1 225
Export (Mio. \$)	723,7	1 490,7	2 569,1	1 940,7	9 207,9	15 932,1
– davon USA (%)	31,2	44,9	30,3	32,5	35,3	34,9
– davon BRD (%)	4,8	5,5	26,3	3,9	.	12,9 ¹
– dav. Andenp. (%) ² ..	1,2	13,7	10,3	4,4	3,1	4,7
Importe (Mio. \$)	806,9	1 630,2	3 413	1 600,5	10 422,3	17 872
– davon USA (%)	27,6	37,5	35,7	34,4	40,1	38,0
– davon BRD (%)	9,4	8,4	7,7	7,4	10,7	9,6
Ausl. Direktinv. 1967 ³ ..	128,5	82,0	728,0	787,4	5 470,8	7 196,7
Ausl. Direktinv. 1978 ³ ..	.	880	1 465 ⁴	2 000	3 647 ⁴	7 992 ^{4, 5}
– davon USA (%)	46	53,5	70	58	.
Auslandsverschuld.	1 666	1 563	2 833	5 367	6 921	18 350
Schuldendienstquote ⁶ ..	48,7	11,7	9,8	31,1	6,9	12,7

Daten ohne Jahresangabe für 1978. 1) ohne Venezuela. 2) 1977. 3) Bestand Jahresende in Mio. \$. 4) eig. Berechnung nach nat. und US-Angaben. 5) ohne Bolivien. 6) Schuldendienst in % der Exporteinnahmen.
Quellen: Fischer Weltalmanach 1980, 1981; I.Lloyds Bank. Economic Report, versch. Ausg.; Weltbank, World Development Report, 1980; Survey of Current Business 8/1980

Südafrika Trotz Unterdrückung fortgesetzte Streiks

Ende Januar hat das südafrikanische Rassistenregime den neuen Präsidenten und den neuen Vizepräsidenten der schwarzen Medienarbeitergewerkschaft MWASA für drei Jahre „gebannt“. Die Gewerkschaftsfunktionäre stehen damit unter Hausarrest, können ihren Beruf nicht ausüben und dürfen an keinen Versammlungen teilnehmen. Am 29.12.1980 war schon die bisherige Führung der Gewerkschaft „gebannt“ worden. Mit der brutalen Verfolgung reagiert das Regime auf die Erfolge dieser Gewerkschaft, die erst im letzten Oktober aus einer schwarzen Journalistenvereinigung zu einer Gewerkschaft gemacht wurde, die alle azanischen Beschäftigten in den Medien – Journalisten, Setzer, Auslieferungsfahrer – organisiert. In einem zweimonatigen Streik im November/-Dezember gegen den Argus-Pressekon-

zern, der die Interessen des britischen Kapitals und des Anglo American-Bergbaukonzerns vertritt und den Zeitungsmarkt für die azanischen Massen monopolisiert hat, erzwang die MWASA Lohnerhöhungen und ihre Anerkennung als Gewerkschaft.

Der Argus-Konzern, liberales Sprachrohr des Finanzkapitals und sonst nicht zimperlich mit Kritik an der Apartheid-Politik und an der Unterdrückung der azanischen Gewerkschaftsbewegung, ging mit den erprobten Mitteln der Rassisten gegen den Streik vor; die weiße Journalistenunion verweigerte Streikunterstützung. Der Streik beschleunigte die Klärung der politischen Fronten in Südafrika. Er versetzte den Versuchen des Siedlerregimes, durch Züchtung einer privilegierten schwarzen Mittelschicht einen Puffer gegen den Befreiungskampf der azanischen Massen zu schaffen, einen Schlag: Die Journalisten streikten zusammen mit den Arbeitern. Die Regierung verordnete nach Streikende die Schließung der Argus-Blätter für die azanische Bevölkerung.

Trotz der umfassenden Unterdrückung – ein verschärftes Gewerkschaftsgesetz steht vor der Verabschiedung – reißen die Streiks nicht ab. Drei Tage streikten 1500 Arbeiter des US-Reifenkonzerns Firestone in Port Elizabeth gegen schlechtere Rentenregelungen; der Konzern reagierte mit 1000 Entlassungen. Im Februar legten die Arbeiter von Coates (britisches Kapital) zum zweiten Mal in diesem Jahr gegen die Kündigung von sechs Gewerkschaftern die Arbeit nieder.

Angola Angriffsziel für Südafrika und USA

Er werde die UNITA gegen die von der MPLA/PT (Arbeiterpartei) geführte Regierung Angolas militärisch unterstützen, hatte Reagan im Präsidentschaftswahlkampf verkündet. Schon im Juni 1980 hatte der US-Senat für die Aufhebung einer Verordnung votiert, die dem CIA nicht vom Kongreß gebilligte Operationen gegen Angola untersagte.

Daß Südafrika die jüngste Namibia-Konferenz mit Reagans Rücken- deckung platzen ließ, macht zusätzlichen Druck auf Angola, das den SWAPO-Befreiungskämpfern die Logistik für ihre Operationen in Namibia gewährt. 22 Luftbombardements, 23 Hubschrauberangriffe, sieben Artillerieangriffe und sieben Kommandoaktionen gegen Angola allein im 3. Quartal 1980 gehen auf das Konto des südafrikanischen Rassistenregimes. Die

sich abzeichnende Gegenoffensive der USA und Südafrikas gegen die Befreiung des südlichen Afrika wird vor allem Angola treffen.

Es erleichtert den westlichen Imperialisten die fortgesetzte Einmischung und Aggression, daß mit der Unabhängigkeit Angolas 1975 der Zusammenschluß der Befreiungsorganisationen zerbrach und die MPLA mithilfe kubanischer Truppen die UNITA und FNLA im Bürgerkrieg besiegte, statt die Widersprüche unter den Volksmassen durch ein Programm der nationalen Einheit zu lösen. Immer noch operiert die UNITA mit Unterstützung Südafrikas in Zentralangola, wo die Landwirtschaft darniederliegt und 500000 Menschen bei der Guerillakämpfung umgesiedelt wurden. Hauptangriffsziel der UNITA ist die Benguela-Bahn, die in den letzten Jahren nur zu einem Bruchteil ihrer Transportkapazität genutzt werden konnte; Zaire muß deswegen sein Kupfer über Südafrika exportieren. 1981 soll die Bahn wieder 70% ihrer früheren Kapazität transportieren.



Opfer eines südafrikanischen Angriffs

Die hohen Verteidigungslasten und die Stationierungskosten für die kubanischen Truppen haben den Wiederaufbau des Landes zurückgeworfen. Im Dezember 1980 stellte der Parteikongreß der MPLA/PT fest, daß das angestrebte Produktionsniveau von 1972 – vor der Befreiung – noch nicht wieder erreicht ist. Das Lebensniveau der Bevölkerung hat sich nicht verbessert, wenn auch im Gesundheits- und Erziehungswesen Fortschritte gemacht wurden – viermal soviel Schüler wie 1973 besuchen eine Grundschule. Mais-, Getreide- und Fleischerzeugung können den Bedarf der 6,9 Mio. Einwohner, die zu 85% von der Landwirtschaft leben, noch nicht decken. Deshalb legen die neuen Staatspläne bis 1985 Priorität auf die Förderung der Landwirtschaft.

Die enge Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten und der Dritten Welt hat bislang verhindert, daß Angola in vollständige Abhängigkeit vom Sozialimperialismus geraten ist. 62% der Ausfuhren Angolas gingen 1977 in an-

dere Entwicklungsländer, 38% in die imperialistischen Länder des Westens. Auch wenn Angola inzwischen Antrag auf RGW-Mitgliedschaft gestellt hat, dürften sich die Anteile nicht wesentlich verschoben haben. Bei der Erschließung seiner Ölvorkommen stützt sich Angola, das den früheren Gulf Oil-Besitz verstaatlicht hat, auf die algerische Ölgesellschaft Sonatrach und die brasilianische Petrobras. Der Ölexport liefert über die Hälfte der Exporteinnahmen (1980: 1,2 Mrd. \$).

Die Entwicklungskonferenz für das südliche Afrika (SADCC), der Angola mit acht anderen Staaten angehört, soll die Unabhängigkeit dieser Staaten vom südafrikanischen Rassistenregime fördern. Mit Mosambique, Sambia, Tansania und Zaire hat Angola Verteidigungs- bzw. Sicherheitsabkommen geschlossen. Der angolische Ministerpräsident erklärte, die kubanischen Truppen könnten mit der Unabhängigkeit Namibias Angola verlassen. Fraglich, ob die Sozialimperialisten ihre Stellung so leicht räumen.

Kampuchea Verhandlungen über Einheitsfront

Anfang Februar hat Samdech Sihanouk erstmals seine Bereitschaft erklärt, mit der Regierung des Demokratischen Kampuchea eine Einheitsfront gegen die vietnamesischen Aggressoren zu bilden. Son Sann, Führer der etwa 3000 Mann starken nationalistischen Befreiungsbewegung KPNLF und früherer kampucheanischer Ministerpräsident, stimmte ebenfalls einer Einheitsfront zu. Für Ende Februar waren erste Gespräche zwischen einer Regierungsdelegation des Demokratischen Kampuchea und Sihanouk angesetzt.

Damit sind die Intrigen der westlichen Imperialisten, durch die Schaffung einer „dritten Kraft“ in Kampuchea mit dem Aushängeschild Sihanouk den Widerstandskampf gegen die vietnamesischen Aggressoren zu spalten und die von der KP Kampuchea geführte Regierung des Demokratischen Kampuchea im Lande und international zu isolieren, vorerst gescheitert. Die militärische Stärke der kampucheanischen Nationalarmee und der Roten Khmer-Guerillas, die seit der vietnamesischen Invasion Ende 1978 ununterbrochen den bewaffneten Widerstandskampf geführt und die befreiten Gebiete ausgeweitet haben und inzwischen im ganzen Land operieren, hat die Führer der anderen politischen Strömungen des Widerstandes zur Zusammenarbeit gezwungen. Auf dem Schlachtfeld hatte sich diese Koopera-

tion in den letzten Monaten schon praktisch hergestellt. Die Erfolge des Demokratischen Kampuchea, unterstützt von der VR China und der ASEAN, haben auch international den Bestrebungen für eine „dritte Kraft“ den Boden entzogen, wenn auch z.B. Großbritannien und Australien noch in letzter Zeit die Beziehungen zum Demokratischen Kampuchea abgebrochen haben.

Die Regierung des Demokratischen Kampuchea hatte schon wenige Monate nach der vietnamesischen Invasion den Vorschlag einer Einheitsfront veröffentlicht, deren nächste Ziele sein sollten: Vertreibung der vietnamesischen Aggressoren und Errichtung eines unabhängigen demokratischen Staates, der auch das Privateigentum an Produktionsmitteln garantiert. Die KP Kampuchea geht davon aus, daß durch die vietnamesische Aggression die Bedingungen für den sofortigen Übergang zum Sozialismus nicht mehr gegeben sind (Jeng Sary, in: Far Eastern Economic Review, 5.12.80). Khieu Samphan betonte, daß es auch „unter den gegenwärtigen internationalen Bedingungen ... keinen anderen Weg“ gebe (Xinhua, 11.2.81). Die Politik des Demokratischen Kampuchea hat also den Weg für eine Einheitsfront geebnet, in der es allerdings noch tiefe Widersprüche gibt.



Denn Sihanouk stellt für ein Zusammengehen u.a. folgende Bedingungen: Beibehaltung der getrennten militärischen Führung der Befreiungsorganisationen, Entwaffnung aller Verbände nach Abzug der Vietnamesen und Kontrolle Kampuchea durch eine internationale Friedensstruppe. Das Ziel, die KP Kampuchea und ihre militärischen Verbände zu isolieren, werden Kräfte wie Sihanouk, der noch vor einem Jahr lieber mit den Vietnamesen als dem Demokratischen Kampuchea zusammengehen wollte, in der Einheitsfront weiterverfolgen. Seine letztgenannte Bedingung würde die fortgesetzte imperialistische Einmischung in Kampuchea erlauben.

Bergarbeiterstreik

Die britische Regierung muß zurückweichen — Schatten von 1972



Demonstration streikender Bergarbeiter

Zwei Tage hatten die Bergleute in Wales und Kent gestreikt, ein Streik aller 230000 britischen Bergarbeiter stand unmittelbar bevor, da mußte die Regierung Thatcher am 18.2. ihr Zechenstilllegungsprogramm zurücknehmen.

Das staatliche National Coal Board (NCB) hatte am 9. Februar bekanntgegeben, es müsse mindestens 25 „unprofitable“ Bergwerke stilllegen. In diesen Bergwerken arbeiten zur Zeit mehr als 20000 Bergleute.

Es werde zuviel Kohle produziert, gab Sir Derek Ezra, Vorsitzender des NCB, bekannt. Die Produktion müsse um etwa 10 Mio. t pro Jahr gesenkt werden. Die Finanzrichtlinien der Regierung für das NCB ließen nichts anderes zu.

Die Bergarbeiter waren empört über die Frechheit der Maßnahmen und ihre Begründung. Erst vor vier Jahren hatte das NCB gegen den Widerstand der Mehrheit der Gewerkschaft ein sogenanntes Produktivitätsprogramm durchgesetzt, das die Löhne der Bergleute zum größten Teil in Akkordlöhne verwandelte. Mit der Akkordtreiberei setzte das NCB so bei gesunkener Belegschaftsstärke z.B. eine Produktionserhöhung von 105 Mio. t 1979 auf 110,5 Mio. t 1980 durch. Das wurde mit der nötigen „Rettung der Kohleindustrie“ begründet, jetzt dient die erhöhte Produktion zur Begründung der Zechenschließung.

Obwohl laut Satzung der Bergleutengewerkschaft NUM kein Bergleutestreik ohne vorherige allgemeine Urabstimmung ausgerufen werden kann, beschloß die Delegiertenkonferenz der walisischen Bergleute am Montag, dem 16. Februar, den Streik, den die 26000 walisischen Arbeiter am gleichen Abend begannen. 3000 Arbeiter in den drei Gruben bei Dover schlossen sich an. Streikbeschlüsse wurden auch in

North Derbyshire, Yorkshire und Schottland gefaßt bzw. angekündigt.

Doch bevor der Generalrat einen Beschluß über die allgemeine Urabstimmung fassen konnte, lud Premierministerin Thatcher zu Gesprächen am Mittwoch abend. Eine Woche vorher hatte sie noch im Parlament gesagt: „Wir werden an den Festlegungen (der Stilllegungen) festhalten.“ Aber bei der Krisensitzung hob sie die Finanzrichtlinie für das Kohlemonopol auf, und dessen Vorsitzender Ezra erklärte den Stilllegungsplan für null und nichtig.

Bevor neue Pläne für Zechenschließungen gemacht werden, will das NCB mit der Gewerkschaft darüber verhandeln. Die Bergarbeiter beendigten die Streiks in einigen Gebieten zögernd.

„Zumindestens inkompetent“ sei die Regierung gewesen, schalt die Presse am Tag nach der Kapitulation. Zu deutlich war ihr die Erinnerung an 1972 anzumerken, als die Bergarbeiter die Regierung Heath zu Fall brachten.

Italien

Gewerkschaftsforderung zur Arbeitsvermittlung

Anfang letzten Monats haben in Rom über 10000 für die Reform der Arbeitsvermittlung demonstriert, größtenteils Arbeitslose aus Süditalien. Bei der Beratung eines Gesetzentwurfs dazu haben Regierung und DC Änderungsanträge eingebracht, die den Druck, der von einer Arbeitslosenzahl von jetzt 1,8 Mio. (7,7%) auf den Lohn ausgeht, noch verstärken sollen. Auch dagegen richtete sich der nach Regionen „rotierende“ vierstündige Generalstreik, zu dem die Gewerkschaften in

den letzten beiden Wochen aufgerufen hatten.

Zwar gelten seit Jahrzehnten Gesetze, nach denen sich die Kapitalisten neu einzustellende Arbeiter nicht nach Belieben aussuchen dürfen, sondern nach Ranglisten der Arbeitsämter einstellen müssen. Die Listen werden nach Dauer der Arbeitslosigkeit, Familienstand usw. aufgestellt. Aber praktisch können die Kapitalisten diese Vorschriften fortwährend unterlaufen, teils, weil schon im Gesetz Ausnahmen vorgesehen sind, teils, weil die staatliche Arbeitsvermittlung den Bruch der von der Arbeiterbewegung erkämpften Gesetze duldet. Die Folge sind regelrechte Niedriglohnbetriebe, wo auf Grund von „Empfehlungen“ der örtlichen DC-Parteiorganisation eingestellt wird. Die Gewerkschaften fordern, Ausnahmen von der obligatorischen Arbeitsvermittlung künftig nur noch auf Grund tariflicher Vereinbarungen zuzulassen. Stattdessen will die Regierung den schon im ursprünglichen Gesetzentwurf erweiterten Ausnahmekatalog uferlos ausdehnen. In den Kontrollausschüssen auf Bezirksebene soll den Gewerkschaften weiterhin nur die Minderheit der Sitze (sechs von 14) zugestanden werden.

Wenn die Kapitalisten Massenentlassungen nicht durchsetzen konnten, haben sie – wie jüngst bei Fiat – zigarettausende Arbeiter auf Kurzarbeitergeld (80% des Lohns) gesetzt. Faktisch wird Kurzarbeitergeld – das erheblich höher als das mit 800 Lire (16 DM) täglich lächerliche und auf ein halbes Jahr beschränkte Arbeitslosengeld ist – oft jahrelang gezahlt. Jetzt soll die Höchstdauer auf zwei Jahre festgesetzt und danach die Leistungen vierteljährlich um 10% gekürzt werden. Zudem können Kurzarbeiter nach dem Entwurf künftig zu „sozial nützlichen Arbeiten“ zwangsweise herangezogen werden (allerdings zu 90% des ursprünglichen Lohns).

Der ursprüngliche Entwurf sah vor – und in diesem Punkt hatten die Gewerkschaften zugestimmt –, daß „Kurzarbeiter“ zur Vermittlung an andere Betriebe auf „Mobilitätslisten“ gesetzt werden konnten, bei Nichteinstellung nach zwei Jahren aber wieder im ursprünglichen Betrieb beschäftigt werden mußten. Letzteres will die Regierung jetzt streichen.

Eine Schwäche der Gewerkschaftsforderungen ist, daß weder Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung noch Selbstverwaltung der Versicherung (die Beiträge zahlen schon bisher die Kapitalisten) gefordert wird. Freilich sind ohnehin fast die Hälfte der Arbeitslosen noch nie beschäftigt und also auch nicht versichert gewesen. Erstmals erheben die Gewerkschaften dagegen jetzt die Forderung nach einer Unterstützung für jugendliche Arbeitslose.

VR Polen

In der Krise wird die Durchsetzung des Gdańsker Abkommens schwieriger

Die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei hat die Regierung umgebildet. Nachdem ihr Erster Sekretär Kania dafür gesprochen hatte, die am 31. August mit dem überbetrieblichen Streikkomitee der Leninwerft in Gdansk vereinbarten 21 Punkte zu ändern, trat der neue Ministerpräsident Jaruzelski mit einem Zehnpunkteprogramm zur Durchführung dringender wirtschaftlicher Maßnahmen an. Die Regierung ist entschlossen, auf dieser Grundlage zu handeln. Die Billigung durch den zunächst für Anfang April geplanten

kann jetzt feststellen, daß die Regierung in der Auseinandersetzung mit den verschiedenen Volksbewegungen so operiert hat, daß einige Forderungen sozusagen übererfüllt erscheinen, was die Unzufriedenheit innerhalb des Landes gedämpft hat. Die 21 Punkte enthielten die Forderung, daß früher von der Universität verwiesene Studenten wieder aufgenommen werden sollten. Die jetzt zugestandenen Rechte gehen weiter. Sie ermöglichen den Studenten, unabhängige Organisationen zu bilden und zu streiken in Verbin-



Der stellvertretende Ministerpräsident Jagielski und der Vertreter des Streikkomitees Walesa bei den Verhandlungen über die 21 Punkte

Parteitag der PVAP steht dahin, dieser ist vorerst verschoben.

Die Gewerkschaft „Solidarität“ führt die Debatte darum, wie der Kampf um die Verwirklichung aller Punkte fortgeführt werden soll. Vor allem diejenigen sind nicht erfüllt, die sich auf die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiter beziehen und die Kosten. Dazu gehören automatischer Lohnanstieg korrelativ zur Preissteigerung und zum Absinken des Geldwertes, Herabsetzung des Rentenalters, Zahlung von Rente für Frauen und Männer nach 30 bzw. 35 Arbeitsjahren, Angleichung der Altrenten an die gegenwärtig gezahlten Renten, drei Jahre bezahlter Mutterschaftsurlaub, Anhebung der Tagegelder, Trennungszuschlag, Angleichung der Familienzuschläge an diejenigen, die der Miliz, dem Sicherheitsdienst und dem Parteiapparat gezahlt werden, arbeitsfrei an allen Samstagen.

Demgegenüber sind solche Punkte, die sich auf die Garantie von Rechten beziehen, weitgehend erfüllt. Man

dung mit dem Instrumentarium einer Vollversammlungsdemokratie, Rechte also, die der westdeutschen Studentenbewegung nie garantiert worden sind. Zur Lage der Bauern stand direkt nichts in den 21 Punkten. Aber in das zusätzliche Protokoll war aufgenommen worden, das überbetriebliche Streikkomitee verlange „kontinuierliche Perspektiven für die Entwicklung des bäuerlichen Familienbetriebes, der Grundlage der polnischen Landwirtschaft durch Zugang zu allen Produktionsmitteln einschließlich Grund und Boden“. Die Vereinbarung der Regierung mit den Bauern umfaßt diese Punkte. Es wird sich erst herausstellen, ob Jaruzelski einen neuen Plan zur Enteignung der Bauern verfolgt. Offen ist noch, wie weit die Regierung der Kirche entgegenkommt. In Punkt 3 der Vereinbarung wurde gefordert: „Zugang zu den Massenmedien für die Vertreter aller Glaubensgemeinschaften.“ Schon in dieser allgemeinen Formulierung ließ sich die Forderung kaum als Kampf für die Freiheit der Religionsausübung auslegen. Im Zu-

satzprotokoll erwies sie sich als von der katholischen Kirche in das Aktionsprogramm der Arbeiterbewegung hineingedruckte Forderung: „Im Rahmen einer detaillierten Vereinbarung mit dem Episkopat sichert die Regierung die Rundfunkübertragung der Sonntagsmesse zu.“

Überhaupt nicht erfüllt ist der Punkt 10: „Sicherstellung der vollen Versor-



Delegation der Deutschen Bischofskonferenz 1980 in Polen

gung des Binnenmarktes mit Lebensmitteln, Exporte nur aus Überschüssen.“

Die westlichen Imperialisten halten seit Dezember 1980 die Entscheidung, ob sie Polen weitere Kredite zur Umschuldung und zu welchen Bedingungen geben, zurück. Während jetzt ihre Banken und Regierungen erneut Geheimverhandlungen darüber führten, machten sie in der bürgerlichen Presse Stimmung dafür, die polnische Regierung zu zwingen, als Vorleistung den Lebensstandard der Arbeiter zu senken. Sie wünschen sowohl Sicherheiten für die Rückzahlung ihrer Kredite und der bei jeder Neuvergabe hochgeschraubten Zinsen, wie sie auch bei Erörterung einer möglichen Intervention der UdSSR zunächst die Sicherung ihres Eigentums interessiert. Damit üben



sie Druck auf die Kämpfe der Arbeiterbewegung in Polen aus. Die UdSSR, obwohl Hauptausbeuter des Landes, kann sich in der Lage in ein besseres Licht setzen. Sie hat bereits Rückzahlungsaufschub zugesichert sowie Polens Lieferverpflichtungen an Steinkohle, Kupfer, Schwefelsäure und anderen Rohstoffen sowie an Lebensmitteln und Textilien gesenkt.

Zehnpunkteprogramm der Regierung (Auszug aus der Rede Jaruzelskis)

„Im Verlauf unserer gegenwärtigen Arbeiten über den Plan und den Haushalt haben der Oberste Sejm und seine Kommissionen die tiefgehende Analyse der Bedingungen und Perspektiven der Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1981 vollendet. Wir sind uns voll bewußt, daß die schon erlittenen Verluste zu groß sind, als daß sich die weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage unverzüglich abwenden ließe. Das laufende Jahr wird kritisch sein, belastet mit drastischen Defiziten. Eben deswegen müssen wir sofort, beizeiten, alles tun, was möglich und notwendig ist, um danach zu trachten, wenn eine tiefere Phase der Depression eintritt, uns hindurchzuarbeiten zu einer widerstandsfähigeren und gesicherteren Formation. In Erwägung dessen konzentriert die Regierung ihre gegenwärtige Tätigkeit auf die Sachen, die ich dem Hohen Hause in einem Zehnpunkteprogramm vorlege:

Erstens – Versorgung der Bevölkerung mit grundlegenden Gütern, vor allem Lebensmitteln, Zusage einer gerechten, ergebnen gesellschaftlichen Kontrolle, Rationierung der nicht ausreichend vorhandenen Konsumgüter.

Zweitens – Verschärfung der Preiskontrolle der Waren im Einzelhandel und der Dienstleistungen, Verstärkung des Kampfes gegen die Spekulation.

Drittens – Milderung der am meisten aufgelaufenen Probleme des Gesundheitsschutzes, damit vornehmlich Versorgung mit den grundlegenden Arzneimitteln, Beschleunigung der Instandsetzung und des Baus von Krankenhäusern, Übertragung bewirtschafteter Objekte für die Zwecke des Gesundheitsdienstes, Verstärkung des Kampfes gegen pathologische gesellschaftliche Erscheinungen, insbesondere den Alkoholismus.

Viertens – Sicherung der Bedingungen zur Durchführung des Wohnungsbaus, Steigerung der Tätigkeit zur Verbesserung des Funktionierens der kommunalen Wirtschaft.

Fünftens – Verwirklichung der Grundsätze der sozialistischen Gerechtigkeit in der Gestaltung der Löhne und der anderen Einkommen der Bevölkerung, in der Politik der Sozialleistungen, im Zugang zu materiellen und kulturellen Gütern; Bekämpfung der Bereicherung, die dem



Ministerpräsident General Jaruzelski

gesellschaftlichen Zusammenleben zuwiderläuft, und des Strebens nach unbegründeten Privilegien, Umgeben der alten und gebrechlichen Menschen, der Veteranen des Kampfes und der Arbeit, mit besonderer Sorge.

Sechstens – Hemmung der Tendenzen zur Vererbung in der Landwirtschaft, gute Vorbereitung der Frühjahrskampagne, Sicherung der planmäßigen Lieferung von Produktionsmitteln; möglichst gute Bewirtschaftung der Böden in der Landwirtschaft.

Siebtens – Steigerung der Versorgung der Volkswirtschaft mit Material und Technologie; Erreichung eines Fortschritts in der sparsamen Verwendung der Rohstoffe, der Brennstoffe und der Energie; gemeinsam mit den Bergarbeitern Suchen nach organisatorisch-technischen Lösungen, die abzielen auf die Zunahme der Kohleförderung.

Achtens – Ordnen der Investitionsfront; Aufschub der Verwirklichung eines Teils der Investitionen sowie der Erhaltung scharfer Beschränkungen in der Inangriffnahme neuer Investitionen; Konzentration der Realisierung auf die Strukturen, mit denen wir am schnellsten die wichtigsten sozialen Wirkungen erhalten.

Neuntens – Durchführung der Exportaufgaben wie auch der Gestaltung des Imports entsprechend dem Plan, um die elementaren Bedürfnisse der Bevölkerung sowie der Wirtschaft zu befriedigen.

Zehntens – Erhöhung der Arbeitsdisziplin, Verbesserung der Arbeitsorganisation und Steigerung der Leistungsfähigkeit; Umqualifizierung und Umsetzung der Arbeiter in Übereinstimmung mit den sich ändernden Bedürfnissen der Wirtschaft.“
(eigene Übersetzung)



Rivera, Der Agitator. Landwirtschaftsschule Chapingo 1924—1927

Ausstellung

Mexikanische Wandmalerei: Versuch einer monumentalen Kunst für das Volk

„Stillos, aber stark in seinem Engagement“, urteilt das Handelsblatt über die Wandmalereien des Mexikaners Orozco, die bis 1. März erneut in Westberlin zu sehen waren. Also schwache Kunst, aber gute Zwecke? Behauptet wird, er male „grausame Revolutionäre und nackte Indio-Frauen, Azteken und Zeitgenossen“. Dabei handelt es sich bloß um wüste Vorstellungen des Kritikers „zum Austausch zwischen Deutschland und Mexiko“, die unter die Leute gebracht werden sollen.

Orozco arbeitete als Grafiker für die Zeitschrift „El Machete“, ab 1924 herausgegeben vom Syndikat der technischen Arbeiter, Maler und Bildhauer Mexikos, einer Vereinigung von Künstlern, die mit ihren Arbeiten die Bildung einer Einheitsfront von Arbeitern, Bauern und Soldaten propagierten. Sie waren außer der Kommunistischen Partei Mexikos (PCM) die einzige Organisation, die tätig wurde gegen die Spaltung von Arbeitern und Bauern, die von der bürgerlich-nationalistischen Führung nach der Revolution betrieben wurde. „El Machete“ wurde 1925 Zentralorgan der PCM.

In Abkehr von der bei der mexikanischen Bourgeoisie beliebten Portraitmalerei, aber auch von der abstrakten Kunst, schuf das Syndikat große Fresken auf öffentlichen Gebäuden. Sie sollten dem Volk zugänglich sein, um, wie Diego Rivera sagte, „als Wissensapparat zu dienen“ und den Massen zur sozialen Organisation zu helfen. Der Rückgriff auf die Mittel der Grafik kennzeichnete diese



Orozco, Aristokraten. Nationale Vorbereitungsschule 1926

Gruppe ebenso wie die 1937 im Kampf gegen den Faschismus gegründete Werkstatt für volkstümliche Grafik (TGP), die meist mit billig herzustellenden Linoldrucken große Auflagen ihrer Plakate und Flugblätter verbreitete.

Alle diese Produkte wenden sich gegen „das Malerische“, soweit es dazu benutzt wird, den Volksmassen eine Einheit mit der eigenen Bourgeoisie und dem Imperialismus vorzumachen. Unter der Regierung Cardenas erhielten Rivera und Orozco 1934 neue Aufträge für Wandbilder. Sie riefen

Skandale in der bürgerlichen Öffentlichkeit hervor.

Diese und andere Künstler haben einen Beitrag zur Erforschung der indianischen Kunst und der Anwendung ihrer Elemente geleistet und den Kampf der Indianer um Rückgabe ihres Gemeindelandes unterstützt. Ihre Bilder besitzen die größte Kraft, wenn sie in Untersuchung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Mexiko und in Unterstützung von Kämpfen gegen die Reaktion geschaffen sind, fad sind sie leider, wenn sie den Sozialismus positiv ausdrücken sollen.



Rivera, Mussolini und Hitler, 1933, zerstört

Kubas Geschichte aus Sklaven-Sicht

„Cimarrón“ hieß im kolonialen Kuba ein entfloherer Negerklave. Der 1860 geborene Esteban Montejo war als junger Mann „Cimarrón“. Mitte der 60er Jahre hat er über sein Leben von der Sklaverei bis zum Unabhängigkeitskrieg gegen Spanien (1895/98) erzählt. Seine Berichte wurden auf Tonband aufgenommen und als Buch veröffentlicht. Nur wenige Dokumente aus Lateinamerika vermitteln einen so lebendigen Eindruck von der Geschichte der arbeitenden Massen. Montejo berichtet vom Leben auf den Zuckerrohrplantagen, zunächst als Sklave, dann – nachdem ihm die Aufhebung der Sklaverei 1886 die Rückkehr aus den Bergen ermöglicht hatte – als Lohnarbeiter. Sein Bericht läßt erkennen, welch ungeheure Vernichtung von Produktivkräften die Verwandlung Kubas in eine „Zuckerinsel“ bedeutet hat. Die aus Afrika verschleppten Sklaven (50% der Bevölkerung Kubas) brachten die religiös gefaßten Produktionserfahrungen ihrer Stämme mit, konnten sie aber nicht im Ackerbau anwenden und entwickeln. Montejos Bericht zeigt auch, wie die Erinnerung an Afrika ideologischen Rückhalt im Kampf um die Freiheit gab. Prägnant faßt er die Triebkräfte des Unabhängigkeitskrieges zusammen: „Niemand wollte noch einmal die Fußschellen spüren, Dörrfleisch essen oder im Morgenrauen Zuckerrohr schneiden. Deshalb zogen sie in den Krieg.“

Miguel Barnet (Hrsg.): Der Cimarrón, Frankfurt 1976. Suhrkamp Taschenb. 346, 7 DM.

CIA und Sekten-selbstmord

Am 18. November hätten Hunderte von Mitgliedern der amerikanischen Sekte „People's Temple“, von Jim Jones in einem einstündigen Zeremoniell hochgeputzt, bereitwillig Zyankali geschluckt. So jedenfalls stand es in der Presse. Weit weniger Verbreitung sollen dagegen die Recherchen des amerikanischen Rechtsanwaltes Marvin Lewis finden. Vom „Stern“ als „zu heiß“ abgelehnt, wurden sie diesen Monat von der Journalistin Gaby Weber in einer Broschüre veröffentlicht. Der Kernpunkt: Die Schadenersatzklage von Lewis gegen die US-Regierung in Höhe von 3 Mio. \$, in der er behauptet: Der angeblich

che Massenselbstmord in Jonestown sei ein geplanter Massenmord gewesen. „Dem State Department war bekannt“, so Lewis in der Klageschrift, „daß es sich bei der Siedlung um eine verdeckte Aktion des CIA handelte – abgesegnet vom Nationalen Sicherheitsrat.“ Die Sekte sei für Drogenexperimente des CIA benutzt worden, wie auch zur militärischen und finanziellen Unterstützung des Burnham-Regimes in Guayana. Die Sekte selber sei mit Agenten, unter anderem Jim Jones, durchsetzt gewesen. Ihre Mitglieder seien mit den verschiedensten Methoden, wie Psychopharmaka und operativen Gehirnmanipulationen, zu menschlichen Robotern umfunktioniert gewesen, um im Rahmen des CIA-Programms „MK Ultra“ herauszufinden, wie eine Gruppe zum kollektiven Selbstmord getrieben werden könne. Geglückt sei das Programm allerdings nur zum Teil, da nur wenige Mitglieder das Zyankali geschluckt hätten; der größte Teil sei in den Dschungel geflüchtet. Am 21. November wurden angeblich auf Wunsch der guayanischen Regierung US-Truppen in Jonestown eingesetzt, um die vielen Leichen abzuholen. Sie erst, behauptet Lewis, hätten die meisten Sektenmitglieder erschossen. Der Beweis dafür wird in der Broschüre anhand verschiedener Indizien und Interviews zu führen versucht, allerdings sehr lückenhaft. Gestützt wird die Beweisführung vor allem durch eine Dokumentation des Drogenforschungsprogramms des CIA.

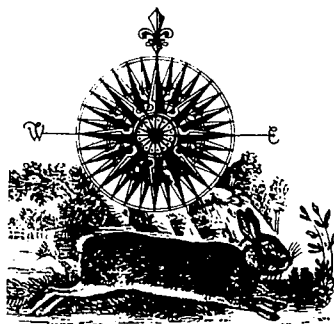
Gaby Weber, „CIA-Drogen-Gehirnwäsche / Das Gehirnwäscheprogramm der CIA“, Verlag Libertäre Association, Ottenser Hauptstr. 35, 2 Hamburg 50

Fabelhaft alternativ: „Watership Down“

Daß von der „alternativen“ Lebensphilosophie viel dem Reich der Fabel entlehnt ist, wußte man schon. Der Zeichentrickfilm „Watership Down“ – nach einem 1972 erschienen Buch des Briten Richard Adams – beweist, daß auch die Fabelwelt noch um Alternatives zu bereichern ist. Die Geschichte handelt von einer Gruppe Kaninchen, die sich vor einer vorerst nicht näher definierbaren Gefahr auf die Flucht ins „Land der Freiheit, des Friedens und allgemeinen Glücks“ (Klappentext des Buchs) begeben. Später stellt sich heraus, daß die Gefahr in einem Wohnungsbau-

projekt bestand; der zurückgebliebene Rest der Sippe fällt den Planieräulen zum Opfer. Inzwischen befinden sich die Ausgezogenen aber schon auf ihrer gefährvollen Reise, bedroht durch menschliche Schrotflinten, Autos und Eisenbahnen ebenso wie durch despotische Kaninchenfürsten, Hunde, Katzen, Füchse usw. Ein Hauptproblem ist, daß sich an dem Exodus nur Männchen beteiligen haben, für die geplante Assoziation freier Kaninchen jedoch die Herbeischaffung weiblicher Artgenossen unumgänglich erscheint. Nachdem ein Befreiungsversuch aus einem Kaninchenstall im letzten Moment gescheitert ist, wird einer aus der Gruppe in die Garde eines besonders tyrannischen Oberkaninchens infiltriert. Dank der Unterstützung einer weltläufigen Möwe, die in der deutschen Synchronfassung idiotischerweise mit polnischem Akzent spricht, gelingt die Massenflucht. Die Verfolger werden schließlich endgültig abgeschlagen, indem trickreich ein Hund auf sie gehetzt wird. Ihre Reste schließen sich der freiheitlichen Vereinigung an.

Eingeleitet wird der Film, wie es sich für den reichlich biblisch inspirierten Stoff gehört, durch eine Schöpfungsgeschichte. Der Sonnengott Frith sorgt, um der zügellosen Vermehrung der Kaninchen Schranken zu setzen, für reichlich Feinde und begabt die Gattung zum Ausgleich mit Schläue und Hasenfüßigkeit: „Die ganze Welt wird dein Feind sein, Fürst mit tausendfachen Feinden, und wann immer sie dich fangen, werden sie dich töten. Aber zuerst müssen sie dich fangen. Sei schlau und voller Listen, und dein Volk wird niemals vernichtet werden.“ Diese leidlich lustige Hohelied auf die Flucht vor schlechten Verhältnissen statt ihrer Änderung ist im Film mit teilweise ausgesprochen hübschen Zeichnungen illustriert.



Frankreich

Energieprogramm und Technologie

Mit mehreren Neu- bzw. Weiterentwicklungen auf dem Gebiet der Reaktortechnologie einerseits sowie der Suche nach neuen Verwendungsmöglichkeiten der Energie aus Kernkraftwerken versuchen die französischen Imperialisten, in ihren Autarkiestrebungen auf dem Gebiet der Energieversorgung voranzukommen. Vorbei die Rede von Kernenergie als Übergang und als Stromquelle zur Deckung der Grundlast. Vorbei die Zeiten, in denen die französischen Reaktoren in Lizenz des amerikanischen Konzerns Westinghouse gebaut wurden.

Der französische Strommonopolist Electricité de France (EDF) zusammen mit der Creusot-Loire-Tochter Framatome und der französischen Atomenergiebehörde (CEA) haben Größeres im Sinn. Auf 50% (gegenwärtig 20%) soll bis 1985 der Atomstromanteil in Frankreich erhöht werden, allein in den nächsten zwei Jahren sollen 18 neue Reaktoren den Betrieb aufnehmen. Der „nationale“ Anteil an der gesamten Energieproduktion Frankreichs ist von 45% (1973) auf 70% (1981) angestiegen. Bei Beibehaltung des gegenwärtigen Stromkundenkreises würde dieses Programm rasch an eine Grenze stoßen, und bereits im vergangenen Jahr mußten mehrere Reaktoren im Sommer abgeschaltet werden.

Doch parallel zum Ausbau des Kernenergieprogramms wird die Forschung zur Speicherung von Energie massiert. Es handelt sich dabei hauptsächlich um die Optimierung von Verfahren, bei denen umkehrbare chemische Reaktionen benutzt werden. Zum Beispiel kann man durch Energieaufwendung Silikaten Wasser entziehen, bei dessen Zugabe später umgekehrt Wärmeenergie wieder freigesetzt wird. Optimale Auslastung der verfügbaren Reaktorkapazität zu Zeiten geringen Energieverbrauchs und Speicherung der dabei produzierten Energie als Wärmeenergie ist ein wichtiger Zweck dieser Verfahren.

Darüberhinaus ist die Umwälzung ganzer Industriezweige, deren Energie- und Rohstoffbasis gegenwärtig noch das Erdöl ist, geplant. Ein Beispiel ist das Projekt der Elektrolyse von Wasser, also dessen Spaltung in Sauerstoff und Wasserstoff und somit die Herstellung von Wasserstoff für großindustrielle Prozesse, wie die Synthese von Ammoniak, einem wichtigen Vorprodukt der ganzen Stickstoffchemie und der Düngemittelproduktion, für die Stahlindustrie und für die geplanten Kohlehydrierungsprojekte, bei denen der erdgeschichtlich abgelaufene Vorgang des Übergangs zu immer wasserstoffärmeren Verbindungen (Holz – Erdöl – Erdgas – Kohle) umgekehrt und somit „synthetisches“ Benzin hergestellt werden soll.

Bis zu 45 000 MW Reaktorleistung, entsprechend ca. 40 Reaktoren, planen EDF und CEA bis zum Jahre 2000 damit auslasten zu können. Bisher wird dieser Wasserstoff fast ausschließlich aus der Raffinerie von Erdöl gewonnen.

Weiterhin plant die EDF, bestimmte Kernreaktoren entsprechend dem zeitlich variierenden Strombedarf mittels Fernsteuerung zu fahren, was bisher Pumpspeicherkraftwerken und Heizkraftwerken vorbehalten war. Das dabei auftretende Problem ist die weit höhere thermomechanische Beanspruchung insbesondere bei Druckwasserreaktoren, bei denen in letzter Zeit zunehmend Ribbildung in und unter der Plattierung des nicht rostfreien Stahls gefunden wird. Dennoch – nach dem Motto, wenn die es aushalten, dann hält es wohl jeder Reaktor aus – ist gerade einer der beiden Reaktoren in Fessenheim als Versuchsreaktor ausserkoren worden. (Le Monde, 18.1.81)

Begleitet, oder besser finanziert, wird das ganze durch eine Tarifpolitik der EDF, die darin besteht, „daß jeder Verbraucher die Kosten zu tragen hat, die er dem Produzenten und Verteiler verursacht“. In Zahlen heißt das, daß, so EDF, das Verhältnis der Produktionskosten pro KW Strom zwischen Sommer und Winter gegenwärtig 1:4 ist und bald 1:6 sein wird, ebenso wie zu bestimmten Tageszeiten, wo im Haushalt viel Energie gebraucht wird, die Produktionskosten stark ansteigen, da zusätzliche Kraftwerke angefahren werden müssen.

Der vorbereitende Bericht zum 8. Plan über die langfristige Energieversorgung weist die Richtung: „Die Erhöhung des Kernenergieanteils wird zur Folge haben, daß die industriellen Großenergieverbraucher aufgrund der Erhöhung der Tarife, mehr und mehr zu Nacharbeit bzw. zu Arbeit im Sommer und an Wochen-

enden übergehen werden.“ Die Gewerkschaften haben gegen dieses Ansinnen bereits ihren Widerstand angekündigt.

Da der Wirkungsgrad der Wärmeengewinnung für Haushalte und Büros auf dem Weg Reaktor – Heißdampf – elektrische Energie – Wärme recht gering und somit Öl- und anderen Zentralheizungssystemen nicht konkurrenzfähig, ist eine neue Generation von Reaktoren entwickelt worden. Mit einer Leistung von 100 – 200 MW sollen sie unmittelbar in Ballungsgebieten gebaut und das produzierte Heißwasser unmittelbar über Fernwärmenetze verteilt werden. Die Leistung von 100 MW entspricht etwa dem Wärmebedarf einer 100000-Einwohnerstadt, weshalb sich Framatome den Bau von mindestens 100 Reaktoren erhofft. Durch vollständige Auslegung in Edelstahl (im Gegensatz zu den 900 und 1300 MW-Reaktoren), sowie Beschränkung der Temperatur im Primärkreislauf auf 140°C und der Brennelemente selbst auf 700°C, erwartet die CEA die Genehmigung zur vollautomatischen Steuerung und Regelung dieser Reaktoren.

Die französischen Imperialisten setzen also auf die Kernenergie. Sie haben den gesamten Brennstoffkreislauf in der Hand, vom Abbau 100000 t eigener Uranerze im Lande, bzw. der Plünderung der Uranlager im Niger (deklariert als „national“) über die Anreicherung (Eurodif im Rhonetal), die Herstellung der Brennelemente, die Wiederaufbereitung (La Hague am Atlantik), bis zur Brütung von Plutonium in ihren Brutreaktoren Phenix und voraussichtlich ab 1985 Super-Phenix in Malville.

Mittelstreckenraketen

Die revolutionäre Linke tut sich noch schwer

Die Bourgeoisie unternimmt konzentrierte Anstrengungen, kriegsfähig zu werden, und stößt dabei zunehmend auf Widerstand. Ihre öffentlichen Rekrutenvereidigungen zum 25. Jahrestag der NATO-Mitgliedschaft bzw. der Bundeswehr konnten nur hinter einem Wall von Polizei durchgezogen werden. Gegen den NATO-Beschluß, US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa zu stationieren, formiert sich eine breite Front. Die DKP hat die Initiative zu einer Kampagne gegen die Stationierung ergriffen. Nicht nur die SPD, auch ihre Parlamentsfraktion ist in dieser Frage inzwischen zerrissen. Die Bedingungen entwickeln sich günstig, seit die Gewerkschaftsbewegung auf den Gewerkschaftstagen 1980, nach zahlreichen Debatten und Beschlüssen auf unteren Ebenen, Stellung bezog. Die Entschließung der IG Metall gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen (s. Pol. Ber. 1/80) blieb nicht die einzige:

HBV: „Ein Weiterdrehen an der Rüstungsschraube muß durch eine aktive Entspannungspolitik verhindert werden. Der 10. Ordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen verurteilt die Entscheidung der NATO, atomare Mittelstreckenraketen in Westeuropa zu stationieren ... Als Arbeitnehmer dieses Landes können wir es nicht tatenlos hinnehmen, daß die atomare Bedrohung in Europa weiter verschärft wird. Wir fordern den HBV-Vorstand auf, auf den DGB einzuwirken, daß er sich dafür einsetzt,

– daß die Stationierung der atomaren Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik Deutschland durch die Rücknahme der NATO-Beschlüsse doch noch verhindert wird. ...

– daß eine aktive Entspannungspolitik fortgesetzt wird mit dem Ziel, die Gefahr eines Krieges zu verhindern, ...

– daß eine endgültige Ächtung aller Atomwaffen auf dieser Erde erreicht wird ...“ (Aus: Entschließung 3, Abrüstung in Ost und West)

IG Druck und Papier: „Der Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier fordert die Bundesregierung auf, im Rahmen der NATO darauf hinzuwirken, den am 12. Dezember 1979 in Brüssel gefaßten Beschluß, „eurostrategische Atomwaffen“ in der Bundesrepublik Deutschland und anderen europäischen NATO-Staaten zu stationieren, aufzuheben und Maßnahmen für Abrüstungsverhandlungen zu ergreifen ...“ (Aus: Antrag „Abrüstung“)

ÖTV: „Der Hauptvorstand wird aufgefordert:

– sich an die Bundesregierung zu wenden, um sie aufzufordern, weitere konstruktive Vorschläge zur Fortführung der Entspannungspolitik sowie zu konkreten Abrüstungsschritten vorzulegen und alle anderen Vorschläge zur Abrüstung ernsthaft zu prüfen;

– sich für den Stopp und die schrittweise Senkung der Rüstungshaushalte der Staaten des Warschauer Paktes und der NATO um 10 Prozent einzusetzen, so daß die freiwerdenden Mittel für soziale Zwecke eingesetzt werden können ...“ (Antrag 264; als Material dazu wurde Antrag 265 angenommen: „Der Gewerkschaftstag der ÖTV verlangt von der Bundesregierung mit Entschiedenheit den Verzicht auf den Bau und die Stationierung von Mittelstreckenraketen in unserem Land ...“)

Zweifelloso, die Bourgeoisie hat die Stationierung der Mittelstreckenraketen noch lange nicht durchgesetzt. Aber ebenso zweifelloso ist die Bewegung gegenüber den Kriegsvorbereitungen, die mit der Wiederaufrüstung einsetzen, nicht in der Initiative, reagiert sie auf die einzelnen Maßnahmen, wo es immer dringlicher wird, den außen- und militärpolitischen Spielraum der Imperialisten durch weitergehende Forderungen einzuschränken, las-

sen die Appelle für „Entspannungspolitik“ oder „Abrüstung in Ost und West“ ihnen genau diesen Spielraum. Die revolutionäre Linke hätte ihrer Verantwortung bei der Klärung der weitergehenden Aufgaben der Anti-Kriegs-Bewegung nachzukommen. Wie tut sie dies?

Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD: „Unsere Stellung als diejenigen Menschen, die nicht das Geringste davon haben, wie oft die Erde vernichtet werden kann und wer der Sieger dieses Konkurrenzkampfes, sprich Krieges ist, kann nur lauten: Nein! Keine Stationierung der todbringenden atomaren Mittelstreckenraketen, laßt sie nicht in die Hände des deutschen Imperialismus fallen! Das ist auch die sicherste Gewähr, daß uns eines Tages nicht die Pötte der anderen auf den Kopf fallen ...“ (Kommunistische Arbeiterzeitung, Extrablatt, Dezember 1979)

Kommunistischer Bund: „Angesichts der bedeutenden militärischen Aufrüstung und damit der erhöhten Gefahr eines Dritten Weltkrieges wird es immer dringlicher, den Widerstand dagegen zu verbreiten und zu entfalten ... Allerdings geht es darum, für eine reale und wirkliche Abrüstung einzutreten. Es geht hierbei nicht nur um den Kampf gegen das atomare Wettrüsten seitens der USA und der SU – sondern es geht darum, den Aufbau eines strategischen Atomwaffenpotentials in Westeuropa (zu verhindern!) Dieser neuen Qualität muß entschieden begegnet werden!“ (Arbeiterkampf 168, 10.12.79)

Kommunistischer Bund Westdeutschland: „Der Kampf gegen die NATO, gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen ... muß gerade auch deshalb geführt werden, weil die Hegemonialpolitik der USA ein Hindernis ist für den Kampf der Völker Westeuropas gegen das Vormachtstreben und die Bedrohung durch den Sozialimperialismus ... Ohne Kampf gegen die Mitgliedschaft der BRD in der NATO, durch die die westdeutsche Monopollbourgeoisie ihre eigenen imperialistischen Interessen verfolgt, gerät der Kampf gegen das weltweite Vordringen und die Bedrohung durch den Sozialimperialismus unvermeidlich in das Schlepptau der US-Supermacht und auch der westdeutschen Monopollbourgeoisie ... Ohne aber das weltweite Vordringen der Sowjetunion anzugreifen und die Völker zu unterstützen, die bereits einen bewaffneten Kampf führen müssen, um ihre Souveränität gegenüber dem Sozialimperialismus zu verteidigen, wird der Kampf gegen den Mittelstreckenraketenbeschuß, und gegen die NATO den Frieden nicht wirksam verteidigen können, sondern womöglich noch den expansionistischen Plänen der Sowjetunion nützen.“ (Kommunistische Volkszeitung, 8/81, 16.2.81)

Kommunistische Partei Deutschlands: „Die reaktionäre Allianz von Washington und Bonn zur Durchsetzung ihrer jeweiligen imperialistischen Ziele ist eine große Gefahr nicht nur für unser Volk, sondern für alle Völker Europas. Um dieser Allianz entgegenzutreten, genügt es nicht, nur die einzelnen Etappen der atomaren Aufrüstung zu bekämpfen, wie jetzt etwa das Raketen-Programm. Unser Kampf muß sich auch gegen die NATO selbst richten, die militärische Basis der atomaren Komplizenschaft von US-Imperialisten und westdeutschen Revanchisten. Deshalb hat unsere Partei in ihrem Aktionsprogramm als Kampflösung aufgestellt: Austritt der Bundesrepublik aus der NATO und der EG und Neutralitätserklärung der Bundesrepublik! ...“ (Roter Morgen 1/80, 4.1.80)

Wir können an diesem Platz nur einen kurzen Ausschnitt der Auffassungen in der revolutionären Linken dokumentieren. Doch bereits dieser kurze Ausschnitt zeigt ihre Hilfslosigkeit, die sie für jeweilige Eigenheiten, teilweise direkt für Chauvinismus anfällig macht. – Welche unmittelbaren politischen Interessen verfolgen die Kriegsvorbereitungen der westdeutschen Finanzbourgeoisie, wenn nicht, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges, die sie niemals anerkannt hat, auch faktisch zu revidieren? Dieses Ziel kann ihr aber versperrt werden durch einen Friedensvertrag mit den Siegermächten des zweiten Weltkrieges, der die bestehenden Staatsgrenzen anerkennt, Westberlin den Status einer freien und unabhängigen Stadt verleiht, die vollen Souveränitätsrechte beider deutschen Staaten und Westberlins garantiert, den Austritt der BRD aus allen imperialistischen Militärbündnissen und den Abzug aller westdeutschen Truppen aus fremden Staaten besiegelt.

„Neue Arbeitszeitpolitik“

Eine Herausforderung der Gewerkschaften

Seitdem die IG Metall im Herbst 1956 zum erstenmal eine tarifliche Wochenarbeitszeit von 45 Stunden erkämpft hatte, wurde bis heute in den meisten Branchen die 40-Stundenwoche als Tarifvereinbarung durchgesetzt. Aber die Wirklichkeit unterscheidet sich davon erheblich. (Siehe Schaubild und Info-Kasten.)

Seit einigen Jahren wird in bürgerlichen Publikationsorganen eine sog. „neue Arbeitszeitpolitik“ vertreten. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, die Arbeitszeit in Hinblick sowohl auf ihre Dauer als auch auf ihre Lage (Tag, Nacht, Wochenende) maximal flexibel und variabel zu machen.

Ein prominenter Vertreter dieser „neuen Arbeitszeitpolitik“ ist der Soziologe und Politiker Ralf Dahrendorf (FDP). Was er in seinem Buch „Die neue Freiheit“ (S. 96f) schreibt, ist durchaus typisch: „Im Gegensatz zu anderen halte ich es für richtig, daß die Arbeitszeit auf 48, dann 44, 40 und oft weniger Stunden reduziert worden ist. In der Tat kann ich mir müheilos die Kürzung der Arbeitszeit in einem Beruf auf, sagen wir, 30 Stunden vorstellen. Doch gilt dies unter der einen Bedingung, daß solche Verminde-

rung nicht benutzt wird, um Menschen daran zu hindern, das zu tun, was sie wollen ... Das ist kein Plädoyer für Überstunden, obwohl niemand, der sie will, an ihnen gehindert werden sollte ... Meine Erfahrung ist, daß diejenigen mit ihrer Arbeit zufrieden sind, die entweder weit mehr als die normale Arbeitszeit an sie wenden oder aber die Möglichkeit haben, die Mängel einer Tätigkeit durch eine andere daneben zu kompensieren.“

Andere Vertreter der „neuen Arbeitszeitpolitik“ haben sich im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit versammelt, also einem Institut, das eigentlich im Interesse der Lohnabhängigen operieren sollte.

Neben dem Direktor dieses Instituts, Dieter Mertens, ist es vor allem Bernhard Teriet, der die „neue „Arbeitszeitpolitik“ unter dem Schlagwort vertritt: „mehr Zeitsouveränität“. Seine scheinheilige Begründung zeigt allerdings sogleich, worauf er hinaus will. Sie lautet nämlich, „daß der einzelne in der Regel immer noch am besten selbst und ohne Bevormundung beurteilen kann, welche Wahl er zur optimalen Ausschöpfung seiner Lebenschancen treffen muß und wie er mit einem seiner kostbarsten Güter, der Lebenszeit, umgehen will.“ Mit „Bevormundung“ kann wohl kaum etwas anderes gemeint sein als der Versuch der Gewerkschaften, eine tarifliche Normalarbeitszeit durchzusetzen. Wenn aber das als „Bevormundung“ bezeichnet wird, dann besteht „Freiheit“ wie schon bei Dahrendorf offenbar darin: Jeder einzelne soll, ungehindert durch Tarifverträge, Dauer und Lage seiner Arbeitszeit mit den Kapitalisten so aushandeln, „wie er möchte“. Das allerdings vergrößerte bloß die Freiheit der Kapitalisten, die Arbeitsbedingungen diktieren zu können.

Zur Rechtfertigung ihrer Absichten bedienen sich die Vertreter einer „neuen Arbeitszeitpolitik“ noch eines anderen scheinheiligen Arguments. Sie berufen sich auf Meinungsumfragen, bei denen stets herauskommt, daß die Lohnabhängigen ganz unterschiedliche „Wünsche“ in bezug auf Dauer und Lage der Arbeitszeit haben. Aber die Methode ist betrügerisch. Es ist z.B. bemerkenswert, daß gerade diejenigen sich die längste Arbeitszeit „wünschen“, die besonders viele Kinder zu versorgen haben. Obwohl doch gerade sie freie Zeit am dringlichsten benötigen, nämlich für den Haushalt und die Erziehung ihrer Kinder. Das Beispiel zeigt schon, wo sich der Pferdefuß befindet. Solche Meinungsumfragen liefern immer bloß ein Bild, wie sich Menschen unter gegebenen Verhältnissen (wozu auch ein bestimmter, meist unzureichender Lohnstandard gehört) eingerichtet haben oder

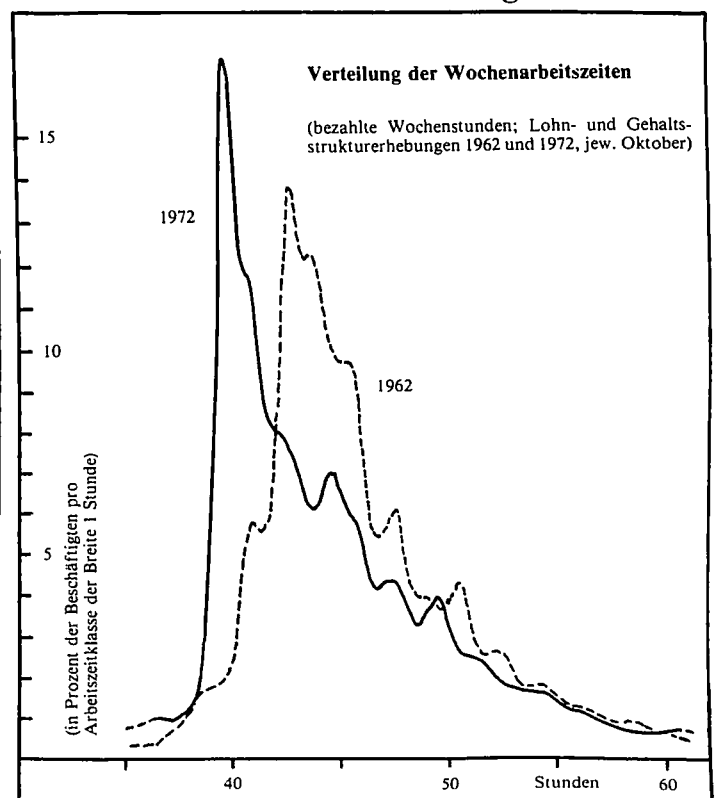
einrichten möchten. Nicht aber davon, wie diese Verhältnisse selbst zu ändern sind. Dafür bedürfte es nämlich in jedem Fall organisierter Meinungsbildungsprozesse, wie sie insbesondere in den Gewerkschaften stattfinden; denn erst dann weiß man, was man wie und in welchem Zeitraum verändern kann, ohne sich anders einrichten zu müssen.

Wer hat tatsächlich ein Interesse an umfassend flexibler Arbeitszeit? Es sind die Kapitalisten. Hauptsächlich aus zwei Gründen. *Erstens* könnte auf diese Weise eine ideologisch passende Form gefunden werden, die Schichtarbeit abzusichern und zu verallgemeinern. Denn wenn die Arbeitszeit rund um die Uhr flexibel ist, dann verliert die Schichtarbeit als Gegensatz zur Normalarbeitszeit ihre Konturen; sie wird dann genauso „normal“. *Zweitens* können die Kapitalisten die Ausbeutung intensivieren. Sie können dann nämlich, was sie jetzt schon fast beliebig durch Überstunden tun, den Umfang ihrer Belegschaften stets minimal halten und etwaige Produktionssteigerungen sowie Ausfälle durch Krankheit, Unfall u.a. jeweils von Fall zu Fall durch Mehrarbeit absichern. Auf diese Weise erreichen sie, daß die Belegschaft, im Unterschied zu den Maschinen, stets pausenlos im Einsatz gehalten werden kann. Das Gewerbeaufsichtsamt NRW berichtete: „Ein dreischichtig arbeitender Betrieb (ließ) stets, wenn in einer Schicht ein Arbeitnehmer durch Krankheit oder kurzfristigen Urlaub ausfiel, die Arbeit durch zwei andere Beschäftigte in jeweils vier Überstunden erledigen ... Dies hatte zur Folge, daß rund 330 Mitarbeiter häufig zwölfstündige Schichten ableisten mußten.“ (Frankf. Rundschau, 30.11.79)

Es ist deshalb von großer Bedeutung, daß die Gewerkschaften eine grundsätzliche Beseitigung von Überstunden anstreben. Wie das gelingen kann, ist allerdings noch umstritten. Die DGB-Forderung nach „Freizeitausgleich“ (DGB-Aktionsprogramm '79) löst das Problem ja deshalb nicht, weil die Entscheidung über die jeweilige Mehrarbeit immer noch den Kapitalisten zur Verfügung gelassen bleibt. Ein wirksames Mittel auf dem Weg zur Durchsetzung einer Normalarbeitszeit könnte dagegen darin liegen, tarifvertraglich eine Höchstzahl von Überstunden pro Woche festzulegen. Viele Tarifverträge enthalten bereits solche Regelungen. Aber die bis jetzt erreichten Festlegungen bewegen sich in der Spanne von 6 bis 16 Überstunden pro Woche, was kaum eine wirksame Begrenzung genannt werden kann. Es käme also zunächst darauf an, eine wesentlich engere Eingrenzung durchzusetzen.

- Seit 1956 wurde die tarifliche Wochenarbeitszeit in vielen Branchen sukzessive auf 40 Stunden gesenkt. Aber 6% aller lohnabhängig Beschäftigten haben noch eine tarifliche Wochenarbeitszeit von mehr als 40 Stunden.
- Die durchschnittliche tatsächliche Wochenarbeitszeit ist zwar auch gesunken, aber weit weniger als die tarifliche Arbeitszeit; gleichzeitig sind die Unterschiede in den Arbeitszeiten größer geworden. (Siehe Schaubild) 1972 zum Beispiel (genaue neuere Daten fehlen) hatte weniger als ein Viertel aller männlichen Arbeiter eine tatsächliche Wochenarbeitszeit von 39 bis 41 Stunden.
- Der Umfang der Mehrarbeit hat dementsprechend fast ununterbrochen zugenommen. Das Mehrarbeitsvolumen der Gesamtwirtschaft entsprach 1970 einer Zahl von 2,08 Mio. und 1975 einer Zahl von 1,38 Mio. tariflich vollbeschäftigter Arbeitskräfte. Volumenmäßig gerechnet lag es zu jedem Zeitpunkt seit Mitte der 50er Jahre weit über der Arbeitslosenzahl.
- Obwohl das Mehrarbeitsvolumen Anfang der 70er Jahre bedingt durch die krisenhafte Entwicklung zurückging und 1975 einen vorübergehenden Tiefstand erreichte (etwas über 100 Stunden pro Jahr im Durchschnitt aller abhängig Beschäftigten), weist die Mehrarbeit seither wieder einen steigenden Trend auf.
- Die Kürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit ist einhergegangen mit einer fortwährend größer werdenden Streuung der Arbeitszeitverteilung (Schaubild). Ein Teil der Arbeiter ist gezwungen, immer weniger zu arbeiten (Kurzarbeit und, zumeist Frauen, Teilzeitarbeit), ein anderer Teil ist gezwungen, immer mehr zu arbeiten (Überstunden), gemessen an den tariflich durchgesetzten Arbeitszeitverkürzungen.
- Der Begriff der durchschnittlichen Arbeitszeit verliert deshalb immer mehr an Aussagekraft. Zum Beispiel ist die durchschnittliche Arbeitszeit von 1962 bis 1972 um etwa 2 Stunden gesunken. Aber der Anteil männlicher Arbeiter, die Wochenarbeitszeiten von mehr als 45 Stunden aufweisen (gemessen an der Gesamtheit männlicher Arbeiter mit mindestens 40 Wochenarbeitsstunden), hat sich in diesem Zeitraum fast gar nicht verringert.

Arbeitszeitentwicklung



(Eine gute Übersicht über den derzeitigen Stand der tarifvertraglichen Regelungen zur Eingrenzung von Mehrarbeit findet man in: WSI-Mitteilungen, Nr. 1/1980, S.18-25.)

Beschäftigung und Anlagevermögen in den Branchen der Industrie (in Preisen von 1970)

Wirtschaftszweig	Beschäftigte 1980 in Tsd.	Anlagevermögen 1970 Tsd. DM je Besch.	1977
Bergbau	229,5	90,1	110,5
Kohlenbergbau	71,7	80,2
Steinkohlenbergbau	183,8	53,4	53,9
Braunkohlenbergbau	21,0	264,9	337,9
Eisenerzbergbau	231,3	460,3
Kali- und Steinsalzbergb.	189,2	254,9
Erdöl- und Erdgasgewinnung	6,8	643,6	834,1
Sonstiger Bergbau	45,4	67,5
Verarbeitende Industrie	7448,6	50,4	76,9
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	1551,4	90,2	134,9
Industrie der Steine und Erden	197,3	85,9	143,1
Eisen und Stahlindustrie	79,0	112,7
Eisenschaffende Industrie	283,6	96,1	134,1
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien	86,0	45,2	65,6
Ziehereien und Kaltwalzw.	180,7	58,4	81,6
NE-Metallindustrie	80,2	67,3	111,3
Chemische Industrie	569,2	104,2	143,8
Mineralölverarbeitung	33,5	338,8	574,7
Gummi und Asbest verarb. Ind.	105,0	39,8	71,0
Sägewerke und holzbearb. Ind.	59,1	65,0	103,4
Holzschliff, Zellstoff, Pappe und Papier erzeugende Ind.	53,3	109,5	187,1
Investitionsgüterindustrien	3820,8	35,6	54,2
Stahl- und Leichtmetallbau	211,9	24,8	34,9
Maschinenbau	1021,7	33,8	50,6
Herstellung von Büromaschinen und Datenverarbeitungsg.	69,5	35,9	87,6
Straßenfahrzeugbau	810,6	60,1	79,5
Schiffbau	55,8	49,4	68,6
Luftfahrzeugbau	60,9	25,2	40,5
Elektrotechnische Ind.	978,1	28,9	48,0
Feinmechanische und optische I.	166,9	24,2	36,9
EBM-Waren-Industrie	316,5	31,7	49,3
Verbrauchsgüterindustrien	1582,4	32,6	52,7
Feinkeramische Industrie	57,6	31,2	43,8
Glasindustrie	77,5	42,0	74,9
Holzverarbeitende Industrie	240,2	29,2	42,9
Musikinstrumenten-, Schmuck- Spiel- u. Sportger.-Industrie	65,5	20,0	32,4
Papier und Pappe verarb. Ind.	114,7	35,1	62,8
Druckerei- und Vervielfältig. Ind. ...	184,0	41,1	63,3
Kunststoffverarb. Ind.	209,2	34,6	55,4
Lederindustrie	85,1	22,1	34,4
Ledererzeugende Ind.	6,6	57,9	102,9
Lederverarb. Ind. (o. Schuhind.) ..	23,9	14,0	19,8
Schuhindustrie	54,6	20,0	33,4
Textilindustrie	302,6	45,5	77,1
Bekleidungsindustrie	245,7	14,4	23,0
Nahrungs- und Genußmittelind. ...	494,0	94,2	144,4
Mahl- und Schälsmühlind.	6,4	150,9	246,3
Ölmühlen- und Margarine-Ind.	80,7	119,6
Zuckerindustrie	10,1	212,1	343,4
Brauerei und Mälzerei	67,6	153,2	235,6
Sonstige Nahrungs- und Genußmittelindustrien	409,9	75,3	115,7
Gesamte Industrie	7678,1	51,8	78,0

Quellen: Anlagevermögen nach Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, „Produktionsvolumen und -potential, Produktionsfaktoren der Industrie im Gebiet der BRD“, Stat. Kennziffern, 20. Folge, 1970-77, Westberlin November 1978. - Beschäftigtenzahlen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes in: Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe, Reihe 4.1 Beschäftigung, Umsatz und Energieversorgung der Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe Juli 1980.

Lohnverteilung und „Anlagevermögen pro Beschäftigten“

Nach der bisherigen Untersuchung hat sich (vergl. Pol. Ber. 3/81 und 4/81) mit hoher Wahrscheinlichkeit ergeben:

- Je weiter die in einer Industriebranche gezahlten Löhne und Gehälter um ihren Durchschnitt streuen, umso niedriger wird dieser Durchschnitt im Vergleich zu anderen Branchen ausfallen.

- Je höher der Zugang aus einer Branche zur Arbeitslosenversicherung ist, umso höher wird die in dieser Branche nachzurechnende Streuung der Löhne und Gehälter ausfallen und umso niedriger der dort erzielte Durchschnittslohn.

- In Betracht der ganzen statistisch gefaßten industriellen Armee und Reservearmee (gezählt nach Beschäftigungsdaten und Arbeitslosenversicherungsdaten) ergibt sich, daß der Zugang aus schlecht gezahlten Beschäftigungen zur Arbeitslosenversicherung und der Anteil von schlechter gezahlter Beschäftigung (vor der Arbeitslosigkeit) höher ausfällt als bei besser bezahlter Beschäftigung.

Aus diesen (ziemlich gesicherten) Behauptungen ließen sich zwei Irrtümer folgern:

- Daß die Lohnstruktur in den jeweiligen Industriebranchen im wesentlichen von der Lohnpolitik der jeweiligen Gewerkschaften abhänge oder:

- Daß die Lohnstruktur in den jeweiligen Branchen durch gewerkschaftlichen Kampf überhaupt nicht zu beeinflussen sei, weil das Ausmaß der Beschäftigung hierdurch nicht beeinflussbar sei.

Da diese Fragen praktisch von aktueller Bedeutung sind, haben wir versucht, Orientierungsdaten zu finden. Im Branchenvergleich ergibt sich:

- In jenen Branchen, in denen der Durchschnittslohn der weiblichen Arbeiter niedrig ist, ist auch der Durchschnittslohn der männlichen Arbeiter vergleichsweise niedrig, ebenso der Durchschnittslohn der weiblichen und männlichen Angestellten.

Diese Aussage enthält eine Auskunft nicht bloß im Vergleich der Branchen miteinander, dieser liefert vielmehr bloß den Maßstab für die relativ sichere Vermutung, daß der im Durchschnitt einer Branche erzielte Lohn gar nicht anders gehoben werden kann als

durch Anhebung der Bezahlung der in dieser Branche schlechtest verdienenden Arbeitskräfte.

Dies ist ein starkes Argument gegen alle Versuche, Arbeiter und Angestellte, Männer und Frauen, Ausländer und Deutsche für eine Politik nach „Interessengruppen“ zu gewinnen. Sehr wahrscheinlich würde sich ergeben, daß die Löhne der Arbeiter ausländischer Nationalität eine Bedeutung besitzen wie die für weibliche Arbeiter gezahlten Löhne. Der Nachweis ist jedoch statistisch schwierig.

Obleich der Kampf um den Lohnstandard also ohne jeden Zweifel in Verteidigung bzw. Anhebung der niedrigst gezahlten Löhne und Gehälter geführt werden muß, bleibt die Frage näher zu klären, gegen welche ökonomischen Kräfte dieser Kampf geführt werden muß, welche Gründe also die bestehenden Lohnverteilungen hervorbringen. Nach der bisherigen Untersuchung ist wahrscheinlich, daß unterschiedliche und unterscheidbare Sorten von Arbeitskräften mit unterschiedlicher Häufigkeit dem Prozeß Einstellung-Entlassung unterworfen sind, und daß Lohn und Gehalt für jene Sorten Arbeitskräfte niedrig sind, die diesem Prozeß häufig unterworfen sind. Worin bestehen nun die Unterschiede zwischen diesen Sorten von Arbeitskräften?

Wir bedienen uns wiederum des Hilfsmittels des Branchenvergleichs. Was macht die Einheitlichkeit einer Industriebranche aus? Die Gleichartigkeit der in ihrem Rahmen hergestellten Produkte, folglich die Ähnlichkeit der verwendeten Anlagen und folglich die Ähnlichkeit der verrichteten Arbeiten. Schlägt man nach, wie hoch das Anlagevermögen pro Beschäftigten in den verschiedenen Industriebranchen ist, findet man sehr erhebliche Unterschiede. Stellt man eine Reihe auf, so ergibt sich:

- In jenen Branchen, in denen das Anlagevermögen pro Beschäftigten besonders hoch ist, ist die Streuung der Löhne und Gehälter verhältnismäßig niedrig und der erzielte Durchschnittslohn hoch.

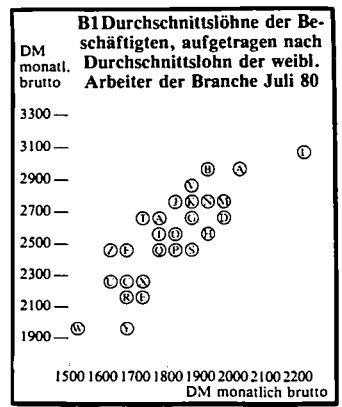
Was bedeutet „hohes Anlagevermögen pro Beschäftigten“ für die Sorte Arbeitskräfte, die in einer solchen Branche



Löhne der Arbeiterinnen: Marke für die Unterseite des Lohnniveaus

In den folgenden Bildern werden zunächst die Löhne aller Beschäftigten der Branche, so dann die der männlichen Arbeiter, der männlichen Angestellten und schließlich der weiblichen Angestellten jeweils nach Höhe des Lohndurchschnitts der Arbeiterinnen in dieser Branche betrachtet. Der Durchschnitt der Löhne und Gehälter für alle Beschäftigten (B1) steht of-

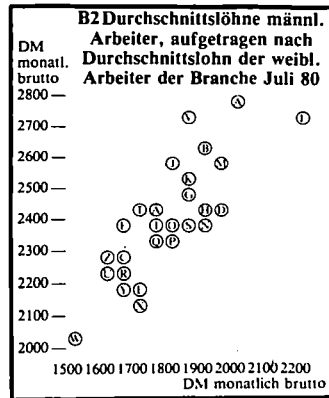
fenbar in einer ziemlich festen Beziehung zum Lohnniveau der Arbeiterinnen in dieser Branche, daß selbst Besonderheiten einzelner Industriezweige demgegenüber zurücktreten. Die Bemühungen der Gewerkschaften, in dieser Zone niedrigster Löhne eine besondere Anhebung zu erreichen, hat also umgekehrt für das gesamte Niveau Wirkung.



benötigt werden? Im allgemeinen folgendes: Die Produktion ist in besonders hohem Umfang maschinisiert. Die Möglichkeit, auf Ausdehnung oder Schrumpfung des Absatzes durch Einzelentlassungen zu reagieren, ist für die Kapitalisten geringer. Der Anteil der Beschäftigten, die nicht nur einen Handgriff beherrschen müssen, sondern vor allem diesen Handgriff im Rahmen des Gesamtprozesses und mit Rückwirkung auf diesen beherrschen müssen (das einfache Aufdrehen eines Ventils kann z.B. in der chemischen Industrie sehr weitreichende Folgen haben) ist hoch. Ebenso ist der Anteil der Reparaturarbeiter hoch.

Jedenfalls sind die Wirkungen des Geschäftsganges in diesen Industrien weniger auf den einzelnen Arbeiter zu spüren als auf ganze Abteilungen, ganze Betriebsstätten. Folglich ist die Konkurrenz zwischen den einzelnen Arbeitern geringer. Folglich ist ihre Kampfkraft gefördert. Folglich fällt der Durchschnittslohn, den sie erzielen können, höher aus.

Das allgemeine Vorurteil lautet, die Lohn- und Gehaltsunterschiede würden durch Leistung und Vorbildung bestimmt. Inwieweit dies zutrifft oder nicht, soll in einer der nächsten Ausgaben untersucht werden.



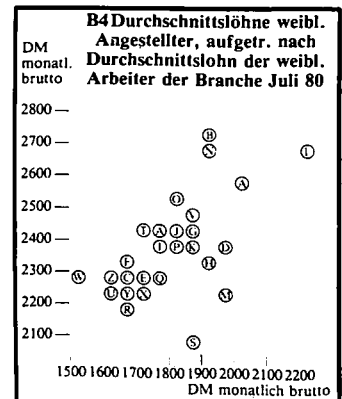
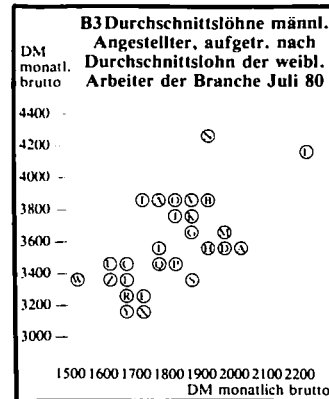
Druck auf weibliche Angestellte

In Verbindung mit Rationalisierungsmaßnahmen üben die Kapitalisten besonders Druck gegen die weiblichen Angestellten aus. Das ist ein Weg, auf dem die Kapitalisten die Niedrigstlöhne benutzen, um auch von oben weiter zu schieben. — Die Forderungen, die den Lohngruppenschlüssel von unten her zudrehen, haben also weitgehende Konsequenzen.

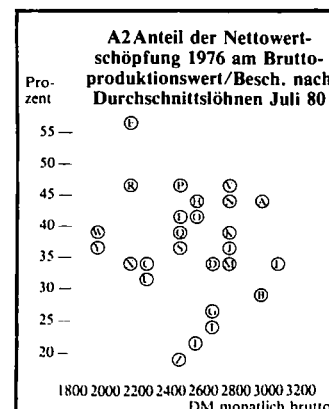
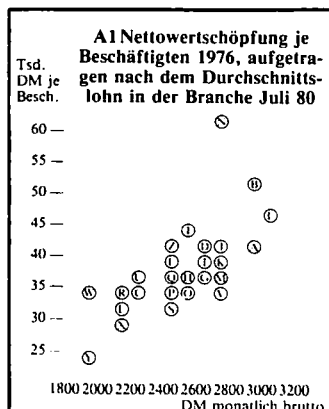
„Ungleicher Lohn für gleiche Arbeit“ kein Hauptgrund der Frauenlöhne

Wenn im wesentlichen die ungleiche oder somit im Verhältnis zu den anderen Beschäftigten ungerechte Entlohnung insbesondere der Arbeiterinnen die Ursache der Niedrigstlöhne bilden würde, müßte die Devise lauten: „Durchsetzung der Tarifverträge“. Aber so schlecht sind die Tarifverträge nicht, und so schlecht ist auch nicht die Arbeit der Betriebsrä-

te, daß die Kapitalisten so zum Zuge kommen könnten. Das mußte bereits Mildred Scheel als Präsidentengattin mit der Aufgabe ihrer Kampagne „Gerechtigkeit für die Frau in der Arbeitswelt“ faktisch eingestehen. — Die Herausforderung bilden die *schlecht gezahlten Tätigkeiten*, in denen eben die Frauen vorzugsweise beschäftigt werden.



Volkswirtschaftliches Branchenergebnis nach Durchschnittslöhnen

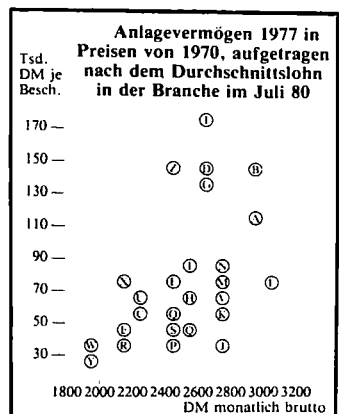


Bruttoproduktionswert: Umsatz ohne Mehrwertsteuer plus/minus Bestandsveränderung an unfertigen und fertigen Erzeugnissen aus eigener Produktion plus selbstgestellte Anlagen.
Nettoproduktionswert (zu Faktorkosten): Bruttoproduktionswert

minus Vorleistungen (Materialverbrauch, Einsatz an Handelsware, Kosten für Dienstleistungen) minus Abschreibungen minus indirekte Steuern abzüglich Subventionen. — Definition des Statistischen Bundesamtes; Quelle: Statistisches Jahrbuch 1979.

Legende zu den Darstellungen

- (A) = Energie, Bergbau
- (B) = Chemie
- (C) = Kunststoffverarbeit.
- (D) = Steine, Erden
- (E) = Feinkeramik
- (F) = Glas
- (G) = Eisen, Stahl
- (H) = Gießerei
- (I) = Zicherei
- (J) = Stahl-, Leichtmetallbau
- (K) = Maschinenbau
- (L) = Fahrzeugbau
- (M) = Schiffbau
- (N) = Büromaschinen
- (O) = Elektrotechnik
- (P) = Feinmechanik
- (Q) = EBM-Waren
- (R) = Musikinstrumente
- (S) = Sägereien, Holzv.
- (T) = Zellstoff, Papier
- (U) = Papierverarbeitung
- (V) = Druckindustrie
- (W) = Lederverarbeitung
- (X) = Textilindustrie
- (Y) = Bekleidung
- (Z) = Nahrung, Genußm.
- (A) = Baugewerbe



Öffentlicher Dienst

Lohnbewegung muß schwierige Umstände bewältigen



7% hatte der Hauptvorstand der ÖTV vorgeschlagen. In vielen Belegschaften wurden Sockel und Mindestbeträge gefordert. Die Forderungen von DAG und Beamtenbund liegen weit unter der der ÖTV. Der Dienstherr versucht, die Aufsplitterung von Arbeitern, Angestellten und Beamten auch für die Spaltung des Lohnkampfes zu nutzen. Wie ist der Stand seiner Dienstrechtsreform? Diese Fragen sollen in der nächsten Ausgabe behandelt werden.

Rüstungspolitik

Westdeutsche Monopolbourgeoisie: hebt Bewaffnung und steigert Ansprüche

In der BRD und Westberlin sammelt sich der Widerstand gegen die Rüstungspolitik der Bundesregierung. Die westdeutsche Publizistik spannt den Bogen sicherheitsbedürftiger deutscher Interessen immer weiter.

Schmidt versucht eine sozialchauvinistische Versöhnungspolitik: Das Gewicht der

deutschen Waffen solle in die Waagschale einer Friedens- und Sicherheitspolitik geworfen werden. Mit stummer Einigkeit hält der komplette Bundestag die Erbschaftsansprüche auf Konkursmasse des Hitlerfaschismus aufrecht, woraus sich eine ständige Bedrohung „der Deutschen“ stets konstruieren läßt.



Manteltarifverhandlungen

Ohne Kampfaktionen keinen Abschluß

Warnstreiks und Demonstrationen in der Metallindustrie in Niedersachsen. Bereits vor den Tarifverhandlungen streiken 50000 Beschäftigte für einen besseren Manteltarifvertrag. Jetzt erklärt die IG Metall: „Die Manteltarifverhandlungen dürfen während der laufenden Lohn- und Gehaltsverhandlungen nicht eingefroren

werden.“ Die Kapitalisten weigern sich, die Forderung nach 130% Mindestakkord in den Manteltarifvertrag mit aufzunehmen. Ein Vergleich mit Betriebsvereinbarungen zeigt, daß es entsprechendes gibt. Hat die IG Metall jetzt die Kraft, Manteltarif- und Tarifvertragsverhandlungen zu führen?

Tunesien

Gewerkschaftsbund UGTT vor Kongreß

Am 26.1.1978 schlug die tunesische Armee einen Generalstreik blutig nieder. Die Führung der UGTT, einer der erfahrensten Gewerkschaften Afrikas, wurde abgesetzt und inhaftiert. In diesem Monat findet der erste UGTT-Kongreß seitdem statt, die meisten früheren Führer können wieder kandidieren. Seit der Kolonialzeit waren starke Gewerkschaften stets ein entscheidender Faktor im Kampf um Unabhängigkeit.

